ISSN: 1865-9632

3,50 Euro
(Ausland: 5,00)

Lotta

Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen

#73
Winter 2018/2019
lotta-magazin.de

+ **Die Achse Marburg – Schnellroda**
Veranstaltung mit Alain de Benoist

+ **Falscher Gegensatz**
Identitätspolitik und Klassenkampf

+ **Das KZ Stutthof**
Ein Ort der Ausbeutung, Quälerei und Vernichtung

WIE DIE SOZIALEN NETZWERKE PROPAGANDA, MOBILISIERUNG UND ORGANISIERUNG VERÄNDERT HABEN

Editorial

Liebe Leser_innen,

wir hoffen, ihr seid alle gut ins neue Jahr gekommen.
Im Schwerpunkt unserer 73. Ausgabe beschäftigen wir uns damit, wie sich durch die sozialen Netzwerke Propaganda, Mobilisierung und Organisierung der extremen Rechten verändert haben. Ja, schon klar: Wir sind, was unsere eigene Präsenz in den sozialen Netzwerken betrifft, nicht unbedingt auf Höhe der Zeit. Aber mal schauen, ob wir das künftig ändern. Im Schwerpunkt jedenfalls werfen wir einen kritischen Blick auf die Funktionsmechanismen von *Facebook* und Co.
Anfang Dezember absolvierten NRW-Innenminister Herbert Reul und NRW-Verfassungsschutzchef Burkhard Freier einen Ortstermin in Dortmund-Dorstfeld, um den Medien ihr geliftetes Ausstiegsprogramm mit dem Namen „Spurwechsel" vorzustellen. Auch Dortmunder Neonazikader erschienen zum Termin. Reul und Freier antworteten tatsächlich ausführlich auf die Fragen des Herausgebers der *N.S. Heute* und *Die Rechte*-Parteivorsitzenden Sascha Krolzig. Wohl wissend, mit wem sie da redeten. Autsch.
Das CDU-geführte Innenministerium setzte sogar noch einen drauf: Im Kampf gegen den sogenannten Linksextremismus muss nun auch ein Ausstiegsprogramm mit dem fragwürdigen Namen „left" her. Dazu schrieb man einen Plakatwettbewerb aus, den ein junger Student gewann. Nach Recherchen der *Autonomen Antifa 170* ist dieser nicht nur Mitglied der *Burschenschaft Teutonia Aachen*, sondern auch der Sohn eines bekannten NPD-Funktionärs.
Trotz aller Kritik wurde im Dezember 2018 das neue Polizeigesetz NRW verabschiedet. Einen Artikel dazu findet ihr im Heft. Reul kündige bereits an, mit einem „Sicherheitspaket II" nachlegen zu wollen. Dieses soll den VS neu ausrichten. Im Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* sagte er, der VS solle nicht nur Terrorist_innen „jagen", sondern „die ganze Bandbreite" beobachten. Zum Beispiel auch die *Linksjugend*, denn diese wolle schließlich „unseren Staat abschaffen."
Nicht nur in NRW fliegen die Hufeisen tief. „Heimatminister" Horst Seehofer drohte jüngst, die *Rote Hilfe* verbieten lassen zu wollen. Jetzt braucht die älteste parteiunabhängige und strömungsübergreifende Solidaritätsorganisation der Linken unsere Unterstützung, denn: „Getroffen werden Einzelne — gemeint sind wir alle!"
Zwar nicht durch Repression, aber dennoch akut in seiner Existenz bedroht, ist das *Archiv für alternatives Schrifttum* (http://afas-archiv.de/) aus Duisburg, das sich in der LOTTA #53 vorstellte (findet ihr online). Proteste, unter anderem vom *Verband deutscher Archivare,* bewegten die NRW-Landesregierung im Dezember lediglich zu einer letztmaligen Finanzierung für 2019.
Mit Bedauern haben wir die Auflösung der *Antifaschistischen Union Dortmund* zur Kenntnis nehmen müssen. Wir bedanken uns bei euch für 13 Jahre Antifa-Recherche und -Praxis. Und natürlich für die Artikel, die ihr für LOTTA geschrieben habt.
Wie immer möchten wir uns auch bei allen bedanken, die an dieser Ausgabe mitgewirkt haben.

Abschließend noch ein Hinweis:

Bitte beachtet den neuen Einzelabopreis über vier Ausgaben von 19 Euro inklusive Versand. Zwischenzeitlich haben sich die im Abopreis enthaltenen Versandkosten auf 5 Euro erhöht. Der Laden- und Handverkaufspreis von 3,50 Euro bleibt bestehen, ebenso wie die Rabatte für Weiterverkäufer_innen, die versandkostenfrei beliefert werden (ab 5 Exemplare).

Wir wünschen euch ein solidarisches und kämpferisches 2019.

Eure Lotta- Redaktion!

Redaktionsschluss dieser Ausgabe war der 1. Januar 2019. Aktuellere Entwicklungen konnten nur in einzelnen Beiträgen berücksichtigt werden. Erscheinungsdatum ist der 28. Januar 2019.

ERRATUM

In der Ausgabe 72 (S. 17) schrieben wir fälschlicherweise, der nordrhein-westfälische NSU-PUA-Vorsitzende Sven Wolf habe mit der Begründung interveniert, dass er eine Fürsorgepflicht für den Informanten habe. Richtig ist natürlich, dass Wolf sagte, er habe eine Fürsorgepflicht für den Zeugen, einen Polizeibeamten.

Inhaltsverzeichnis

Gesellschaft

Nur kosmetische Nachbesserungen ..... Seite 4
Massive Verschärfung des Polizeigesetzes NRW

Schwerpunkt

Das Internet ist an allem schuld? ..... Seite 6
Eine Einleitung in den Schwerpunkt

Vom Volksempfänger zum Smartphone ..... Seite 7
Rechte Propaganda, Mobilisierung und Organisierung im Internet

Kampf um die Algorithmen ..... Seite 13
Politisches Trolling von rechts

Profilneurotiker mit Selfiestick? ..... Seite 14
„YouTube" als Plattform extrem rechter AktivistInnen

Politisches Influencing ..... Seite 17
Die „Identitären" bei „Instagram"

„Content" für die Bewegung ..... Seite 20
Online-Medienprojekte aus der Neonazi-Szene

Extreme Rechte

Professionalisierung rechter Gewalt ..... Seite 22
Der „Kampf der Nibelungen" 2018

„Aktionsbüro Mittelrhein" vor Gericht ..... Seite 24
Koblenzer Justiz strauchelte auch im zweiten Anlauf

„Habe wieder die Tarnmaske auf" ..... Seite 26
Die zwei Gesichter des AfD-Funktionärs Andreas Schäfer

„Mission completed" ..... Seite 28
AfD zieht in den hessischen Landtag ein

Die Achse Marburg — Schnellroda ..... Seite 31
Veranstaltung mit Alain de Benoist in Marburger Burschenhaus

Ende rechter Gewaltserie in Dortmund-Marten? ..... Seite 33
Untersuchungshaft für Steven Feldmann

Unter freiem Himmel ..... Seite 35
Demonstrative Rechtsaußen-Aktionen im 4. Quartal 2018

Kurzmeldungen ..... Seite 38
Fakten, Fakten, Fakten aus NRW, RLP und Hessen

Braunzone

Schwarz-Blaue Reaktion ..... Seite 44
Die „Hessen Depesche" als Schnittstelle der konservativen und extremen Rechten

Kontext NSU

„Der NSU war eine Zäsur für uns" ..... Seite 46
Interview mit Felix Hansen von der Initiative „NSU-Watch"

Internationales

Versuchte Vereinnahmung durch die extreme Rechte ..... Seite 49
Die „Gelbe Westen"-Bewegung in Frankreich

Geschichte/Geschichtspolitik

Das KZ Stutthof ..... Seite 51
Ein Ort der Ausbeutung, Quälerei und Vernichtung

„Schläge ertragen lernen" ..... Seite 55
Kampfsport im Nationalsozialismus

Linke

Falscher Gegensatz ..... Seite 60
Identitätspolitik und Klassenkampf müssen sich keineswegs ausschließen

(Anti)Rassismus

Warum musste Amad A. sterben? ..... Seite 62
Spurensuche nach dem Tod in der JVA Kleve

Rezensionen

Rechte Lebenswelten in Fußballfankulturen / Das Gesicht des völkischen Nationalismus / Neue Klassenpolitik / „Was die nächste Zeit bringen wird, sind Kämpfe." ..... Seite 64

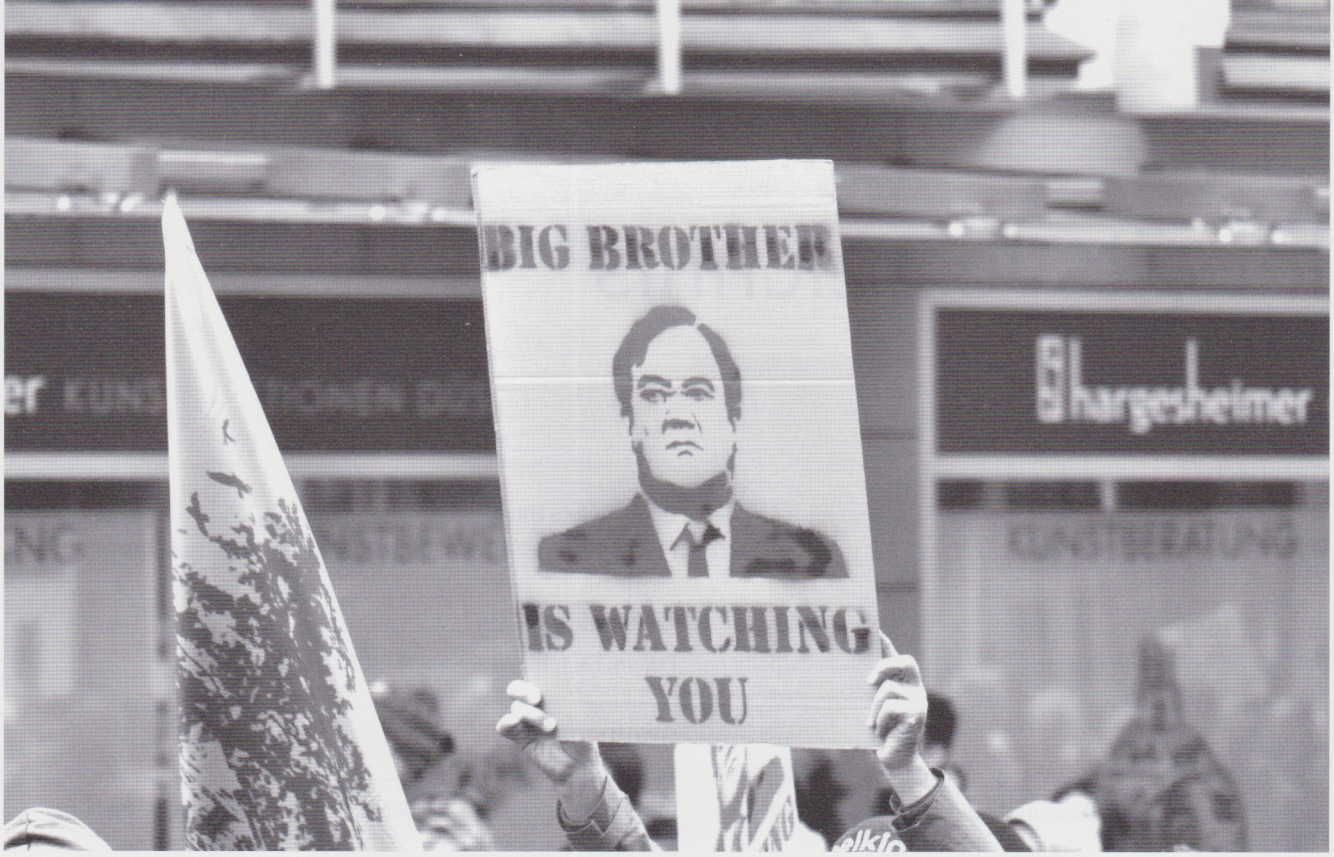


Foto: @infozentrale

Von Clara Philippi und Marius Kühne

Nur kosmetische Nachbesserungen

Massive Verschärfung des Polizeigesetzes NRW

Die Landesregierung ruderte etwas zurück. Nach Kritik von Sachverständigen und einer Großdemonstration im Juli 2018, bei der über 15.000 Menschen in Düsseldorf gegen das geplante Polizeigesetz (PolG NRW) auf die Straße gingen, fiel die Verschärfung im am 12. Dezember beschlossenen Gesetzes etwas milder aus als ursprünglich geplant. Zweifel an der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen bleiben aber weiterhin.

„Das liberal-rechtsstaatliche Denken hat ursprünglich die Grundlagen unseres Polizei- und Ordnungsrechts geprägt. Es geht von der Idee tendenziell unbegrenzter individueller Freiheit bei gleichzeitiger Begrenztheit des Staates, seiner Aufgaben und seiner Mittel aus", schrieb der Verfassungsrechtler **Christoph Gusy** 2011. Wer die Debatte um die Verschärfung des Polizeigesetzes in NRW verfolgt, muss denken, dieses Zitat stamme aus einer völlig anderen Zeit.

Aber die Veränderung der geltenden Zeit war ja schon immer ein Lieblingsthema des nordrhein-westfälischen Innenministers **Herbert Reul** (CDU). Als dieser — Spitzname „Mr. Sommerzeit" — noch Abgeordneter im Europäischen Parlament war, sah er die Abschaffung der Winterzeit als seine persönliche Mission an. Seit Reul Innenminister ist, fällt er mit rechtlich fragwürdigen Forderungen auf. Etwa jener, dass Gerichtsurteile dem „Rechtsempfinden der Bevölkerung entsprechen" sollten. Zudem arbeitet er an der Verschärfung der Sicherheitsgesetzgebung.

Gefahrenbegriff wird unübersichtlicher

Das neue PolG NRW erweitertet Überwachungsbefugnisse, ermöglicht den Einsatz elektronischer Fußfesseln und ergänzt die polizeiliche Bewaffnung um Elektro-Taser. Besondere Kritik entzündete sich an den im ersten Gesetzesentwurf neu geschaffenen Begriffen der „drohenden Gefahr" und der „drohenden terroristischen Gefahr". Im Polizeirecht ist es üblich, den einzelnen Maßnahmen einen Gefahrenbegriff voranzustellen, dessen Vorliegen die Voraussetzung für später im Gesetz ausgeführte

Polizeimaßnahmen ist. Nach öffentlicher Kritik haben sich die Regierungsfraktionen nun entschieden, diese Definition nicht wie ursprünglich geplant und der Gesetzessystematik entsprechend eingangs als Begriffsbestimmung zu normieren, sondern im Gesetzestext der einzelnen Polizeimaßnahmen zu verstecken. So findet sich in den Paragrafen 20c, 34b, 34c PolG NRW weiterhin die auch im ersten Entwurf gebrauchte Formulierung, dass „bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die betroffene Person innerhalb eines übersehbaren Zeitraums auf eine zumindest ihrer Art nach konkretisierte Weise eine terroristische Straftat begehen wird". Die völlig vage Definition und die damit einhergehende Befugnis der Polizei, weit im Vorfeld von konkreten Straftaten tätig zu werden, lebt damit fort. Ob ein „übersehbarer Zeitraum" einen Monat oder sogar ein Jahr meint, können selbst Fachleute heute nicht sagen.

Präventivhaft nicht nur für Terrorist*innen

Zwar haben die Landtagsfraktionen von CDU und der ehemaligen Bürgerrechtspartei FDP an der umstrittensten Maßnahme, dem Präventivgewahrsam mit maximaler Dauer von einem Monat, geringfügig nachgebessert, so dass nach dem neuen Entwurf nur noch ein 14-tägiger Gewahrsam mit einmaliger Verlängerung nach richterlicher Überprüfung möglich sein soll. Doch auch diese geringfügige Verbesserung kann die Kritik daran, dass Menschen, die noch keine Straftat begangen haben und deren Handeln weit im Vorfeld einer Straftat erfolgt, für derart lange Zeit inhaftiert werden sollen, nicht ausräumen.
Dass die Präventivhaft nicht nur für potentielle Terrorist*innen vorgesehen ist, zeigt auch eine bisher weniger in den Fokus der Debatte gerückte Neuerung, die praktisch erhebliche Folgen haben dürfte: Wenn Tatsachen die Annahme begründen, dass die Identitätsfeststellung durch die Polizei (Ausweiskontrolle) innerhalb eines Tages „vorsätzlich verhindert" worden ist, soll eine Freiheitsentziehung zur Feststellung der Identität von bis zu einer Woche möglich sein. Dabei besagt die in Deutschland geltende Ausweispflicht nur, dass Menschen einen Ausweis besitzen müssen. Eine Pflicht, den Ausweis bei sich zu führen oder an einer Identitätsfeststellung mitzuwirken, herrscht ausdrücklich nicht. Diese Verschärfung zeigt, dass mit dem Gesetz auch auf linke Aktivist*innen abgezielt wird; in der Gesetzesbegründung wird sogar ein direkter Bezug zum Hambacher Wald hergestellt („Baumbesetzer-Szene").

Kontrollen werden einfacher

Die verdachtsunabhängig durchgeführten Kontrollen in einem von der Polizeidienststelle zuvor festgelegten Gebiet (§ 12a PolG NRW — strategische Fahndung) werden nach Einschätzung von *Amnesty International* zu Kontrollen anhand von diskriminierenden Kriterien führen. Wer in irgendeiner Form nicht als „Norm"-Bürger*in erscheint, gerät in den Fokus. Da die Vorschrift auch der Unterbindung unerlaubten Aufenthalts dienen soll, wird befürchtet, dass es hierdurch vermehrt zu sogenanntem Racial Profiling kommt.
Auch die Videobeobachtung wird von Orten, deren Beschaffenheit die Begehung von Straftaten begünstigen, auf Bereiche ausgeweitet, bei denen die Gefahr besteht, dass dort Straftaten von erheblicher Bedeutung geplant oder verabredet werden. Damit sind der Videoüberwachung kaum noch Grenzen gesetzt: Überall kann alles verabredet werden. Auch dürfen „Dieser Bereich wird videoüberwacht"-Hinweise zukünftig entfernt werden, wodurch Bürger*innen polizeiliche Überwachung nicht mehr erkennen können. Damit läuft dann das Argument, die Videoüberwachung diene der Abschreckung potenzieller Straftäter*innen, völlig ins Leere.
Auch wird die Möglichkeit einer präventiven Telekommunikationsüberwachung geschaffen. Die oppositionelle SPD, die nach anfänglichem Protest ebenfalls für das neue PolG stimmte, reklamiert für sich, durchgesetzt zu haben, dass die Kommunikation von Berufsgeheimnisträger*innen davon ausgenommen sein soll. Ein praktikables Vorgehen, wie dies bewerkstelligt werden sollte, ist aber bereits bei der sogenannten Vorratsdatenspeicherung auf Bundesebene gescheitert.

Der Weg zum Wohlverhaltensstaat?

Der Strafverteidiger **Christian Mertens** spricht vor diesem Hintergrund von einer Entwicklung zu einem Wohlverhaltensstaat. Solange man sich verhalte, wie die staatlichen Organe es vorsehen, sei man in Sicherheit. Wer aber aus der Reihe tanze, gerate schnell in Schwierigkeiten. Dieses Horrorszenario eines Wohlverhaltensstaates rückt mit zunehmender Überwachung näher. Wer wagt noch den Protest, wenn sicher ist, dass „Big Brother" zuschaut? Innenminister Herbert Reul jedenfalls sieht in den Gesetzesverschärfungen keine Probleme für den Rechtsstaat. Nachdem mit dem Polizeigesetz sein „Sicherheitspaket I" verabschiedet wurde, plant er bereits ein „Sicherheitspaket II". Als nächstes soll das Verfassungsschutzgesetz verschärft werden.

—

Über die Autor*innen:

Die Autor*innen sind aktiv im *AK Zu Recht* Münster. Weitere Infos: https://akzurecht.noblogs.org/

Von Britta Kremers

Das Internet ist an allem schuld?

Eine Einleitung in den Schwerpunkt

Nach mehr als zwölf Jahren wieder ein Schwerpunkt über das Internet und die extreme Rechte? Es wurde Zeit, denn seither hat sich das Internet und seine Nutzung stark gewandelt. Schon der Titel unserer Ausgabe #23 verdeutlicht dies: „Bits, Bytes, Neonazis?" nannten wir den Schwerpunkt damals. Und obwohl auch 2006 schon in Gigabytes gerechnet wurde, war von „Big Data" im allgemeinen Sprachgebrauch noch ebenso wenig die Rede wie von *Facebook*. Das derzeit (noch?) erfolgreichste soziale Netzwerk öffnete sich erst im September 2006 für die Allgemeinheit. Das erste Smartphone, das iPhone von *Apple*, wurde Anfang 2007 auf den Markt gebracht. Zwar gab es auch Mitte der 2000er Jahre schon Social-Media-Plattformen und -Netzwerke, beispielsweise *Myspace*, *StudiVZ* oder auch *YouTube*, und Antifaschist_innen registrierten aufmerksam, wie diese Dienste von Neonazis genutzt wurden. Aber diese Plattformen waren nicht dermaßen stark in den Alltag von einer so großen Zahl von Menschen integriert, wie es *Facebook*, *Twitter* und *Instagram* heute sind.

Für die extreme Rechte ist das Internet alles andere als „Neuland" — sie nutzt es seit langem als Kommunikationsmittel der politischen Propaganda, zur Mobilisierung zu Aktionen und der Organisierung von Sympathisant_innen und adaptiert die jeweiligen Veränderungen und neuen Möglichkeiten mal mehr, mal weniger erfolgreich.

Unsere These ist, dass der aktuelle Rechtsruck auch mit der Art und Weise zusammenhängt, wie die extreme Rechte das „world wide web" nutzt. Damit soll dem Internet nicht die Schuld für die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung zugesprochen werden — die Lage ist komplexer. Die technischen und kulturellen Funktionsweisen der Social-Media-Plattformen tragen aber erheblich zum Erfolg der extremen Rechten im Netz bei. Deren Geschäftsmodelle und die daraus resultierende Aufmerksamkeitsökonomie begünstigen emotionalisierte, Angst und Abwehr verstärkende Inhalte und schaffen Echokammern, die Selbstbestätigung anstelle von Debatte fördern. Auch eine Ästhetisierung von Politik, wie sie für Teile der extremen Rechten prägend ist, wird durch Medien wie *Instagram* begünstigt.

Wie auf diese Entwicklung von antifaschistischer Seite reagiert werden sollte, dafür kennen wir auch kein Patentrezept. Es scheint, als seien die Social-Media-Plattformen ein schlechter Ort für Politiken, die sich Diskurs, Nachvollziehbarkeit und Rationalität zum Ideal nehmen. Dieses für die gesellschaftlichen Debatten so relevante Feld weitgehend kampflos der extremen Rechten zu überlassen, kann aber auch keine Option sein.

Den Schwerpunkt eröffnen **Jörn Malik** und **Jan-Henning Schmitt** mit einem Artikel, der umreißt, wie die extreme Rechte aktuell das Internet zur Verbreitung von Propaganda, zur Mobilisierung und zur Organisierung nutzt.....Seite 7

Andrea Becker zeigt, wie extrem rechte AkteurInnen beispielsweise bei *Twitter* versuchen, ihre Inhalte im Kampf um die Aufmerksamkeit mit Hilfe der Algorithmen reichweitenstark zu platzieren.....Seite 11

Über das relativ neue Phänomen der extrem rechten YouTuber, von denen einige ein großes Publikum erreichen, schreibt **Mark Breuer**.....Seite 14

Anhand von *Instagram* zeigt **Nora Hinze**, wie die *Identitäre Bewegung* für Jugendliche attraktive und den Regeln des Mediums folgende Propaganda verbreitet. Ein Fokus liegt dabei auf den verbreiteten Geschlechterbildern.....Seite 17

Sonja Brasch und **Sebastian Hell** zeichnen nach, wie sich die Online-Medienarbeit von Neonazis professionalisiert und differenziert hat.....Seite 20

Von Jörn Malik und Jan-Henning Schmitt

Vom Volksempfänger zum Smartphone

Rechte Propaganda, Mobilisierung und Organisierung im Internet

Das Internet, insbesondere die Social Media- und Content-Plattformen, hat für die Verbreitung extrem rechter Propaganda mittlerweile zentrale Bedeutung. Dies liegt nicht nur an der Befähigung extrem rechter AkteurInnen zur Nutzung dieses Kommunikationsmittels, sondern vor allem an sozio-technischen Entwicklungen, die ihnen in die Hände spielen.

Ausgerechnet „Ewiggestrige" am Puls der Zeit? Was auf den ersten Blick wie ein Paradoxon erscheint, ist eine bereits seit mehr als 20 Jahren fortdauernde Entwicklung: Die extreme Rechte hat das Potenzial, welches das Internet bietet, früh erkannt. Begonnen mit eher klandestin — und mit tatkräftiger Hilfe des Verfassungsschutzes — aufgebauten BTX- und Mailbox-Netzwerken wie dem *Thule-Netz* Anfang der 1990er Jahre, gefolgt von der exzessiven Nutzung individueller Websites und Blogs über Foren wie *Thiazi* und den Aufbau eigener Medienprojekte wie *Altermedia* und *PI-News* hin zur Nutzung der großen Social-Media-Plattformen: Die extreme Rechte hat ihre Strategien zur Verbreitung von Propaganda, zur Mobilisierung für Events, zur Organisation und nicht zuletzt auch zum Kampf gegen politische Gegner_innen an den jeweiligen Zustand des Netzes und der Technik angepasst. Die Möglichkeiten, mit vergleichsweise einfachen Mitteln ein breites Spektrum an Menschen anzusprechen und gesellschaftliche Debatten zu beeinflussen, waren noch nie so vielfältig wie heute.

Die Utopie eines freien Netzes

Um zu verstehen, warum die extreme Rechte derzeit online so erfolgreich ist, bedarf es eines Rückblicks auf die Entwicklung „des Netzes". Das Internet war — bedingt auch durch die militärischen Überlegungen zu seinem Aufbau — als weitgehend dezentrale und krisensichere Kommunikationsstruktur ausgelegt. Am Anfang der öffentlichen Nutzung standen utopische Erwartungen an das demokratische Potential des Internets: Mit dem Zugang zum Netz sollte jede_r die Gelegenheit bekommen, sich und andere unzensiert zu informieren. Viele Aktivist_innen der ersten Stunde glaubten an die emanzipatorische Kraft des „Cyberspace" und schrieben die unbedingte Notwendigkeit eines freien Informationsflusses in die technischen Protokolle und Standards, die noch immer das Rückgrat dessen bilden, was wir heute als „Internet" kennen.

Diesen historischen Auftrag zur Verhinderung bzw. Umgehung staatlicher Zensur erfüllt das Internet weiterhin: Anonymisierungsnetzwerke wie TOR ermöglichen Menschen weltweit, sich dem Zugriff autoritärer Regime zu entziehen und Informationen auszutauschen. Eine Möglichkeit, die auch die extreme Rechte nutzt: Die vom US-Neonazi **Andrew Anglin** seit 2013 betriebene Website „The Daily Stormer" ist seit dem Sommer 2017 auch über einen sogenannten „Onion Service", eine Funktionalität des TOR-Netzwerkes, die Server und Nutzer_innen anonymisiert, verfügbar. Das TOR-Projekt positioniert sich zwar deutlich gegen Rassismus, stellte aber auch klar, dass das Netzwerk keinerlei Kontrollmöglichkeiten biete und niemals bieten dürfe. So paradox die Nutzung ihres im Sinne von Freiheit und Diversität konzipierten Dienstes durch die extreme Rechte auch sei, sie sei nicht zu verhindern und der Kampf gegen die extreme Rechte eine gesellschaftliche, keine technische Aufgabe, so die Macher_innen.

Extrem rechte Online-Medien

Die Publikation von Inhalten im Netz erlaubt es, unabhängig vom Zugang zu den Kommunikationskanälen der Massenmedien und weitgehend unbehelligt von staatlicher Kontrolle, Informationen und Meinungen zu publizieren. Wirksame Barrieren gegen die Verbreitung von Falschmeldungen und Lügen existieren nicht mehr. Die extreme Rechte fährt aktuell eine Doppelstrategie: Zum einen werden etablierte Massenmedien permanent als unfreie Organe der herrschenden Politik diskreditiert. Zum anderen wird über eigene Formate und Kanäle eine Gegenöffentlichkeit konstruiert, die auf die Erwartungen der eigenen Klientel und die strategischen Ziele zugeschnitten ist. So lassen sich Unwahrheiten verbreiten und Themen setzen, die aufgrund mangelnder Relevanz in den Massenmedien bestenfalls eine Randnotiz darstellen.

Der Blog *PI-News* ist eines der erfolgreichsten Beispiele extrem rechter Online-Medien. (vgl. LOTTA #45, S.16—18) 2004 von einem kleinen Team um **Stefan Herre** aus Bergisch Gladbach gegründet, gelang es dem Blog mit einem Mix aus Nachrichten, Kommentaren und Aktivismus schnell, eine größere Gemeinschaft von LeserInnen zu gewinnen. Die verbindende Klammer bildeten dabei ein als „Islamkritik" gelabelter antimuslimischer Rassismus und der sich selbst zugeschriebene „Mut zur politischen Inkorrektheit" als Legitimation für Hetze gegen gesellschaftliche Minderheiten und Andersdenkende. Die LeserInnen werden durch in der Regel alarmistische, teils pathetische und stets polarisierende Beiträge, eine offene Kommentarpolitik und regelmäßige Aktionsaufrufe, z.B. zu Mails und Anrufen bei Journalist_innen oder Politiker_innen, bei Laune gehalten. Trotz des Bedeutungszuwachses der sozialen Netzwerke erfüllt der Blog als Plattform für eigene Inhalte, dauerhaft auffindbar, unter eigener Kontrolle und auf anderen Plattformen teilbar, weiterhin eine wichtige Funktion für die extrem rechte Propagandastrategie.

Zuletzt sind weitere Seiten entstanden, die das aktuelle politische Geschehen kommentieren, beispielsweise **David Berger**s *Philosophia Perennis* oder der AfD-nahe *Deutschland Kurier.* Aber auch klassische Medien bleiben wichtig, weil sie den „Rohstoff" liefern, auf dem die Beiträge der extrem rechten PropagandistInnen basieren, und als Referenz dienen. Besonders häufig wird von der deutschen extremen Rechten auf konservative Medien wie *Die Welt* und *Focus,* die russischen Staatssender *RT Deutsch* und *Sputnik News* sowie die ursprünglich von Anhänger_innen der chinesischen Sekte *Falung Gong* gegründete *Epoch Times* verwiesen. Hier existieren die größten politischen Übereinstimmungen, insbesondere beim Thema Migration.

Echokammern und Filterblasen

Die wichtigsten Kanäle zur Verbreitung extrem rechter Inhalte sind mittlerweile aber soziale Netzwerke wie *Facebook, Twitter* und *YouTube.* Auch die vielfach zitierten „Echokammern" und „Filterblasen" sind Ausdruck selbst geschaffener Gegenöffentlichkeiten. Sie entstehen im Wesentlichen durch die Möglichkeit, selbst Inhalte zu veröffentlichen und diese massenhaft vornehmlich unter Gleichgesinnten zu teilen und zu diskutieren. Dadurch entsteht eine Dynamik, die mangels Gegenrede, Kritik und Reflexion maßgeblich auf der Bestätigung des eigenen Standpunktes und dessen Zuspitzung basiert.

Bereits lange vor dem Aufkommen der sozialen Netzwerke existierte mit dem

thiazi-Forum eine solche Echokammer für die extreme Rechte, in der zeitweilig bis zu 30.000 aktive NutzerInnen diskutierten sowie Musik und Medien austauschten. 2012 wurde das Forum nach Ermittlungen des BKA vom Netz genommen. Einige ModeratorInnen wurden 2018 wegen Bildung bzw. Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung verurteilt. (vgl. LOTTA #48, S. 31—34)
Solche Foren haben an Bedeutung verloren. Der Austausch illegaler Inhalte wird meist über Dienste in Anonymisierungsnetzwerken, das sogenannte „Darknet", abgewickelt, während Diskussionen vor allem bei *Facebook* und Co. stattfinden. Das Forum der „wütenden weißen alten Männer" ist heute nicht mehr primär die Stammkneipe, sondern das globale Netz. Dabei spielen die Filter und Algorithmen der großen Social-Media-Plattformen eine entscheidende Rolle für den Erfolg extrem rechter Propaganda. Diese sind dazu designt, den Nutzer_innen die passenden Inhalte zu präsentieren, um sie möglichst lange auf der eigenen Plattform zu halten. Das funktioniert vor allem über Beiträge, die starke emotionale Reaktionen bei den Betrachtenden auslösen und diese damit zu einer Reaktion, z.B. Weiterleiten oder Kommentieren, veranlassen und so weitere Interaktionen im Netzwerk auslösen. Deshalb tendieren diese Verteilungsmechanismen dazu, Inhalte zu bevorzugen, die den Interessen und Erwartungen der Nutzer_innen entsprechen und sie auf einer emotionalen Ebene ansprechen. Somit entstehen auf vorgeblich neutralen und offenen Plattformen Echokammern aus Gleichgesinnten, die sich in stark emotionalisierten Debatten gegenseitig die eigene Weltsicht bestätigen und von „lernenden" Algorithmen mit immer neuem Material versorgt werden. Deshalb entwickelt sich der *Facebook*-Newsfeed von Personen, die öfter auf extrem rechte Beiträge reagiert haben, schnell zu einer Art extrem rechter Onlinezeitung. Bei *YouTube* ist es nicht anders. In dieser Umgebung funktionieren klassische Propagandastrategien der extremen Rechten, die mit der Konstruktion von Bedrohungsszenarien und Identitäten sowie bewussten Tabubrüchen arbeiten, außerordentlich gut. Sie profitieren von den Mechanismen der Aufmerksamkeitsökonomie überproportional.
Auf diese Weise erhält extrem rechte Propaganda eine viel größere Reichweite, weil die sozialen Netzwerke ihre Inhalte — genügend Aufmerksamkeit im eigenen Lager vorausgesetzt — auch über die Grenzen der eigenen Echokammern hinaus verbreiten und so bis in den gesamtgesellschaftlichen Diskurs tragen können, wie z.B. die Kampagne gegen den UN-Migrationspakt zeigte.

Mobilisierung mittels Internet

Die sozialen Netzwerke erleichtern — über alle politischen Lager hinweg — die Bewerbung von Protestaktionen. Nicht nur weil Interessierte schnell erreicht werden, sondern auch weil diese sich über das Teilen von Inhalten leicht an der Mobilisierung beteiligen und unter Umständen auch in die Vorbereitung mit einbezogen werden können. Nicht länger ist es für die Organisator_innen notwendig, umfangreiche Email- und Postverteiler zu verwalten oder Plakate zu kleben. Und auch die ehemals starke Abhängigkeit von als Multiplikatoren dienenden klassischen Medien besteht nicht mehr. Auch wenn keine statistisch validen Daten über das gesamte Protestgeschehen in Deutschland vorliegen, drängt sich der Eindruck auf, dass in den vergangenen Jahren sowohl die Zahl von Protestereignissen als auch die Anzahl der insgesamt Beteiligten stark zugenommen haben.
Mobilisierungen wie jene von PEGIDA wären ohne die sozialen Netzwerke nicht möglich gewesen. Sie bildeten die Basis für kleine Gruppen von OrganisatorInnen, um Kontakte zu knüpfen, Inhalte zu verbreiten, erfolgreich zu den eigenen Aktionen zu mobilisieren und diese im Nachgang zu dokumentieren. Dadurch ist allerdings auch eine neue Abhängigkeit entstanden, die AkteurInnen angreifbar macht. Die häufiger gewordenen Sperrungen extrem rechter Accounts zeigen Wirkung, weil auf einen Schlag sämtliche, womöglich über Jahre angesammelten Kontakte nicht mehr erreichbar sind und spontane Mobilisierungen schwierig werden. Auch deshalb ist seit einiger Zeit ein Ausweichen auf kleinere Dienste wie das russische VK oder die Nutzung von Messenger-Apps wie *Telegram* und *WhatsApp* zu beobachten. In den USA sind mittlerweile erste auf Open-Source-Technologie basierende Dienste wie *gab*, eine Art Twitter, entstanden, deren Betreibende sich selbst der „Alt-Tech-Bewegung" zurechnen und deren NutzerInnen vornehmlich der politischen Rechten entstammen. Doch alleine mit technischen Faktoren lässt sich Erfolg oder Misserfolg einer Mobilisierung nicht erklären, wie sich jüngst beim gescheiterten Versuch zeigte, die in Frankreich für Schlagzeilen sorgenden „Gelbwesten"-Proteste nach Deutschland zu importieren. Obwohl eine *Facebook*-Seite mit 18.000 Followern entstand, bundesweit Dutzende offene *Telegram*-Gruppen zur Koordinierung von Aktionen gebildet wurden und eine interaktive Karte Treffpunkte für Aktionen markierte, blieben die Proteste vielerorts aus oder es beteiligten sich nur eine Handvoll Personen. Dass kurzfristige Mobilisierungen erfolgreich sein können, zeigte sich hingegen nach dem gewaltsamen Tod von **Daniel H.** im August 2018 in Chemnitz. Eine Kombination mehrerer Faktoren war entscheidend: Der Tod von Daniel H. war ein hochemotionales Thema, das entsprechend Auf-

merksamkeit in den sozialen Netzwerken bekam. Zusätzlich verstärkt wurde dies durch die Behauptung, H. sei getötet worden, als er Frauen vor sexualisierter Gewalt habe schützen wollen. Eine Falschmeldung, die bewusst eines der erfolgreichsten Narrative der extremen Rechten der letzten Jahre aufgriff. Das Ereignis reihte sich zudem in eine monatelange Kampagne zu „Ausländergewalt" und „Messereinwanderung" ein. Und es ereignete sich in einer Stadt mit einer starken extrem rechten Szene, die angefangen bei der AfD über die lokale Gruppierung *Pro Chemnitz* und die Ultra-Gruppe *Kaotic Chemnitz* bis zu den Strukturen der klassischen Neonazi-Szene gemeinsam für den Aufmarsch warb und die Strukturen vor Ort stellte.

Organisierung im Netz

Nach den Aufmärschen in Chemnitz, bei denen die Polizei Gewalt und Ausschreitungen nicht verhinderte, gerieten die Sicherheitsbehörden in Erklärungsnot. Die Innenminister von CSU und CDU erklärten den „Smart-Mob", gemeint war die Mobilisierung und Koordinierung via Smartphones, zum ausschlaggebenden Faktor. Auf dieses neue Phänomen sei man nicht vorbereitet gewesen. Tatsächlich haben solche Tools einen positiven Effekt auf die Mobilisierungs- und Aktionsfähigkeit, aber die Ausschreitungen von Chemnitz sind damit nicht erklärbar. Entscheidend war vielmehr der Organisationsgrad der Teilnehmenden sowie das Vorgehen der Polizei vor Ort. *Facebook*-Gruppen und Messengerdienste werden von der extremen Rechten auch verstärkt zur dauerhaften Organisierung genutzt. Über Chatgruppen und -kanäle werden Neuigkeiten verbreitet, Inhalte geteilt und auch Abstimmungen vorgenommen. Die Tools sind leicht zu bedienen, gelten als sicher und erreichen die Empfänger_innen unmittelbar. Durch das Agieren in einem (vermeintlich) geschützten Raum werden Beziehungen aufgebaut und gestärkt. Damit kann auch ohne Zutun der Belohnungsmechanismen sozialer Netzwerke oder regelmäßige persönliche Treffen eine Tendenz zur Radikalisierung der Beteiligten einhergehen. Diese Entwicklung lässt sich am Beispiel der 2015 von der Polizei zerschlagenen Gruppe *Old School Society* und dem kürzlich durch taz-Recherchen aufgedeckten Netzwerk extrem rechter „Prepper" um den Verein *Uniter* in der Bundeswehr nachvollziehen.

„We don't need that fascist groove thang!"

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Erfolg der Aufmerksamkeitsökonomie im Internet und die damit verbundenen technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen vor allem der extremen Rechten nutzen. Sie schafft es dabei zunehmend, die Mechanismen für ihre Zwecke zu nutzen und so ihre eigenen Inhalte dauerhaft zu platzieren. Auf diese Weise kann die extreme Rechte ihre Reichweite deutlich steigern und auch in Spektren mobilisieren, die ihr bislang eher verschlossen waren. Durch den Aufbau eigener Online-Medienangebote werden auf die eigene Klientel zugeschnittene Gegenöffentlichkeiten geschaffen, die sich zunehmend gegenüber Kritik und Diskurs immunisieren. Mobilisierungen innerhalb dieser Echokammern können — sofern sie auf entsprechende organisatorische Strukturen und inhaltliche Vorarbeit stoßen — sehr erfolgreich sein und so Momente der Selbstermächtigung kreieren, die langfristig Wirkung entfalten. Die Inhalte der extremen Rechten bleiben in diesem Zusammenhang weitgehend unverändert, es ist der Umgang mit den neuen Möglichkeiten des Netzes, der sich weiterentwickelt hat. Es ist auch an der radikalen Linken, diese Mechanismen zu erkennen, zu analysieren und wirksame Gegenstrategien zu entwickeln, ohne dabei die berechtigte Kritik und Zurückhaltung gegenüber sozialen Netzwerken und der Aufmerksamkeitsökonomie abzulegen.

Von Andrea Becker

Kampf um die Algorithmen

Politisches Trolling von rechts

Rechte Aktivist_innen nutzen seit Jahren diverse Trollingtechniken, um Diskurse in öffentlichen Debatten zu platzieren. Sie versuchen durchaus erfolgreich, die Algorithmen der sozialen Netze so zu beeinflussen, dass ihre Themen sichtbar werden.

Als Trolling wird im Internet ein antisoziales Verhalten bezeichnet, das sich durch Provokation, das Stören von Diskussionen und durch sachfremde und ablenkende Beiträge auszeichnet. Sein Ziel ist es, negative emotionale Reaktionen zu erzeugen und Diskurse zu beeinflussen. Trolle wollen nicht diskutieren, sondern manipulieren, sie kämpfen nicht um Argumente, sondern um Aufmerksamkeit. Neben der Nutzung destruktiver rhetorischer Strategien versucht Trolling, die technische Seite des Netzes zu manipulieren. Trolling ist auch ein Kampf um die Algorithmen des Internets.

Die Macht der Algorithmen

Algorithmen bestimmen, was wir bei Suchmaschinen und auf Social-Media-Plattformen zu sehen bekommen. Algorithmen filtern die persönliche Wirklichkeitswahrnehmung der User_innen. Sie erzeugen mit der ihnen inhärenten Logik — die sich im Kern an den Verwertungsinteressen der Plattformbetreiberfirmen orientiert — diskursive Relevanzen und Wirklichkeitskonstruktionen. Diesen Prozess in ihrem Sinne zu beeinflussen, ist rechten Akteuren in den letzten Jahren in bemerkenswerter Weise gelungen.

Ein Algorithmus ist eine Rechenvorschrift, die entscheidet, was den User_innen auf dem Bildschirm angezeigt wird. Manchmal werden Algorithmen mit Kochrezepten verglichen, aber diese Analogie trifft den Charakter moderner, lernender Algorithmen nicht. Bei einem Kochrezept handelt es sich um eine Vorschrift dafür, wie ein möglichst immer gleiches Ergebnis erzielt werden kann. Moderne Algorithmen hingegen wollen kein bestimmtes Ziel Z erzeugen. Im Gegenteil: Sie sind darauf ausgelegt, für Nutzer A ein anderes Ergebnis zu erzielen als für Nutzerin B, weil sie in Abhängigkeit vom bisher gezeigten Verhalten einschätzen, was jeweils interessant und relevant sein könnte. So soll die Verweildauer auf einer Seite oder Plattform erhöht werden.

Wie genau solche Algorithmen funktionieren, ist Geschäftsgeheimnis der Unternehmen. Allein *Facebook* hält mehrere Hundert Patente auf spezialisierte Algorithmen. Auch welche Treffer und Nachrichten bei einer *Google*-Suche angezeigt werden, ist das Ergebnis eines im Detail unbekannten Rechenprozesses, dessen Parameter durch das eigene Suchverhalten und das aller anderen User_innen beeinflusst werden. Nachrichten und Beiträge, die häufig angesehen, kommentiert oder „gelikt" werden, landen an prominenter Stelle in der Timeline. Alles, was Aufmerksamkeit erzeugt, wird mit Sichtbarkeit belohnt. Das ist das Prinzip der Aufmerksamkeitsökonomie.

„Gaming the Algorithm"

Das Bestreben, diese Sichtbarkeit zu erlangen, ein Produkt, einen Diskurs oder eine Ideologie am Markt zu platzieren, hat Berufsfelder wie „Social Media Optimization" hervorgebracht. Und es hat schon früh Gamer_innen und Nerds auf den Plan gerufen, die sich einen Spaß daraus machten, Algorithmen zu manipulieren: „Gaming the algorithm".
Just for fun? Was in den Mechanismen der netzbasierten Aufmerksamkeitsökonomie an politischem Potential steckt, haben Akteure der extremen Rechten früh erkannt. Das Entstehen der amerikanischen „Alt-Right" ist untrennbar verbunden mit bestimmten Internet-Subkulturen, vor allem mit der Plattform *4chan* und ihrem Unterforum „4chan/pol/". Hier flossen alte rassistische Ideologien mit einem neuen Medienökosystem zusammen. Hier wurden Aktionsformen entwickelt und erprobt, auf die Politik und Gesellschaft vielfach bis heute noch keine angemessene Antwort gefunden haben. Diese Art von politischem Trolling, das mittlerweile auch in Europa Fuß gefasst hat, lebt von zwei wesentlichen Elementen: Koordination und Verstärkung.

Auf *4chan* und auf anderen randständigen Plattformen sammelte sich restriktionslos alles, was manche adoleszente Männer witzig und spannend finden, von Gaming über Pornografie und Sport bis zu Politik. Pausenlos weitergereichte Insider-Witze in Form von „Memes", meist kleine Bild-Text-Botschaften oder Videos, etablierten sich als Diskurskondensate. In einem einzigen „Meme"-Symbol kann eine ganze Erzählung stecken. Unterforen wie „4chan/pol/" gefielen sich in der Verteidigung schrankenloser „Meinungsfreiheit". Politische „Inkorrektheit" wurde dort zum aggressiv nach außen getragenen Glaubensbekenntnis. Es entstand eine plattformübergreifende Troll-Subkultur, die kreativ neue Aktions- und Kampagnenformen erprobte und verfeinerte.

Methoden

Kennzeichnend für diese Trolling-Strategien ist die Koordination und Supervision von gezielten Aktionen („Raids") auf kleineren Plattformen wie *4chan* oder *Discord* sowie auf Messenger-Apps, um die Algorithmen der großen Netzwerke wie *Facebook*, *YouTube* und *Twitter* anzugreifen. Es geht darum, die Deutungshoheit über bestimmte Themen zu erlangen (Framing) bzw. eigene Themen im öffentlichen Diskurs zu platzieren (Agendasetting), indem deren Sichtbarkeit manipuliert wird. Solche Aktions- und Angriffsstrategien können sein:

- Shitposting: Massenhaftes Zumüllen von Diskussionen mit aggressiven/ablenkenden Beiträgen.
- „Memetic warfare": Gezielte Verwendung von Memes, sei es als eingängiges Bild oder als symbolhaft aufgeladener Begriff („Gäste", „Goldstücke" „Rapefugee").
- das Platzieren, Besetzen und Kapern von Hashtags.

Die Algorithmen der großen sozialen Netzwerke reagieren typischerweise auf Masse. Sie bewerten Posts und Nachrichten, die viel geteilt werden oder mit denen viel interagiert wird, als wichtig und zeigen sie den Nutzer_innen prominent an. Deshalb ist es für die technische Umsetzung von Trollingaktionen wichtig, die eigene Botschaft zu verstärken. Dazu werden große Accounts benötigt, die (vermeintlich) viele Leute erreichen und/ oder ein Heer von kleineren Accounts. Mit diesem Grundwissen ausgestattet, ziehen seit einigen Jahren rechte AktivistInnen von den „Identitären" bis zur AfD auch in Deutschland in den von ihnen ausgerufenen Informationskrieg.

„Reconquista Germanica"

Als *Reconquista Germanica* wurde ein Trollnetzwerk bekannt, das sich auf der Plattform *Discord* organisierte und massiv Propaganda zugunsten der AfD verbreitete. Aus verschiedenen Recherchen ist bekannt, dass sich *Reconquista* militärisch organisierte, Tagesbefehle an die „Infokrieger" ausgab, „Meme"-Material zur Verfügung stellte und gezielte Kampagnen durchführte. Sogar ein Theoriepapier zur Schulung der AktivistInnen („Handbuch für Medienguerillas") wurde im Umfeld der „Reconquista" verbreitet. Namentlich bekannte Mitglieder des Netzwerks waren der Identitäre **Martin Sellner** und der AfD-Funktionär **Lars Steinke**. Die AktivistInnen nutzten ausgiebig die beschriebenen Techniken und legten massenhaft Fake-Accounts an, die gleichzeitig bespielt wurden. Mit einigen Kampagnen gelang es ihnen nachweislich, einen Trend bestimmter Themen zu bewirken. So brachten sie vor der Bundestagswahl 2017 u.a. die Hashtags #merkelmussweg, #nichtmeinekanzlerin oder #traudichdeutschland in die Top-20 der deutschen „Trending Topics". Accounts des Netzwerks beteiligten sich gemeinsam mit AfD-Verstär-

kern unter #KiKaGate massiv an einem Shitstorm gegen den öffentlich-rechtlichen TV-Sender *Kinderkanal*. Nicht zuletzt unterstützten sie massiv #Kandelistueberall. Der Slogan ist mittlerweile sogar als geschützte Marke im Markenregister eingetragen worden.
Eine Recherche der Tageszeitung *Die Welt* wies eine ähnlich strukturierte, über „Discord" betriebene Kampagne im Herbst 2018 nach, die sich gegen den „Globalen Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration" (UN-Migrationspakt) richtete. Bei dieser Kampagne organisierten sich Sellner mit seinen digitalen „Infokriegern" und die AfD unter Federführung des Abgeordnetenbüros von **Martin Hebner** offiziell unabhängig voneinander unter dem Hashtag #Migrationspaktstoppen. Von „Raids" auf *Twitter*, *YouTube* und der Petitionsseite des Bundestags bis zu vorformulierten Briefen an Abgeordnete wurde bei der Kampagne alles genutzt, was sich im Kampf um die Diskurshegemonie instrumentalisieren ließ.

AfD-Parallelstrukturen

Wie man bei der Debatte um den UN-Migrationspakt sehen konnte, betreibt die AfD mittlerweile eine Art steuerfinanziertes Politik-Trolling in den sozialen Netzwerken, wobei sie es nicht nötig hat, sich auf randständigen Plattformen zu koordinieren. Sie kann das im Bundestag tun. Die AfD verfolgt eine plattformübergreifende Strategie mittels Tausender hochaktiver Verstärker. Alle Parteigliederungen und Mandatsträger betreiben Social-Media-Accounts, die für ein ständiges rechtspopulistisches Grundrauschen in den Netzen sorgen. Koordinierte Kampagnen forcieren die Sichtbarkeit ihrer Themen. So manche Parlamentsrede dient nur zur Platzierung eines Hashtags in den sozialen Medien.
Darüber hinaus verfügt die AfD auf *Twitter* über ein paralleles weit verzweigtes und hochaktives Unterstützungsnetz. Dies ist von besonderer Bedeutung, da der Kurznachrichtendienst eine wichtige Schnittstellenfunktion im gesamten Medienökosystem inne hat. *Twitter* ist besonders geeignet, die Aufmerksamkeit der journalistischen Gatekeeper_innen und Politiker_innen zu lenken. Dieses Unterstützungsnetzwerk von Hunderten miteinander verknüpften Accounts gruppiert sich um die Accounts @balleryna und @afdwirkt. Es spiegelt und verstärkt AfD-Themen durch künstlich erzeugte Interaktion um ein Vielfaches. Zum Netzwerk gehören skurille Fake-Accounts wie z. B. ein großes Cluster von „Frauenaccouts", die sich als europäische AfD-Unterstützerinnen ausgeben und Nutzernamen nach dem Muster @Italienerin(nen), @Tschechin(nen) etc. haben. Diese Accounts wirken auf den ersten Blick lächerlich. Sie werden jedoch offenbar koordiniert befüllt und dienen als Verstärkerbasis. Zudem folgen ihnen kleinere offizielle Parteiaccounts und erstaunlich viele Abgeordnete.
Besonders auffällig ist in diesem Netzwerk ein Cluster von Accounts, die vorgeben sich für den Schutz von Kindern zu engagieren (@StopPaedophilia, @FuerOpferschutz, @GegenKinderehen). Bei @StopPaedophilia handelt es sich um einen Account, der sein Twitterleben im Jahr 2011 mit der Suche nach „hot boys" begann, dann jahrelang Fake-Follower sammelte, bevor er als großer Twitterverstärker im AfD-Universum seine Heimat fand. Zu diesem Cluster gehört auch das @TeamIdaMarie. Der Account startete 2011 mit einem Angebot von Küssen und Sex einer 18-Jährigen und gibt heute vor, die Tochter der AfD-Bundestagsabgeordneten **Nicole Höchst** zu unterstützen. Die Abgeordnete folgt selbst, ebenso wie die NRW-AfD, dem beschriebenen Trollingnetzwerk und empfiehlt diese „Kinderschützeraccounts" als ernstzunehmende Referenz.
Damit agitiert neben den offiziellen Strukturen offenbar mit Wissen der Partei ein paralleles Unterstützungsnetzwerk für die AfD, über das erfolgreich Themen und Forderungen in den gesellschaftlichen Diskurs eingespeist werden können. Funktional handelt es sich um ein riesiges latent bereitstehendes Trollingnetzwerk, das bei Bedarf aktiviert werden kann.

Literaturhinweise

Davey/Ebner:
The Fringe Insurgency: Connectivity, Convergence and Mainstreaming of the Extreme Right, London 2017

Marwick/Lewis:
Media Manipulation and Disinformation Online., Data & Society Research Institute, 2017

Von Mark Breuer

Profilneurotiker mit Selfiestick?

„YouTube“ als Plattform extrem rechter AktivistInnen

Die Video-Plattform „YouTube“ hat für die Online-Strategien der extremen Rechten hohe Bedeutung. Nahezu sämtliche extrem rechten Organisationen und Zeitschriften betreiben auf der Plattform eigene Kanäle. Immer mehr Rechte fühlen sich zudem dazu berufen, als „YouTuber“ selbst regelmäßige Videos zu veröffentlichen.

Zunächst vor allem zur Präsentation von Rechtsrock und NS-Propagandavideos genutzt, wird über *YouTube* mittlerweile versucht, „alternative Medienangebote“ zu etablieren. Diese sind häufig durch die Verbreitung von Halbwahrheiten und Lügen, vor allem über Migration und Islam, gekennzeichnet. Die Inhalte gehen oftmals mit verschwörungsideologischen Ansichten und antisemitischen Bezügen einher. Die Zahl dieser Kanäle ist kaum zu überblicken. Der Algorithmus von *YouTube* sorgt dafür, dass dem User automatisch weitere ähnliche Videos gezeigt werden. Auch im Falle extrem rechter Propaganda kann so schnell ein fast unaufhörlicher Fluss entstehen.

Attraktiv für politische Propaganda wird die zum *Google*-Konzern *Alphabet* gehörende Plattform durch ihre Beliebtheit nicht zuletzt bei Kindern und Jugendlichen. Laut einer Studie des Verbands *Bitkom* aus dem Jahr 2017 nutzt bereits jedes zweite Kind im Alter von 10 und 11 Jahren regelmäßig *YouTube*, 76 Prozent der 16- bis 18-jährigen posten ab und zu selbst ein Video. 36 Prozent der befragten Kinder und Jugendlichen bezeichnen einen YouTuber als ihren Lieblingsstar. Videos von diesen auch als „Influencer“ bezeichneten *YouTube*-„Stars“ erreichen regelmäßig Millionen Menschen. Sie zeigen Ausschnitte aus ihrem Privatleben, bieten Tipps und Ratschläge sowie nicht selten Produktwerbung oder kommentieren aktuelle — virtuelle wie nicht-virtuelle — Geschehnisse.

Selbstdarstellung als Erfolgsmodell?

Im Oktober 2018 gewann der Film „Lord of the Toys“ der Filmemacher **Pablo Ben Yakov** und **André Krummel** den Preis für den besten deutschen Langfilm des Leipziger Festivals DOK. Die Dokumentation begleitet einige YouTuber um den Dresdener **Max Herzberg**, der die Kanäle „AdlerssonPictures“ und „AdlerssonReview“ betreibt. Auch Herzberg sendet teilweise live Geschehnisse aus seinem Leben und postet Produkttestberichte. Ein Großteil seiner Follower sind jugendlich. Der 22-Jährige hat Reichweite — seinem „Review-Kanal“ folgen beinahe 290.000 Menschen, dem anderen Kanal knapp 190.000. Seine Videos bei „AlderssonPictures“ brachten ihm die Kritik ein, mit NS-Inhalten zu spielen, rassistische und sexistische Äußerungen zu verbreiten und damit zu deren Normalisierung beizutragen. Aus diesen Gründen kritisierte das *Aktionsnetzwerk Leipzig nimmt Platz* anlässlich der Preisverleihung die Machart des Films. Ohne kritische Einordnung kämen extrem rechte Personen zu Wort, in der Premiere hätten antisemitische Sprüche und „Witze“, für Lacher gesorgt. Andere Sichtweisen, etwa Betroffenenperspektiven, fehlten ebenso wie eine kritische Einordnung der Verbindungen Herzbergs zur *Identitären Bewegung* (IB), insbesondere zu **Alexander Kleine** aus Leipzig.

Von laut gelacht zu „Laut gedacht“

Alexander Kleine ist selbst ein — weniger erfolgreicher — YouTuber. Als „Malenki“ postet er Videos zur Imkerei und zum Umgang mit Waffen, vor allem aber von IB-Aktionen. Rechte User bekommen somit bei Herzberg Spaß, bei Kleine

hingegen Politik geboten. Letzterer ist Leiter der IB in Leipzig und betreibt zusammen mit **Philip Thaler** (*Kontrakultur Halle*) seit 2016 das *YouTube*-Projekt „Laut gedacht“. Am 29. November 2018 veröffentlichte „Malenki“ auf seinem eigenen Kanal ein vierzigminütiges Gespräch mit Max Herzberg, in dem es um dessen Wahrnehmung der Debatte um „Lord of the Toys“ ging. Im Intro bezeichnete Kleine Herzberg als „unpolitische Person“, die „politisch unkorrekt“ sei und „keinen Bock“ habe, „sich von Linken irgendwas vorschreiben zu lassen.“ Unter dem Video wiesen mehrere User darauf hin, dass Herzberg seinen Gesprächspartner „feature“ und mit seiner Popularität dem IB-Aktivisten zu weitaus mehr Reichweite verhelfe, als dieser sonst erreiche. Das Video wurde bei *YouTube* mehr als 74.000 mal aufgerufen. „Malenkis“ Kanal hat knapp 7.900 Abonnent_innen, seine Videos werden zumeist kaum mehr als 10.000 mal geklickt.

Das Format „Laut gedacht“ hingegen verfügt über 30.900 Abos. Es hat den Anspruch, wöchentlich zu erscheinen, bislang sind mehr als 100 Folgen online. Der Kanal ist Sprachrohr der „Identitären“. Die Macher versuchen mit ihrem „hippen“ Auftreten Jugendliche anzusprechen, beispielsweise wenn sie einer Folge den Titel „Alex Gauland bester Mann“ verpassen. Auch ist das Format aufgrund der Kürze der Folgen zugänglicher als die halbstündigen Wohnzimmer- oder Autofahrt-Monologe vieler anderer rechter YouTuber. Den mehrheitlich aus der Generation der „digital natives“ bestehenden „Identitären“ liegt diese Art der Propaganda. Doch auch andere IB-YouTuber wie **Leonard Fregin** („Operation Fregin“, 9.682 Abos) verfügen nicht über die Reichweite von **Martin Sellner**, dem Kopf der österreichischen IB, mit seinen über 80.000 Abos und insgesamt 12 Millionen Klicks.

„Für die Eigenen“

Eine noch größere Resonanz erreicht **Timm Kellner** alias Tim K. aus Horn-Bad Meinberg (Kreis Lippe/NRW). Seinem Kanal, in dem er die Themen der extremen Rechten bedient, folgen über 100.000 Menschen. Kellner ist eine illustre Gestalt: Obwohl als Polizist tätig, ging er auf Tuchfühlung mit dem Rocker-Milieu, wurde wegen Körperverletzung verurteilt und vom Dienst suspendiert. Er verfasste ein Buch, in dem er sich als Opfer einer Polizei-Intrige darstellt und gründete 2015 den 1%-Motorradclub *Brothers MC* mit. 2017 trennten sich der MC und er, seitdem firmiert Kellner als Präsident des *Chapter Brothers MC Salt City*, das in seiner Heimatstadt über ein Clubheim verfügt. Kellner legt Wert darauf, dass er einen deutschen Club führt, in dem nur Menschen „aus dem westlichen Kulturkreis, keine Migranten, keine Moslems“ Mitglied werden können. Seine Karriere als rechter Online-Aktivist startete Anfang 2016 mit Äußerungen zu den sexualisierten Übergriffen in der Silversternacht in Köln und der Ankündigung des *Brothers MC*, künftig zum Schutz von Frauen zu patrouillieren.

Im April 2018 trat Kellner erstmals auf einer Demonstration in Hannover als Redner auf. Es folgte ein Auftritt am 29. August 2018 in Chemnitz, wo er erklärte, das „komplette System muss rückabgewickelt werden“. Dort stellte er auch seine „Sammlungsbewegung“ *Für die Eigenen — Die Liste* vor: Was **Sahra Wagenknecht** auf der linken Seite mache, wolle er auf der konservativen umsetzen.

Reportagen aus „besetztem Gebiet“

Ein weiterer reichweitenstarker YouTuber ist **Nikolai Nerling** (58.498 Abos). Unter dem Namen „Der Volkslehrer“ wendet er sich vor allem an die Neonaziszene, Verschwörungsfans und das Pegida-Umfeld. Bekanntheit erlangte er aufgrund eines arbeitsrechtlichen Verfahrens: sein Arbeitgeber, das Land Berlin, kündigte dem Lehrer an einer Grundschule in Gesundbrunnen, da ihm Verstöße gegen die demokratische Grundordnung vorgeworfen wurden. Das Verfahren läuft noch. Hohen Stellenwert haben Inhalte, die der „Reichsbürger“-Ideologie zuzuordnen sind. In einer Episode besucht er die US-Air-Base Ramstein in Rheinland-Pfalz und stellt anhand ihrer Existenz fest, dass Deutschland „immer noch“ besetzt sei. Das Video endet mit der Texteinblendung: „Auf ein baldiges Ende unserer Gefangenschaft“. Wie auch andere rechte YouTuber stellt sich Nerling in seinen Videos häufig als vermeintlich neutraler Beobachter dar, was durch seinen Ansatz, ruhig, bedacht und etwas naiv aufzutreten, verstärkt wird. Ein Grund für seine Popularität, die mitunter den Neid von anderen Personen aus der Reichsbürgerszene auf ihn lenkt, liegt darin, dass er für Reportagen seine Wohnung verlässt und seinem „Interessensgegenstand“ persönlichen Besuch abstattet. So drehte Nerling ein langes, vermeintlich dokumentarisches Video über das „Schild und Schwert“-Festival 2018 in Ostritz und führte Interviews mit *Die Rechte*-Funktionären wie **Sascha Krolzig** oder **Michael Brück**. Insbesondere die Solidarität mit HolocaustleugnerInnen hat es ihm angetan. Am 10. November 2018 trat er in Bielefeld auf der Solidaritätsdemonstration für **Ursula Haverbeck** sogar als Redner auf.

Dass *YouTube*-Formate auch für die Neonaziszene wichtiger geworden sind, zeigte sich im September 2018, als *Die Rechte* und **Frank Krämer** ein Video einer „Podiumsdiskussion“ produzierten, an der neben den beiden Kadern **Alexander Deptolla** und Krolzig auch **Philipp** vom *YouTube*-Kanal „Orwellzeit“ teilnahm. Letzterer erzählte, dass er seit 2015 Videos drehe. Er sei dann „auf die Wahrheit gestoßen“ und radikaler geworden. Nun verbreitet er biologistische Rassentheorien und Podcasts mit Titeln wie „Juden und unsere Eugenik“.

„Der dritte Blickwinkel“

Der im Rhein-Sieg-Kreis lebende Frank Krämer ist ein Beispiel für einen langjährig aktiven Neonazi aus der Kameradschaftsszene, der nun auf YouTuber macht. Sein Kanal „Der dritte Blickwinkel“ verfügt über 10.000 Abos. Er zeigt keinerlei Berührungsängste zu anderen YouTubern und nutzt Gespräche mit diesen zur Verbreitung neonazistischer Ideologie. Er geriert sich dabei als sachlich argumentierender Nationalist, propagiert aber offen Rassentheorien und bezeichnet den Nationalsozialismus als historisches Beispiel eines wünschenswerten, nicht-kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Besondere Aufmerksamkeit erregte Krämer durch die Zusammenarbeit mit dem schwarzen Videoblogger **Nana Domega**. Sie erstellten mehrere Videos zum Thema „Multikulturalismus vs. Nationalismus“, die sie als Versuch bezeichneten, einen Dialog zwischen grundsätzlich anderen gesellschaftspolitischen Meinungen zu führen. Die unkritische Herangehensweise Domegas ist dabei haarsträubend.

Vernetzung und Werbung

Auffällig ist der rege Austausch und die gegenseitigen Verweise dieser YouTuber untereinander: **Hagen Grell** (67.000 Abos) interviewt den „Volkslehrer“, dieser wiederum trifft sich mit Frank Krämer zum Gespräch. So entsteht ein selbstreferenzielles Netzwerk. Auch der IB-Kanal „Laut gedacht“ geht auf diese Art vor. So wurde im Januar 2017 der YouTuber **Miró Wolfsfeld** aus Köln vorgestellt. Dieser plädierte dafür, „libertäre Gedanken“ verstärkt mit „identitären Kreisen“ zu vernetzen und bewarb seinen Kanal „Unblogd“ (27.048 Abos). Wolfsfeld revanchierte sich im August 2018 mit einem Video über das „Europa-Nostra-Festival“ der IB in Dresden. Dort interviewte er vor allem Thaler und Kleine, die wiederum „Laut gedacht“ bewarben.

Die kommerziell erfolgreichsten *YouTube*-Stars aus dem Mainstream können von ihren Videos gut leben, wobei sie eher weniger an der Beteiligung an den Werbeeinnahmen als durch Sponsoring und Product Placements verdienen. Auch die extrem rechten YouTuber versuchen, mit ihren Videos Spenden zu akquieren und ihre Produkte zu verkaufen: Krämer bewirbt die CDs seiner Rechts-Rock-Band *Stahlgewitter,* die über seinen *Sonnenkreuz Versand* zu beziehen sind, Sellner die neuen T-Shirts seines IB-Versands *Phalanx Europa*. Kellner kurbelt den Verkauf seiner Bücher an. Die Selbstvermarktung nimmt ähnlich viel Raum ein wie der politische Anspruch.

Von Nora Hinze

Politisches Influencing

Die „Identitären“ bei Instagram

Selbstdarstellerisch, oftmals übertrieben und vor allem extrem beliebt — Instagram feiert Erfolge wie zuvor nur Facebook. Der 2010 gegründete Online-Dienst ermöglicht es seinen Nutzer*innen, Fotos und kurze Videos hochzuladen und diese mit Hashtags oder Kommentaren zu versehen. Gerade in der Zielgruppe der unter 30-Jährigen ist Instagram, das 15 Millionen deutsche Accounts aufweist, äußerst beliebt. Die „Identitären“ nutzen den Dienst mit großem Erfolg.

„Ich folge ihr auf Instagram“ hat die Aussage „Wir sind auf Facebook befreundet“ längst auf der Coolness-Skala überholt. Mit nur einem Klick werden ganze Tagesabläufe mehr oder weniger fremder Menschen in Bildformat auf die eigene Startseite gespült. „Folgt“ man Personen auf *Instagram*, informiert die App ohne große Mühen über die Aktivitäten und neuen Postings der Profilinhaber*innen. Smartphone sei Dank kann jederzeit und ganz spontan ein eigener Schnappschuss hochgeladen werden — zumindest soll dieser Eindruck vermittelt werden. Bilder vom Einkauf und dem frisch zubereiteten Essen jagen „Duckface-Selfies“ und Aufnahmen von der neuen großen Liebe. Mitten aus dem Leben der Nutzer*innen soll es sein und doch finden häufig nur gut inszenierte

und stark bearbeitete Fotos ihren Weg in den jeweiligen Account. Dank der Filter-Option der App wird auch das langweiligste Selfie zum Hingucker.
Instagram ist eine Plattform der Selbstdarstellung und Selbstvermarktung, die von Extremen lebt und gleichzeitig das ganz normale Leben der Nutzer*innen einzufangen versucht. Was als kurzer Schnappschuss tituliert wird, hat in Wahrheit die letzte halbe Stunde der *Instagram*-affinen Person eingenommen und zeigt deshalb nur einen selbstgewählten Ausschnitt der Persönlichkeit. Es sind immer nur diese Einblicke, die den Follower*innen gewährt werden sollen. Es geht um bewusste Inszenierungen, die jedoch den Eindruck erwecken sollen, als Follower*in Anteil am Leben der Anderen zu haben.
Genau diesen Umstand macht sich die *Identitäre Bewegung* (IB) zunutze. Der Online-Dienst bietet ihrer Selbstinszenierung als „hippe Jugendbewegung" dabei ungewollt Schützenhilfe. In Tradition der „Neuen Rechten" stehend verwenden die „Identitären" viel Energie darauf, der alten Leier einen neuen Anstrich zu geben. Für diese vermeintliche rechte Generalüberholung ist *Instagram* genau das passende Medium und es verwundert kaum, dass mehrere „identitäre" KaderInnen ihre Profile rege bespielen.
Erklärtes Ziel der Neuen Rechten ist es, den Mainstream zu unterwandern, um so die eigenen Themen zu setzen und die gesellschaftliche Wirkmächtigkeit zu erhöhen. Sie beabsichtigen im „Kulturkampf von Rechts" die Hegemonie zu gewinnen. Die „Identitären" versuchen sich in vielfältigen Lebensentwürfen, Berufen, ja sogar Geschlechterbildern zu inszenieren und so ein breites Publikum anzusprechen und Gehör für ihre politischen Ziele zu finden. *Instagram* bietet für dieses Vorhaben eine nicht zu unterschätzende Plattform.

Rechtes „Influence Marketing"

Auf den ersten Blick unterscheidet sich das *Instagram*-Profil der IB-Aktivistin **Melanie Schmitz** kaum von dem einer anderen Mitt-Zwanzigerin, wären da nicht die mal mehr, mal weniger unterschwelligen politischen Botschaften. Sie zeigt sich beim Kochen, beim Kaffeetrinken am Morgen, beim verträumten Tanzen im Garten oder beim Turteln mit ihrer jeweiligen Liebschaft. Durch die geposteten Bilder und die dazugehörigen Kommentare lässt sie ihre Follower*innen an ihrem Leben, viel wichtiger aber: an ihren Stimmungen teilhaben. Die ausgedrückten Emotionen und alltäglichen Erlebnisse sollen dabei Nähe herstellen und die Botschaft vermitteln, nicht anders zu sein als die Follower*innen.
Um die eigenen Inhalte möglichst effektiv zu verkaufen, werden diese nicht nur monoton referiert, sondern in die Persönlichkeiten der AktivistInnen eingewoben. Diese, vor allem aus Marketing-Abteilungen von Wirtschaftsunternehmen bekannte Strategie des „Influence Marketing" setzt auf Vertrauen und Sympathie, die eine zukünftige Kundschaft den Influencer*innen entgegenbringt und so zugänglich für die Vermarktung der eigenen Produkte macht. Die „Identitären" machen sich diese Marketing-Strategie für ihre politischen Zwecke zunutze. Gerade weibliche Aktivistinnen verfolgen das Ziel, zu politischen Influencerinnen zu werden und dadurch insbesondere die geschlechterkonservativen Ansichten der „Identitären" zu propagieren.

Kein „Gender Trouble" auf Instagram

Auffällig häufig sind vor allem weibliche Aktivistinnen auf Propaganda-Bildern der IB zu sehen. Sie sollen dabei die „Schönheit des Eigenen" demonstrieren und Lockmittel und Anreiz für männliche Personen sein, die mit den „Identitären" liebäugeln. Zusätzlich nutzen sowohl die männlichen als auch weiblichen „Identitären" ihre Profile, um Werbung für Merchandise-Artikel zu machen, sowie zur Generierung von finanziellen Mitteln über Spendenaufrufe. Die Kategorie Geschlecht ist ein maßgebliches Moment in der Herausbildung der eigenen Identität im „identitären" Denken. Die „natürliche" Polarität von Mann und Frau und deren Fähigkeit gemeinsam Kinder zu bekommen, sind grundlegend und erzeugen eine „Essenz des Weiblichen" (so die Politikwissenschaftlerin **Judith Goetz)** bzw. „Männlichen". Dieser Umstand ist identitätsbestimmend und gegen die Verunsicherung und Angriffe auf die vermeintliche „Naturhaftigkeit" zu verteidigen. Schuld am Untergang „soldatischer Männlichkeit" und „natürlicher Weiblichkeit" ist selbstredend der Feminismus. Die „Identitären" fordern, dass sich Frauen erneut ihrer Weiblichkeit bewusstwerden müssten, um Stolz empfinden zu können.
Während auf der sozialen Ebene ein Wandel und eine Modernisierung des Geschlechterbildes durchaus — auch aus strategischen Gründen — anerkannt wird, halten die „Identitären" an einer biologisch determinierten Unterschiedlichkeit von Mann und Frau fest. Daraus resultieren klare Rollenzuschreibungen. Frauen kommt dabei nach wie vor die Rolle der Mutter und Männern die des starken Beschützers zu. Für den ersehnten männlichen Kampfgeist steht beispielhaft das *Instagram*-Profil des Leipziger IB-Aktivisten **Alexander Kleine**. Er zeigt sich häufig in der freien Natur, trägt enganliegende Shirts, die die durchtrainierten Oberarme betonen sollen. Aufnahmen von ihm beim Holzhacken vervollständigen das Bild des martialischen Naturburschen. In perfekter

Ergänzung inszeniert sich **Ingrid Weiss,** IB-Aktivistin und Partnerin von Kleine, als sorgende Mutter und herausragende Köchin — sowohl auf ihrem persönlichen Profil als auch dem ihres Projektes *European Kitchen.*

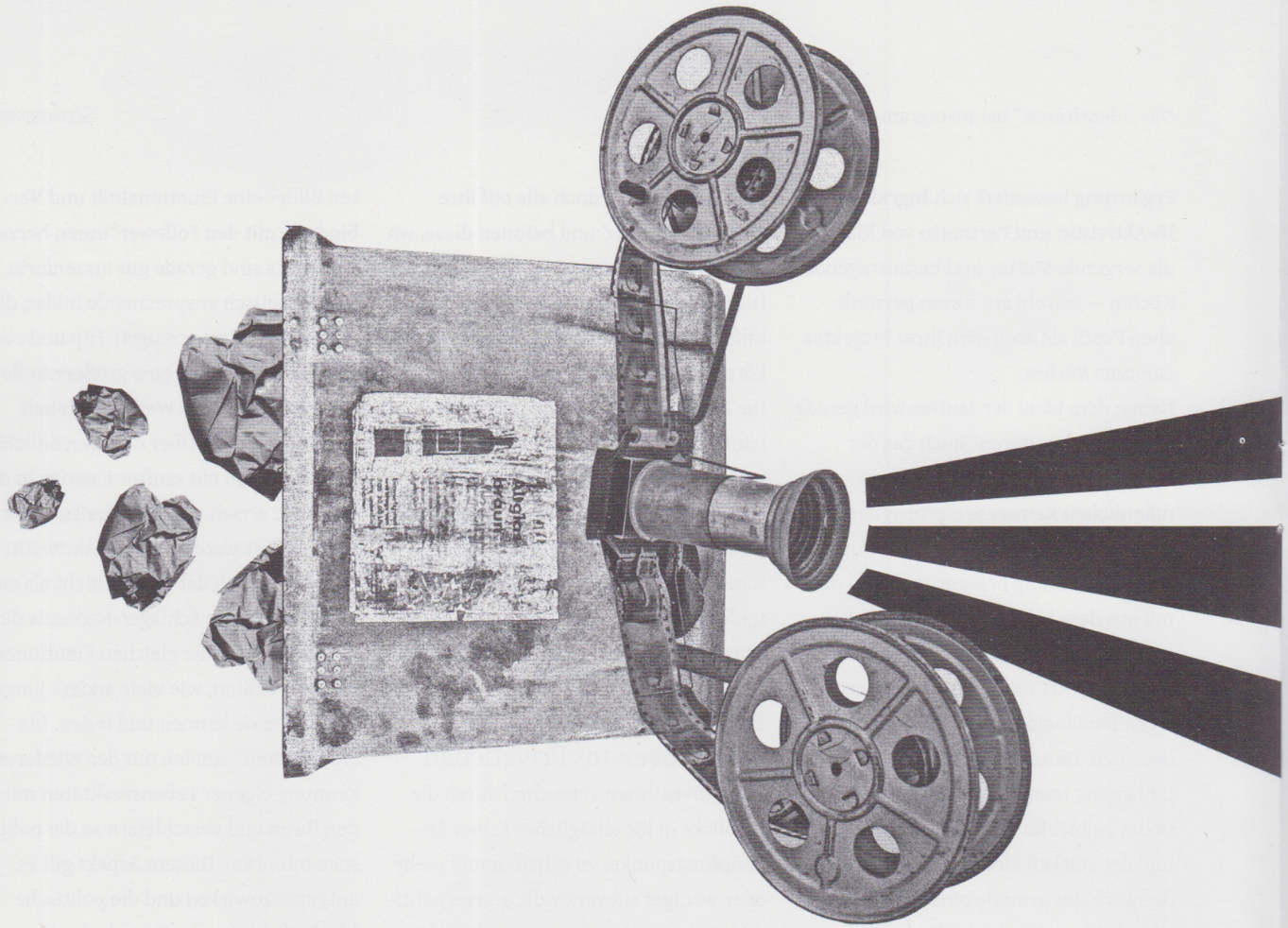
Neben dem Ideal der Mutter wird gerade von den „Identitären“ auch das der Kampfgefährtin an der Seite ihres männlichen Kameraden propagiert. Rechte Frauen, die sich selbstbewusst und eigenständig präsentieren und damit aus dem Schatten der Männer heraustreten, müssen sich immer wieder auf andere Art und Weise auf die grundlegenden ideologischen Überzeugungen beziehen. Diese Dynamik zwischen der Einhegung feministischer Versatzstücke in das Selbstbild von rechten Frauen und der starken ideologischen Rückbindung scheint grundlegend für die Zugehörigkeit von Frauen in der extremen Rechten, die nicht dem klassisch propagierten Bild des ‚Heimchen am Herd‘ entsprechen (wollen). Auch dabei machen sich die „identitären“ Frauen *Instagram* zunutze. Die laut, aggressiv und kämpferisch auftretende Schmitz beispielsweise zeigt sich auf ihrem Profil auf zahlreichen Fotos verführerisch blickend, leicht bekleidet posierend oder lasziv auf dem Bett räkelnd. Mit der sexualisierten Darstellung ihrer Weiblichkeit und der Betonung vermeintlich ‚typisch weiblicher‘ Eigenschaften konterkariert sie ihre Vorwitzigkeit gegenüber den männlichen Kameraden. Ein stark geschminktes Selfie hier, eine Vogelrettungsaktion dort und zwischendrin einige Fotos des Liebsten, um auch die heterosexuelle Norm klar zu setzen. Die Weiblichkeitsbilder der „Identitären“ sind divers und so sind sowohl Frauen, die einem klassischen Ideal nacheifern und hinter den männlichen Kameraden zurücktreten, zu finden, als auch die stark und selbstbewusst auftretenden Aktivistinnen. Bei allen Unterschieden berufen sie sich jedoch alle auf ihre ‚weibliche Essenz‘ und betonen diese, wo es nur möglich ist.

Die Bildsprache des Mediums *Instagram* hilft dabei, diese Essenz in Form einer körperlichen Präsenz zu demonstrieren. Die Zurschaustellung von männlichen, häufig durchtrainierten und weiblichen, den gängigen Schönheitsidealen entsprechenden, Körpern steht symbolhaft für die Grundüberzeugung der biologischen Unterschiedlichkeit der Geschlechter und dem Idealbild, das „Identitäre“ von Männern und Frauen haben.

Politische Inhalte eingewoben ins Privatleben

Die Aktivistinnen versuchen durch die Einblicke in ihr alltägliches Leben Anknüpfungspunkte zu schaffen und mehr oder weniger subversiv die eigene politische Haltung einzubringen. Neben den ständig zur Schau getragenen Kleidungsstücken aus dem IB-internen Versand *Phalanx Europa* werden Bandshirts gut erkennbar präsentiert oder Bilder von rechter Literatur gepostet. Nur jedes fünfte Bild der Aktivistin Schmitz beispielsweise lässt auf ihre aktive Rolle bei der IB schließen, seit der Sperrung ihres alten Profils im Mai 2018 sind es noch deutlicher weniger. Die Botschaft, die *Instagram*-UserInnen wie Kleine, Schmitz oder auch **Paula Winterfeldt** transportieren möchten, lautet: „Ich bin ein ganz normaler junger Mensch, nur eben ‚identitär‘“. Zielen andere Influencer*innen darauf ab, Produkte in ihren Instagram-Profilen zu vermarkten, so sind es bei den „Identitären“ die politischen Inhalte, die ins vermeintliche Privatleben eingewoben werden. Statt des Schriftzuges eines Unternehmens im Hintergrund sind es bei den „Identitären“ das Lamda-Symbol oder Bücher „neurechter“ TheroretikerInnen.

Ähnlich der Marketing-Strategie versuchen die Aktivistinnen über die geteilten Bilder eine Emotionalität und Verbindung mit den Follower*innen herzustellen. Es sind gerade gut inszenierte und ästhetisch ansprechende Bilder, die Aufmerksamkeit erzeugen. Hip und cool zu sein, spielt dabei eine größere Rolle als der tatsächliche Wahrheitsgehalt hinter den Fotos. Über die „persönliche“ Beziehung soll ein sanfter Einstieg in die Ideologie erzielt und gleichzeitig diese verharmlost werden. Die IB-AktivistInnen stellen sich dabei eben nicht als entemotionalisierte Schläger-Neonazis dar, sondern zeigen die gleichen Emotionen und Aktivitäten, wie viele andere junge Menschen sie kennen und teilen. Die „Identitären“ spielen mit der Wiedererkennung eigener Lebensrealitäten mit den ihren und verschleiern so die politische Intention. Diesem Aspekt gilt es entgegenzuwirken und die politische Ideologie hinter der Fassade der Normalität zu dechiffrieren. Die Selbstinszenierung der „Identitären“ sollte daher nicht unkritisch übernommen und Bilder nicht kommentarlos reproduziert werden. Ein Blick hinter die Bilder, die Frage wie und warum sie in Szene gesetzt werden und was sie vermitteln sollen, ist im Umgang mit der bildstarken Selbstdarstellung der IB hilfreich und notwendig.



von Sebastian Hell und Sonja Brasch

„Content“ für die Bewegung

Online-Medienprojekte aus der Neonazi-Szene

„Volksfront Medien“ (VFM) war 2006 ein Vorreiter-Projekt bei der Produktion von Internetvideos aus der Neonazi-Szene. Seitdem hat sich die Szene in diesem Bereich weiter professionalisiert, neue Online-Projekte sind entstanden.

Mit *Volksfront Medien* ging 2006 eines der ersten semiprofesionellen neonazistischen Medienportale an den Start. Das Projekt wurde im „nationalen Wohnprojekt“ von dem Szeneaktivisten **Marcel Wöll** in Butzbach-Hochweisel gegründet und sollte in den kommenden Jahren der Neonazi-Szene einen spürbaren Modernisierungsschub geben.
Wöll war damals Stadtverordneter der NPD in Butzbach sowie Landesvorsitzender der hessischen NPD. Bei *Volksfront Medien* agierte er unter anderem als Moderator der Nachrichtensendung „Kritische Nachrichten der Woche“. Treibende Kraft des Projektes waren aber vor allem **Christian Müller** und **Kevin S.**, der sich die Schnitttechnik selbst aneignete. Auf dem Gelände in Butzbach entstanden in einem kleinen Studio auch kurze Videoclips und Werbevideos für Neonaziaufmärsche. Die Videos folgten meist dem gleichen Muster: Politische Botschaften, die direkt an die Konsumentin gerichtet waren, wurden in prägnanten Sätzen in Bewegung frontal in die Kamera gesprochen. Die ProtagonistInnen wirkten authentisch, die Musik und die Schnitte taten ihr übriges, um für eine durch MTV geprägte Generation kompatibel zu sein. Die radikalen Botschaften sorgten für öffentlichen Wirbel. Einige dieser Clips erreichten auf *YouTube* über 500.000 Klicks.
In der Szene wurde das Projekt euphorisch aufgenommen. Die mühselige Arbeit, Flugblätter zu produzieren und an die Leute zu bringen, schien vorbei. Stattdessen druckten Neonazis aus Dortmund Schnipsel in Zehntausender-Auflage, auf denen lediglich der Link zum neusten VFM-Video stand und verteilten diese nachts auf Schulhöfen.
Mit der Zeit brach das Wohnprojekt in

Butzbach auseinander. Müller, mittlerweile beeinflusst durch seine Nähe zur *Heimattreuen Deutschen Jugend* (HDJ), wollte zurück zu klassischer Propaganda und Darstellungsformen. Er führte VFM noch eine Weile fort. Kevin S. interessierte sich mehr für Themen der „Autonomen Nationalisten" und zog nach Jena ins „Braune Haus". Hier startete er 2007 sein neues Projekt *Media pro Patria* (MPP) zusammen mit unter anderem dem damaligen, mittlerweile ausgestiegenen *Blood & Honour*-Kader **Patrick W.** und dem heutigen Nazikampfsportler **Philipp Liebetrau.** Zusammen produzierten sie Videos in gewohnt hoher Schlagzahl. Schon nach wenigen Monaten ging S. wieder zurück nach Hessen und wurde nach seiner Inhaftierung aufgrund eines Übergriffs auf ein Jugendlager der *Linksjugend Solid*' aus der Gruppe ausgeschlossen. MPP verblieb in Thüringen und produzierte bis 2010 weiter Videos.

Professionelle Propaganda aus Dortmund

Ungefähr zeitgleich mit der Entstehung von *Volksfront Medien* bauten auch Dortmunder Neonazis ihr Online-Angebot aus. Videos produzierten sie eher selten, stattdessen entstand mit dem *Infoportal Dortmund* eine lokale Nachrichtenseite. Zuvor hatten „Autonome Nationalisten" aus Dortmund seit 2002 das bundesweit wichtigste Internetportal der Kameradschaften „widerstand.info" administiert. 2005 verlor die Seite aber nach einem Hack des angeschlossenen Forums an Bedeutung.

Nach dem Verbot des *Nationalen Widerstands Dortmund* 2012 etablierte *Die Rechte Dortmund* als Ersatz für das *Infoportal* die Website *DortmundEcho*, die tagesaktuell berichtet. Schwerpunkte der Berichterstattung sind rassistische Inhalte („kriminelle Ausländer"), stadtpolitisches Tagesgeschehen (Berichte aus dem Stadtrat und den Bezirksvertretungen) sowie rechte Veranstaltungsberichte und Terminhinweise.

Einer der ersten rechten Twitter-Accounts aus Dortmund, der nach dem Verbot aktiv wurde, ist der von Kadern genutzte „@beobachterDO", der Name ist einer Anspielung auf das NS-Propaganda-Organ „Völkischer Beobachter". Ebenso wie das *DortmundEcho* dient der Account der Agitation und Verbreitung von Propaganda.

Mit dem Einzug ins Dortmunder Rathaus ergaben sich neue Finanzierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten, so ist **Christoph Drewer** als „Beauftragter für Außenwerbung" zuständig. Sein Bruder **Matthias Drewer** kümmert sich als Fotograf („Stahlfeder-Fotografie") um die richtige Inszenierung rechter Veranstaltungen wie zum Beispiel des „Kampfs der Nibelungen". Durchaus professionelle Layouts entwirft der in Dortmund lebende **Martin Wegerich**, der als *Vlanze Graphics* Material für *Die Rechte* und für viele große RechtsRock-Label und -Bands erstellt.

Rechtsrock im Stream

Ein weiteres wichtiges Online-Medium ist FSN-TV des bayrischen Neonazis **Patrick Schröder.** Gestartet 2007 als Online-Radio mit verschiedenen Rechtsrock-Livestreams wurde das Angebot 2012 um ein wöchentlich live gesendetes Videoformat ergänzt, in dem Schröder und Co-Moderator **Daniel Franz** Interviews mit Rechtsrock-MusikerInnen führen und über die Politik des „Nationalen Widerstands" sprechen. Sie erreichen pro Folge mehrere tausend User_innen, verfügen damit aber nicht über eine so große Reichweite wie erfolgreiche extrem rechte YouTuber. Aufgrund von Gerichtsurteilen musste das Angebot kurzfristig eingestellt werden, aktuell wird wieder regelmäßig gesendet. NPD-Mitglied Schröder betreibt auch das Modelabel *Ansgar Aryan* und organisiert große Rechtsrock-Festivals, was ihm in der Szene auch Vorwürfe einbringt, er wolle sich vor allem persönlich bereichern.

Nach einem ähnlichen Prinzip wie FSN TV funktionieren die im November 2017 erstmals veröffentlichten Sendungen von *Frontmagazin*. Hier stellt ein vermummter Neonazi neue CDs von Rechtsrock-Bands vor, zeigt Musikvideos und interviewt Szene-Musiker. Die Reichweite ist mit insgesamt nur 33.500 Klicks auf *YouTube* allerdings noch gering.

Reaktivierung von „Media Pro Patria"

Um in diesem Geschäft wieder mitzumischen, wurde auch *Media Pro Patria* reaktiviert. Zunächst trat Christian Müller, Mitgründer von *Volksfront Medien*, wieder in Erscheinung, als er bei der 1. Mai-Demo 2016 in Plauen mit seinem Kamerastativ eine Gegendemonstrantin attackierte. In den folgenden Jahren produzierte MPP aber nur sehr wenige Videos, auch die Homepage wurde nie richtig fertig gestellt. Müller zeigte sich nach der Verurteilung wegen der Gewaltat am 1. Mai nur noch selten im Kontext des Projekts, dafür übernahm ein in Hessen altbekanntes Gesicht die Regie: der vormals bei den *Autonomen Nationalisten Wetzlar* aktive **Danny Wolff**, der sich auch als Grafikdesigner versucht. MPP ist nicht der einzige Versuch von Wolff, sich am Geschäft zu beteiligen. Aktuell organisiert er mit **Lars Schulz** aus Dillenburg Nazikonzerte unter dem Label *H5*. (vgl. LOTTA #77, S.29-30) Anders als in den Phasen zuvor scheint sich das Projekt *Media Pro Patria* aktuell nicht aus einem regionalen Schwerpunkt heraus zu organisieren, sondern anhand des Themenfeldes Rechtsrock. Neben Wolff sind **Kevin Seifert** aus Köthen und **Simon Zeise** aus Apolda unter dem Label aufgetreten.

Von Tobias Hoff

Professionalisierung rechter Gewalt

Der „Kampf der Nibelungen“ 2018

Kampfsportevents haben sich innerhalb extrem rechter Erlebniswelten als ein fester Bestandteil etabliert. Der „Kampf der Nibelungen“ (KdN) stellt dabei das zentrale Event dar. Innerhalb des KdN-Netzwerkes nehmen Neonazis aus NRW weiterhin eine wichtige Rolle ein.

„29.09.2018 Gemeinsames Box + K1 Training im Rheinland“. Es war kein Zufall, dass diese Ankündigung, die innerhalb der Neonazi-Szene in den Sozialen Netzwerken kursierte, mit Logo und im Design des KDN gelayoutet wurde. Denn das „Training“ fand zwei Wochen vor dem diesjährigen KdN statt und diente neben der Mobilisierung auch als Bühne für einen Videodreh des extrem rechten YouTube-Kanals „Der Dritte Blickwinkel“ (siehe S. 16 in dieser Ausgabe). Dessen Macher **Frank Krämer** aus dem Rhein-Sieg-Kreis war vor Ort und führte Interviews zum Thema Kampfsport und „Wehrhaftigkeit“. Stattgefunden hat das Training mit knapp 20 Personen in den Räumlichkeiten des *Asgard Fightclubs* im rheinland-pfälzischen Vettelschoss (Landkreis Neuwied). Dort konnten Neonazis aus dem Rheinland regelmäßig ein Kampfsporttraining besuchen, das von Trainer **Jochen Grüber** geleitet wurde. Mit dem Neonazi **Alexander Kerper** (Rhein-Sieg-Kreis) trat eine Person aus der Trainingsgruppe beim „Kampf der Nibelungen“ 2017 in Kirchhundem (Kreis Olpe) in den Ring. Nachdem im Herbst 2018 die Verbindungen des Fightclubs zur Neonazi-Szene im Rahmen eines Fernsehbeitrages des SWR thematisiert worden waren, trennte sich der Verein nach eigenen Angaben von Trainer Grüber und entfernte den Zusatz „Asgard“ aus dem Namen. Neu waren die Verbindungen allerdings nicht. Schließlich fand der KdN bereits in den Jahren 2013 und 2014 — damals noch als „Ring der Nibelungen“ in Vettelschoss statt.

Von West-...

Seit der ersten „Nibelungen“-Veranstaltung im Jahr 2013 ist nicht nur eine steigende Bedeutung von Kampf- und Kraftsport zu verzeichnen, innerhalb der extremen Rechten hat sich auch ein internationales Kampfsport-Netzwerk mit eigenen Bekleidungsmarken, Veranstaltungen und Strukturen herausgebildet (vgl. Schwerpunkt der Lotta #69). Der KdN hat sich in den letzten fünf Jahren dabei von einer rein szeneintern beworbenen Veranstaltung zu einem der größten neonazistischen Events in diesem Bereich in Westeuropa entwickelt. Für das diesjährige Event, das am 13. Oktober 2018 in Ostritz (Sachsen) mit rund 700 Personen über die Bühne ging, gab es erstmalig eine öffentliche Bekanntgabe des Veranstaltungsortes. Neu war auch die gemeinsame Ausrichtung mit der russischen Kampfsportmarke „White Rex“. Dessen Gründer und Aushängeschild **Denis Nikitin** nahm zwar regelmäßig als Kämpfer oder Redner an den KdN-Events teil, der KdN 2018 stellte aber die erste offizielle „White Rex“-Veranstaltung in Deutschland dar.

...nach „Mitteldeutschland“

Auch wenn der KdN in Sachsen stattgefunden hat, waren Neonazis aus NRW in verschiedenen Funktionen erneut maßgeblich in die Organisation eingebunden. Neben bekannten Gesichtern aus dem selbsternannten „KdN Team“ um die Dortmunder **Alexander Deptolla**, **Christoph Drewer**, **Jim Koal** und dem nach Thüringen verzogenen **Franz Pauße** ist dabei auch die 28-jährige **Marina Liszczewski**, ebenfalls aus Dortmund, zu nennen. Als Ordner fungierten unter anderem **Robin Schmiemann** (Dortmund) und **Stefan Schröder** (Bochum). Teil der Ordnerstruktur war auch der Bochumer

Stefan Held. Der 34-jährige Held (Spitzname „Zahni“) gehört der neonazistischen „Bruderschaft“ der *Hammerskin Nation* an. So war es nicht verwunderlich, dass Held zusammen mit dem „Hammerskin“ **Dennis Kiebitz** (Landkreis Wolfenbüttel) über das Gelände flanierte. Seit dem ersten „Ring der Nibelungen“ sind die „Hammerskins“ maßgeblich in die Organisation des Events eingebunden. Auch 2018 fungierte einer der führenden Exponenten der deutschen Hammerskins, **Malte Redeker** aus Ludwigshafen, wieder als Ringrichter. Neben ihm war es der ehemalige Chef der in Spanien verbotenen „Hammerskins“, **José Eduardo Chapela Herrero**, genannt „Chappe“, der für seine Ringrichtertätigkeit aus Barcelona anreiste.

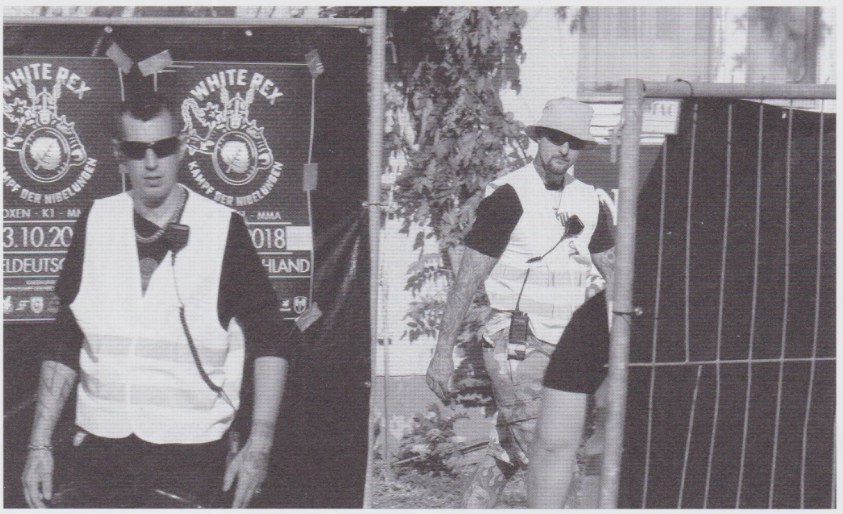


Foto: pixelarchiv.org

Ordner beim KdN am 13. Oktober 2018 in Ostritz: Robin Schmiemann und der Bochumer „Hammerskin“ Stefan Held.

Im Ring

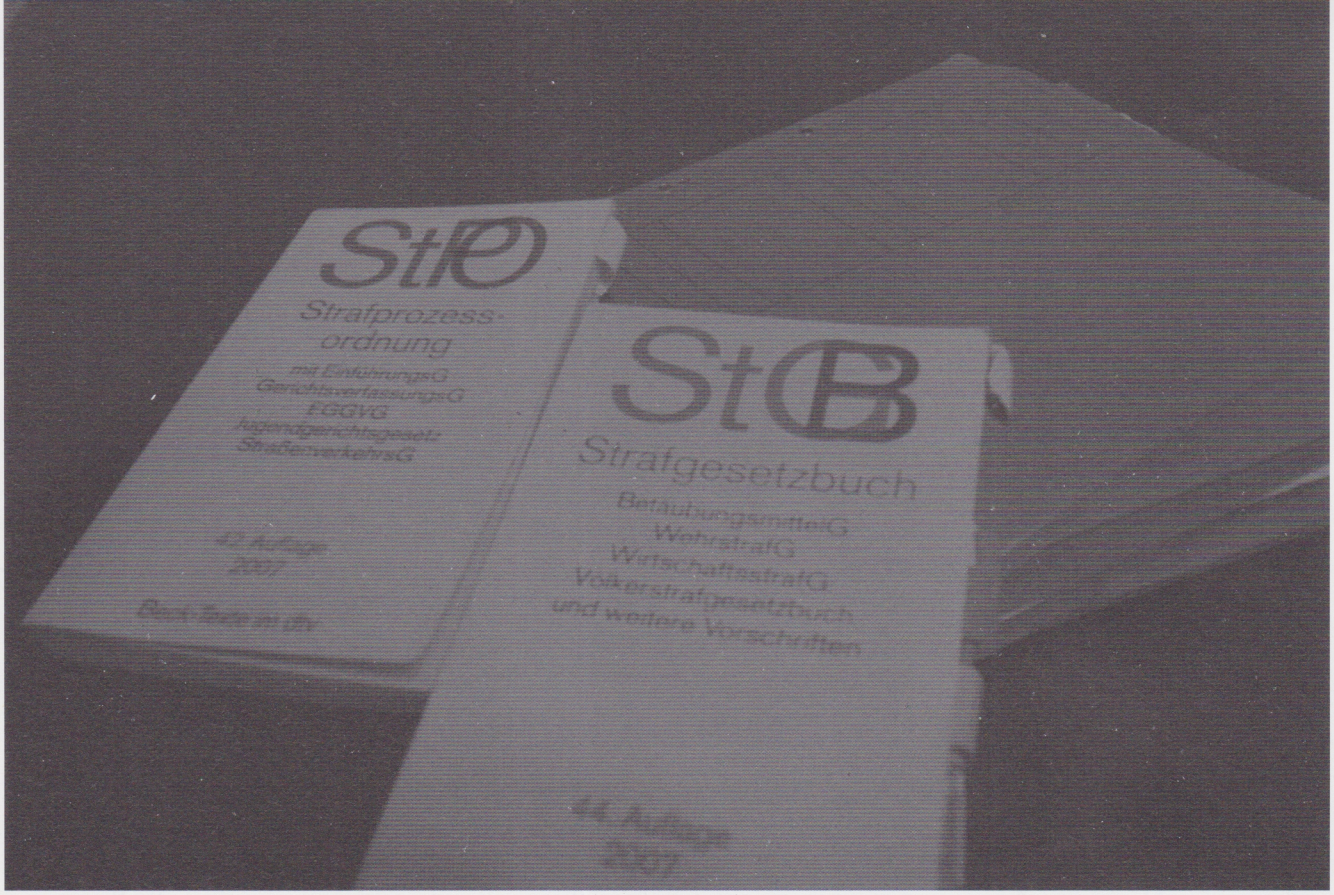
Die starke internationale Vernetzung der NS-Kampfsportszene zeigte sich auch beim KdN 2018. Kämpfer und Kämpferteams aus der Ukraine, Bulgarien, Tschechien, Griechenland, Frankreich und Österreich stiegen in den Ring. Dabei handelte es sich um Protagonisten, die unter anderem aus extrem rechten Hooligan-Szenen stammen oder auch Verbindungen in paramilitärische faschistische Strukturen wie das ukrainische *Regiment Asow* besitzen. Aus Deutschland nahmen Akteure aus der NS-Kampfsportszene aus dem gesamten Bundesgebiet teil. Neben bekannten Kämpfern wie **David Mallow** (Rostock), **Kai Andres Zimmermann** (Fürth) oder **Jan Zrzodelny** (Neuhofen/Rhein-Pfalz Kreis) absolvierte auch der bis dahin nicht in Erscheinung getretene Dortmunder **Nico Bergmann** einen Kampf. Als sein Trainer fungierte dabei **Christoph Drewer**. Andere Neonazis aus Dortmund waren als Zuschauer angereist, so auch **Sven Kahlin**. Der wegen Totschlags an den Punk **Thomas „Schmuddel“ Schulz** verurteilte Kahlin präsentierte sich in einem T-Shirt der „Hooligans Dortmund“ und verdeutlichte einmal mehr die engen Verbindungen der NS-Kampfsportszene in rechtsoffene Teile von Hooligangruppen.

Raus aus den Hinterhöfen?

Als ein fester Bestandteil des KdN-Netzwerkes hat sich die NS-Straight-Edge-Gruppe *Wardon 21* etabliert, die beim diesjährigen KdN die vegane Essensversorgung übernahm. Im Mai 2018 richtete *Wardon 21* einen Kongress unter dem Namen „Heureka“ aus, zu dem mehrere Personen aus der NS-Kampfsportszene eingeladen wurden. Auf dem Kongress sprach unter anderem auch Alexander Deptolla als Repräsentant des KdN. Großspurig kündigte dieser an, dass eine „Gründung einer eigenen Liga“ geplant sei und dass der „Kampf der Nibelungen“ bereit sei, „in den großen Hallen Deutschlands ausgetragen zu werden“. Dies zeigt, dass die sich zunehmend professionalisierende NS-Kampfsport-Szene aus den geheimen „Hinterhöfen“ heraus will. Das Gelände in Ostritz als sicherer Ort für extrem rechte Veranstaltungen bot sich hier an. Schließlich fand dort bereits am 20. April 2018 auf dem Neonazi-Spektakel „Schild & Schwert“ ein vom KdN ausgerichtetes Kampfsportturnier mit internationaler Beteiligung statt. Ein angekündigtes „Team Fight“-Turnier auf dem „2. Schild & Schwert“ im November 2018 konnte allerdings aufgrund fehlender Anmeldungen nicht umgesetzt werden.

Kein Ende

Die Verankerung von Kampfsportveranstaltungen als Teil rechter Erlebniswelten hat sich auch anderenorts gezeigt. So fand am 9. Juni 2018 im sächsischen Grünhain das Turnier „Tiwaz — Kampf der freien Männer“ statt, bei dem bis zu 250 Neonazis anwesend waren. Ein zweites „Tiwaz“-Turnier ist schon für 2019 angekündigt. Und auch international wird weiter an der Vernetzung der extremen Rechten über Kampfsport-Events gearbeitet. Für den 9. April 2019 wird für das „Propatria Fest“ in Griechenland geworben. Ausgerichtet von lokalen Akteuren des *Propatria Fight Clubs* und dem französischen NS-Kampfsportlabel *Pride France*. Neben *White Rex* werden auch „Tiwaz“ und der „Kampf der Nibelungen“ als Unterstützer und Mitausrichter dieses Treffens militanter Neonazi-Strukturen in Europa aufgeführt.



Von Oliver Peters

„Aktionsbüro Mittelrhein“ vor Gericht

Koblenzer Justiz strauchelte auch im zweiten Anlauf

Am 23. Oktober 2018 startete vor der 12. Großen Strafkammer des Koblenzer Oberlandesgericht der zweite Anlauf im Prozess gegen das „Aktionsbüro Mittelrhein“ (ABM). Nach dem Scheitern des ersten Prozesses waren die Erwartungen hoch. Doch der zweite Versuch endete nach nur fünf Prozesstagen. Im Frühjahr 2019 soll es in die dritte Runde gehen.

Ursprünglich begann der Prozess gegen 26 Neonazis aus Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen im August 2012. Die Hauptvorwürfe: Bildung und Unterstützung einer kriminellen Vereinigung. Darüber hinaus werden in der Anklageschrift neben Propagandadelikten eine Vielzahl von Gewalttaten aufgelistet. Das ABM galt lange Zeit als zentrale Neonazi-Struktur im nördlichen Rheinland-Pfalz, gut vernetzt mit der nordrhein-westfälischen Neonazi-Szene. Im ersten Prozess deuteten sich von Beginn an die enormen Dimensionen und die verfahrenstechnischen Probleme dieses Verfahrens an. Mitgrund hierfür ist auch die Entscheidung der Oberstaatsanwaltschaft Koblenz, dem ABM die Bildung einer kriminellen Vereinigung nachweisen zu wollen. Die Bilanz im ersten Anlauf: 337 Prozesstage, in denen über 120 Zeug_innen von Anklage und Verteidigung aufgerufen wurden. Die 52 Anwälte und Anwältinnen, darunter viele aus der extremen Rechten, zogen den Prozess zusätzlich mit Hilfe von insgesamt über 1.000 Verfahrens-, Beweis- und Befangenheitsanträgen in die Länge. Krankmeldungen und Verspätungen häuften sich. Richter und Schöffen mussten aus verschiedenen Gründen ersetzt werden. Schlussendlich platzte der Prozess durch das altersbedingte Ausscheiden des Vorsitzenden Richters im Juni 2017. Die zuständige Kammer stellte den Prozess ein und begründete dies mit einer „überlangen Prozessdauer“, durch die ein „Verfahrenshindernis“ eingetreten sei.

Der zweite Anlauf

Staatsanwaltschaft und Verteidigung

legten erfolgreich Einspruch gegen die Einstellung des Verfahrens ein. Ein zweiter Anlauf startete am 15. Oktober 2018. Die Neuaufnahme eines Gerichtsprozesses bedeutet, dass die Beweisaufnahme komplett neu vollzogen werden muss. Jede Zeug_innenaussage, jedes Beweismittel muss erneut in den Prozess eingeführt werden. Dabei besteht im vorliegenden Fall Zeitdruck, da einzelne Vorwürfe in wenigen Jahren zu verjähren drohen. Zumindest aber sollte einer erneuten Einstellung des Verfahrens im zweiten Anlauf vorgebeugt werden. Der Vorsitzende Richter **Reiner Rühmann** steht noch nicht kurz vor der Pensionierung, zusätzlich wurden weitere Ergänzungsrichter und Schöffen bestimmt. Aber auch der politische und öffentliche Druck ist hoch. Das Scheitern des ersten Prozesses wurde von vielen Seiten als Vorführung des Rechtsstaates interpretiert. Dass die Sorge um einen weiteren Gesichtsverlust des Gerichts nicht unberechtigt war, zeigte schon der erste Prozesstag. Dieser begann mit Verzögerung und endete nach gerade einmal 45 Minuten. Ein Angeklagter klagte über Magen-Darm-Probleme, er fühle sich zu unwohl, um dem Geschehen folgen zu können.

Richter Rühmann schrieb der Verlesung der über 900 Seiten langen Anklageschrift höchste Priorität zu. Gestellte Anträge und Besetzungsrügen der Verteidigung sollten erst danach behandelt werden. Das Gericht schien hier ein Zeichen setzen und vor der Öffentlichkeit erste Erfolge verbuchen zu wollen. Doch der Preis für diesen vermeintlichen Erfolg war hoch. Unter den auf später verschobenen Anträgen fand sich eine Besetzungsrüge gegen die 12. Strafkammer. Strafkammern werden jährlich im Rahmen eines Geschäftsverteilungsplans ihre Zuständigkeiten zugeteilt. Für 2018 galt die 12. Strafkammer als Allgemeine Strafkammer. Der Vorwurf „Bildung einer kriminellen Vereinigung" muss allerdings von einer Staatsschutzkammer verhandelt werden. Warum dieser Umstand dem Koblenzer Gericht nicht aufgefallen ist, bleibt verwunderlich. Schlussendlich stellte die 12. Strafkammer erst nach fünf Prozesstagen fest, dass „unter Berücksichtigung des Konzentrationsgrundsatzes [...] eine vorschriftswidrige Besetzung der 12. großen Strafkammer" vorliege. Der Prozess wurde vorläufig ausgesetzt, bis das Präsidium des Landgerichts Koblenz die 12. Strafkammer nachträglich für zuständig erklärte. Allerdings muss der Prozess nun ein weiteres Mal neu beginnen.

Dritter und letzter Anlauf?

Der zweite Anlauf wurde also nach nur fünf Prozesstagen und mehreren Vertagungen abgebrochen und ein dritter Neustart für den 26. Februar 2019 terminiert: nicht mehr, aber auch nicht weniger. Schwerwiegender als die entstandene Verzögerung ist die Wirkung des Geschehenen auf die neonazistische Szene und die Angeklagten. Schon zu Beginn der zweiten Auflage schienen sich die meisten Angeklagten auf die erneute öffentliche Bühne zu freuen. Kein Wunder, profitieren einige der Hauptangeklagten seit Jahren von ihrer inszenierten Märtyrerrolle in diesem vermeintlichen Justizskandal (vgl. Lotta #67, S. 24—25). Die Stimmung im Gerichtssaal kann als ausgelassen beschrieben werden, teilweise brachten die Angeklagten sogar ihre Kinder mit. In Vergessenheit gerät hierbei schnell die Schwere der Vorwürfe und die reale Gefahr, die vom *Aktionsbüro Mittelrhein* ausgegangen ist — und von einigen seiner ehemaligen Mitglieder nach wie vor ausgeht. Aber derartige Aspekte verschwimmen in der öffentlichen Wahrnehmung dieses Prozess schon seit längerem. Die Angeklagten jedenfalls machen nicht den Eindruck, diesen Prozess kooperativ beenden zu wollen. Das ist natürlich ihr gutes Recht. Dass ein Gerichtsprozess aber von einer solchen Kooperation abhängig zu sein scheint, ist fatal.

Die zweite Auflage des Prozesses war bis Ende 2019 geplant, mit mindestens 90 Prozesstagen. Gegen eine zeitnahe und rechtlich sichere Verurteilung im dritten Anlauf sprechen einige weitere Punkte. So ist es fraglich, welche Aussagekraft Zeug_innenaussagen mit jedem weiteren Jahr noch haben. Selbst bei einer Verurteilung im dritten Versuch steht den Angeklagten gegebenenfalls eine Revision zu. Die Causa *Aktionsbüro Mittelrhein* wird vielleicht noch weitere zehn Jahre eine Aufgabe für die Justiz bleiben. Sollte es zu weiteren prozessualen Abkopplungen einzelner Angeklagter kommen, wird der Vorwurf der kriminellen Vereinigung wohl kaum mehr eine Rolle spielen. Jede nicht verurteilte Straftat, bewirkt durch die bisher wenig erfolgreiche Strategie der Koblenzer Justiz, bedeutet ein Scheitern des staatlichen „Kampfs" gegen Rechts. Nach dem jahrelangen Kleinreden der neonazistischen Strukturen rund um das *Aktionsbüro* droht nun, dass zumindest ein Teil der rechten Straftaten nicht geahndet wird. Außer Spesen, die in diesem Falle in die Millionen gehen, wäre dann nichts gewesen — außer vor Selbstbewusstsein strotzende Neonazis.

Von Benno Storz

„Habe wieder die Tarnmaske auf“

Die zwei Gesichter des AfD-Funktionärs Andreas Schäfer

In Rheinland-Pfalz finden im Mai 2019 Kommunalwahlen statt. Möglicher Kandidat der AfD ist Andreas Schäfer. Der Westerwälder versucht sich als seriöser Geschäftsmann, parallel gewährt er Gleichgesinnten in den sozialen Medien einen Einblick in sein Weltbild. Sein Versuch, beides voneinander zu trennen, stellt für ihn einen Drahtseilakt dar. Eben diesen hat er sich offenbar zu leicht vorgestellt.

Die AfD versucht nicht nur, den öffentlichen Diskurs Stück für Stück nach rechts zu verschieben. Ihr erklärtes Ziel ist es, parallel-gesellschaftliche Strukturen aufzubauen, um eine nachhaltige völkische Einflussnahme auf die Gesellschaft zu ermöglichen. Um dies zu erreichen, braucht es kapitalstarke Gönner, die sichere Arbeitsplätze, Wohnraum und weitere materielle wie ideelle Förderungen für ihre politischen Zöglinge bereit stellen. Die Idee dahinter ist simpel: Junge Kader der extremen Rechten können aufgebaut, gesteuert und exponiert werden, ohne Gefahr zu laufen, den Arbeitsplatz zu verlieren oder in eine finanzielle Schieflage zu geraten. Der Mentor hat die freie Entscheidung, inwiefern er oder sie in der Öffentlichkeit auftauchen möchte. Für die Szene arbeitet er oder sie so mittelbar. Mit einer derartigen Absicherung soll verhindert werden, dass gesellschaftlicher Druck junge Kader ausbremst. Diese Idee ist nicht vom Himmel gefallen. Exponierte Personen der „Neuen Rechten“ wie **Martin Sellner** (*Identitäre Bewegung* Österreich) und **Götz Kubitschek** (*Antaios Verlag*) beklagen seit Langem, wie schwer es für „patriotische“ Aktivisten sei, gesellschaftlichem Druck zu entgehen.

„Blauner Westerwald“

Einer, der diese Konzeption besonders verinnerlicht zu haben scheint, ist **Andreas Schäfer**. Als gut situierter Bürger der Stadt Hachenburg im nördlichen Rheinland-Pfalz kann Schäfer bieten, was Schützling **Justin Cedric Salka** braucht, um sich auf den politischen Aktivismus zu konzentrieren. Seit 2016 ist Salka auf Veranstaltungen der AfD, der *Identitären Bewegung*, lokaler Pegida-Ableger und Demonstrationen in Kandel und Chemnitz zu finden. Er fungiert als stellvertretender Landesvorsitzender der *Jungen Alternative* (JA) Rheinland-Pfalz sowie als stellvertretender Vorsitzender der AfD Westerwald. Seit über einem Jahr wohnt er mittlerweile in Hachenburg und ist als Auszubildender zum Hörgeräteakustiker bei *Schäfer Hörgeräte e.K.* eingestellt. Inhaber Andreas Schäfer zählte Ende 2018 insgesamt sieben Filialen zu seinem wirtschaftlichen Eigentum — dazu betreibt seine Frau ein Nagelstudio.

„habe wieder die Tarnmaske auf...“

In der Vergangenheit vermied Schäfer, politische „Statements“ unter Klarnamen abzugeben. Gleichzeitig fällt auf: Wann immer der mediale Fokus auf der AfD Westerwald und im Besonderen auf Justin Salka und Andreas Schäfer liegt, ergreifen Fake-Profile lautstark für sie Partei. „Andrej Pastuch“ (polnisch, wörtlich = Andreas Schäfer) und „Oskars Kalpaks“ (lettischer Kommandeur im Ersten Weltkrieg) kommentieren Postings über Andreas Schäfer aus der Ich-Perspektive des Unternehmers. AfD-Mitglieder sprechen „Kalpaks“ online mit „Andreas“ an. Die naheliegende Identität zwischen den Pseudonymen und

AfD-Funktionär Andreas Schäfer (Mitte) auf einer Demonstration am 24. März 2018.

Justin Salka im Gespräch mit dem AfD-Fraktionsvorsitzenden Uwe Junge (links).

dem realen Schäfer wird weiterhin gestützt durch die Reaktion anderer AfD-Mitglieder. So liken **Joachim Paul** und Justin Salka einen Post von „Pastuch", der „habe wieder die Tarnmaske auf..." schrieb, nachdem „Pastuch" nach kurzer Zeit sein Profilbild ausgetauscht hatte. Statt eines Fotos von Andreas Schäfer war fortan das Konterfei von **Franz Josef Strauß** zu sehen.

„Mut zur Wahrheit"

Für Schäfer erfüllt das anonyme Profil noch einen anderen Zweck. Während er in der Öffentlichkeit vermeidet, durch rassistische, sexistische oder offen faschistische Aussagen aufzufallen, zeigen hingegen sowohl „Kalpaks" als auch „Pastuch" keine Hemmungen, diese Weltanschauungen offen zur Schau zu stellen. So fordert „Pastuch" in einem Posting mit Bezug auf ein Flüchtlingsboot in Seenot „Torpedo los!" An anderer Stelle bewirbt „Kalpaks" stolz die *Schäfer Hörgeräte e.K.* mit Aussagen wie: „Bin mein alleiniger AfD-Boss und stelle eh nur Leute ein die alle drei Strophen Deutschlandlied singen können!" Weiter verspricht er: „[...] es gibt für treudeutsche Kämpfer Nationalrabatte bei mir!". Was für ihn einen „treudeutschen Kämpfer" ausmacht, lässt sich an weiteren seiner Kommentare erahnen. Zum Beispiel solle das Abstammungsprinzip mehr Beachtung finden, schreibt er. Wert legt er auch auf die Ehrung toter SS-Soldaten, deren Bildnisse er mit „Ruhm und Ehre!" kommentiert. Sein Frauenbild zeichnet er klar, indem er Hitler zitiert: „Auch die deutsche Frau hat ihr Schlachtfeld: Mit jedem Kinde, das sie der Nation zur Welt bringt, kämpft sie ihren Kampf für die Nation." NS-Vokabular steht für ihn auch in Bezug auf den politischen Nachwuchs hoch im Kurs. So bezeichnet „Kalpaks" in einem Posting ein Mitglied der *Jungen Alternative* Rheinland-Pfalz in Anspielung auf dessen Hautfarbe als „Reichsneger" und ereifert sich über den „Endsieg", den die JA-Mannschaft in einem internen Fußballturnier errungen habe. Wie in vielen anderen Postings der Pseudonyme ist auch hier Schäfer auf dem beigefügten Bild zu sehen.

Vorgehen und Sympathien

Droht seine politische Weltanschauung publik zu werden und damit das Image als seriöser Geschäftsmann ins Wanken zu geraten, reagiert Schäfer mit Klagen. Als Bilder publik wurden, auf denen sowohl Schäfer als auch Salka beim „Kyffhäusertreffen" zu sehen sind, ließ sein Anwalt verlauten, das kein öffentliches Interesse bestehe — und klagte. In der Folge musste Schäfer eine juristische Niederlage gegen den Verein DEMOS e.V. verbuchen, fortan war ein Wandel hin zu mehr öffentlicher Positionierung festzustellen. Seit November 2017 amtiert Schäfer als stellvertretender Vorsitzender der AfD Westerwald.
Neben der AfD, deren völkischer Fraktion „Der Flügel" Schäfer zugetan ist, liked „Kalpaks" auch den lokalen Ableger der Neonazi-Partei *Der III.Weg*. Selbst **Beate Zschäpe** erfährt die Solidarität von „Kalpaks", der in ihr „das klassische Bauernopfer" zu finden glaubt. Zudem offenbaren sich Sympathien für Gruppen wie die *Identitäre Bewegung* und das von Götz Kubitschek gegründete *Institut für Staatspolitik* (IfS). Laut „Kalpaks" brauche auch die AfD eine Denkfabrik wie das IfS in Schnellroda.

Perspektiven

Andreas Schäfer ist mit seinem Kapital, seinem Einfluss und seinem Ansehen als Unternehmer im Westerwaldkreis ein zentraler Knotenpunkt für AfD-nahe Strukturen. Diese Schlüsselposition macht seine Bedeutung für die rechte Szene deutlich. Doch sein Konzept funktioniert nur so lange, wie er seine beiden Gesichter in der Öffentlichkeit trennen kann. Im Mai 2019 stehen die Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz an, für die auch Schäfer kandidieren könnte. Mit welchem der beiden Gesichter er sich dort präsentiert, wird sich zeigen.

Foto: Mark Mühlhaus / attenzione photographers

Robert Lambrou und Klaus Herrmann sollen die AfD-Fraktion im hessischen Landtag anführen.

Von Sebastian Hell

„Mission completed“

AfD zieht in den hessischen Landtag ein

Der Einzug der AfD in den hessischen Landtag stellte keine Überraschung dar. Vielmehr wurden die Prognosen und Trends im Wesentlichen bestätigt. Die AfD muss dabei als Wahlgewinnerin betrachtet werden. Das Personal, das nun in den hessischen Landtag einzieht, ist weitestgehend unerfahren und weist mehrere personelle Schnittstellen zur extremen Rechte auf.

Mit dem Einzug in den hessischen Landtag ist die AfD nun in allen Landesparlamenten vertreten. Nachdem sie zwei Wochen zuvor bereits in den bayerischen Landtag eingezogen war, erreichte sie bei der Wahl am 28. Oktober 2018 in Hessen 13,1 Prozent der Stimmen und kann somit 19 Abgeordnete in den Landtag entsenden. Im Gründungsjahr 2013 hatte es mit 4,1 Prozent noch nicht zum Einzug in den Landtag gereicht, im Vergleich zur Bundestagswahl 2017 verbesserte sich die AfD in Hessen aber lediglich um etwa ein Prozent. Hinter dem Wahlergebnis verbergen sich große geografische Unterschiede: Überdurchschnittliche Ergebnisse erzielte die Partei vor allem im Osten Hessens, wo in neun Wahlkreisen Ergebnisse zwischen 15,6 und 18,2 Prozent erlangt wurden. Ihr höchstes Ergebnis fuhr sie mit 18,2 Prozent im Wahlkreis Fulda II ein. Hier liegt auch die Gemeinde Neuhof, die bereits bei vergangenen Wahlen die Hochburg der AfD war (siehe Lotta #72, S. 24) und in der die Partei nun erneut den landesweiten Spitzenwert erreichte, diesmal mit 24,3 Prozent. Das zweitbeste Ergebnis erzielte die AfD in Hirzenhain (Landkreis Wetterau) mit 23,3 Prozent. Im Gegensatz zu Neuhof erlangte dort keine der anderen Parteien mehr Zweitstimmen, somit wurde die AfD sogar zur stärksten Kraft. AfD-Direktkandidat in Hirzenhain war der „neurechte“ Akteur **Andreas Lichert** (vgl. Lotta #68, S. 44). Lichert fehlten am Ende nur knapp zwei Prozent, sonst hätte die AfD auch die meisten Erststimmen auf sich vereinen können. Im gesamten Wahlkreis fiel das

Ergebnis nicht ganz so eng aus, die hessische Landesministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, **Lucia Puttrich** (CDU), erreichte einen Vorsprung von 12 Prozent der Erststimmen gegenüber Lichert. Bei den Zweitstimmen lag die CDU 9 Prozent vor der AfD.
Darüber hinaus erzielte die AfD in zwölf weiteren Gemeinden Ergebnisse jenseits der 20 und in zwölf Wahlkreisen jenseits der 15 Prozent. Am schwächsten schnitt sie in den Großstädten ab, dort erlangte sie etwa 10 Prozent. Es kann grob gelten: je kleiner die Gemeinde, desto besser das AfD-Ergebnis. Im Durchschnitt erreichte die AfD in großen und mittelgroßen Städten zusammen 12 Prozent, in Kleinstädten 14 Prozent und in den Dörfern 15 Prozent. Die schlechtesten Zweitstimmenergebnisse sind dennoch gut verteilt. Am wenigsten Stimmen fuhr sie mit 7,5 Prozent in der Universitätsstadt Marburg ein, gefolgt von Kiedrich (Rheingau-Taunus-Kreis). In der 4.080-Personen-Gemeinde erlangte die AfD nur 8,6 Prozent. Ebenso in der Gemeinde Mühltal bei Darmstadt, auch in Kronberg im Taunus, wo die FDP eines ihrer besten Ergebnisse einfuhr, reichte es für die AfD nur zu 8,9 Prozent. Auch im Stadtgebiet Frankfurt blieb die Partei einstellig, dort wählten sie 9 Prozent der Wähler_innen.
Das Ergebnis in Hessen liegt etwas unter dem Bundestrend, momentan werden der AfD, je nach Wahlforschungsinstitut, zwischen 14 und 18 Prozent bei der „Sonntagsfrage" zugeschrieben. Das Ergebnis der Landtagswahl in Bayern, bei der die AfD 10,2 Prozent erreichte, ist kein geeigneter Vergleichswert, da in Bayern mit den *Freien Wählern* eine weitere Partei in direkter Konkurrenz zur AfD antrat. Auch für die im kommenden Jahr anstehenden Landtagswahlen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen dürfte das Ergebnis kein Gradmesser sein, zu unterschiedlich ist die politische Landschaft in den Bundesländern. In den drei östlichen Ländern wird der AfD bis zu 20 Prozent und mehr prognostiziert, was sie in den betreffenden Landtagen zur zweitstärksten Fraktion anwachsen lassen könnte.

Wahlkampf mit lustlosem Spitzenkandidaten

Im Wahlkampf hatte die AfD in ganz Hessen mit diversen Veranstaltungen versucht, Wähler_innen zu erreichen. Zu den zentralen Veranstaltungen des Landesverbandes wurde gleich mehrfach Parteiprominenz wie **Alice Weidel**, **Beatrix von Storch**, **Alexander Gauland** oder auch **Jörg Meuthen** eingeladen. Auch Personen aus der „zweiten Reihe" wie **Andreas Kalbitz**, **Uwe Junge** oder **Leif-Erik Holm** traten mehrfach auf. Eine geplante Veranstaltung mit **André Poggenburg** fiel hingegen aus, nachdem das Verwaltungsgericht Darmstadt den Eilantrag des AfD-Kreisverbandes Darmstadt-Dieburg auf Überlassung der Mehrzweckhalle im Groß-Umstädter Stadtteil Wiebelsbach abgelehnt hatte, da es „keine Möglichkeiten [gebe], entsprechend adäquate Sicherheitsvorkehrungen zu treffen". Eine Veranstaltung mit mehreren Kandidaten aus den Wahlkreisen Werra-Meißner und Hersfeld-Rotenburg, bei der auch der thüringische Landessprecher **Björn Höcke** auftrat, wurde vom Landesverband hingegen nicht beworben. Offenbar passte sie nicht in das Konzept, sich als gemäßigter Landesverband zu präsentieren.
Die AfD in Hessen hat aber nicht nur zugelegt, sondern insbesondere auf der Zielgeraden auch verloren. Zeitweise stand die Partei in Umfragen bei bis zu 16 Prozent. Doch gerade der Spitzenkandidat der Hessen-AfD, **Rainer Rahn**, machte zuletzt einen lustlosen und unmotivierten Eindruck. Auf der Frankfurter Buchmesse wirkte er im Gespräch mit der *Jungen Freiheit* teilweise gereizt, bei einer Sendung des *Hessischen Rundfunks* gab er gar an, das Konzept der Sendung „Scheiße" zu finden und nur auf Wunsch des Landesvorstands teilzunehmen. Letztendlich bewirkte er sogar den Abbruch der Sendung. Zudem gab der Landesvorstand den Kandidat_innen die Empfehlung, nicht an einem „Wahlcheck" des *Hessischen Rundfunks* teilzunehmen.

Unerfahrenes Personal

Neben **Karl Hermann Bolldorf**, der 18 Jahre lang CDU-Bürgermeister der Gemeinde Biedenkopf war, ist Rahn allerdings einer der wenigen, die bereits über nennenswerte Parlamentserfahrung verfügen. Die meisten derer, die nun für die AfD in den Landtag einziehen werden, haben wenig Erfahrung in Parlamenten gesammelt und waren bisher nur wenige Jahre auf Kommunal- oder Kreisebene tätig. Rahn allerdings ist seit 16 Jahren — in verschiedenen Fraktionskonstellationen — Mitglied der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung. Allerdings missfiel sein Auftreten im Wahlkampf auch der künftigen Fraktion, so dass er trotz seiner Erfahrung nicht für den Fraktionsvorsitz in Frage kommt und auch nicht in den „Gründungsvorstand" berufen wurde, der für die Bildung der Fraktion zuständig ist.
Wie die *Frankfurter Rundschau* berichtete, soll nun der AfD-Landessprecher **Robert Lambrou** Fraktionsvorsitzender werden. Als Stellvertreter sind demnach der Co-Vorsitzende **Klaus Herrmann** sowie **Volker Richter** und **Nikolaus Pethö** im Gespräch. Herrmann und Pethö repräsentieren neben **Dirk Gaw** den Anteil der (ehemaligen) Polizisten in der Fraktion. Auffällig viele der Bewerber für die Liste zur Landtagswahl seien laut Pethö (ehemalige) Polizisten gewesen. Laut Lambrou will die AfD die „Lobby der Polizei" sein.

Eine exponierte Rolle im Landtag wird auf jeden Fall **Rolf Kahnt** einnehmen. Da der hessische Landtag im Gegensatz zum Bundestag seine Satzung nicht ändern wird, wird Kahn als ältester Abgeordneter automatisch Alterspräsident. Der 73-Jährige hatte ebenso wie sein künftiger Fraktionskollege **Arno Enners** 2015 die „Erfurter Resolution" des völkischen „Flügels" um Björn Höcke unterschrieben und war im gleichen Jahr als damaliger Landessprecher mitverantwortlich dafür, dass der rechte Flügel innerhalb des Landesverbands den Richtungsstreit für sich entscheiden konnte.

Verstrickungen mit der extremen Rechten

Im Vorfeld der Wahl wurde vor allem und immer wieder der „neurechte" Andreas Lichert benannt, wenn es um die Verstrickungen der hessischen AfD mit der extremen Rechten ging. Lichert hatte scheinbar schon vor der Wahl damit angefangen, seine Verhältnisse zu klären. So gab er den Vorsitz des Trägervereins des *Instituts für Staatspolitik* ab — und auf der Homepage der *Titurel Stiftung* ist er ebenso nicht mehr zu finden. Letztere hatte noch beim Hauskauf in Halle (vgl. Lotta #68, S. 44) eine wichtige Rolle gespielt, und Lichert war als deren Vertreter aufgetreten. Die Verbindung mit der Adam-Kuckhoff-Straße in Halle ist dennoch sichtbar. So ist Lichert Geschäftsführer von *Mosaik-Kommunikation*. Dieses Medienbüro gehört zur *Lichert GmbH* und hat seinen Sitz laut Homepage in der Adam-Kuckhoff-Straße in Halle Lichert werden zudem Verbindungen zu (extrem) rechten Burschenschaften nachgesagt. Dies dürfte nicht zuletzt seinem Auftritt als Referent bei der *Marburger Burschenschaft Germania* geschuldet sein. Mit eben diesem Milieu ist auch Licherts zukünftiger Fraktionskollege **Frank Grobe** aus dem südhessischen Eltville verwoben. Grobe ist „Alter Herr" der *Teutonia Aachen*, die im Dachverband *Allgemeine Deutsche Burschenschaft* organisiert ist. Hier ist er auch Redakteur der Verbandszeitschrift *Der Burschenschafter*. Des Weiteren ist Grobe im Vorstand der DB-nahen *Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung e.V.* (GfbG), deren Geschäftsstelle bei Grobe in Eltville angegeben wird. Bevor die *Teutonia Aachen* aus der *Deutschen Burschenschaft* austrat, veröffentlichte Grobe auch in deren Verbandszeitschrift *Burschenschaftliche Blätter* zahlreiche Artikel und beteiligte sich 2010/11 an der Ausarbeitung eines Strategieprogramms der „Deutschen Burschenschaft". Darüber hinaus veröffentlichte er für die Jahre 2010 und 2011 die Dokumentation „Gewalt gegen Korporationen". Im „Gründungsvorstand" der zukünftigen AfD-Fraktion fungiert Grobe als Parlamentarischer Geschäftsführer.

Den ersten Eklat gab es bereits wenige Tage nach der Landtagswahl. **Alexandra Walter** aus Rüsselsheim, die neben der Windkraftgegnerin **Claudia Papst-Dippel** die einzige Frau in der Fraktion ist, wurden einige Facebook-Kommentare zum Verhängnis. Sie hatte Beiträge veröffentlicht, in denen Kriegsverbrechen der Wehrmacht geleugnet und Sympathien für ein ehemaliges Mitglied der *Waffen-SS* geäußert wurden. Diesen habe sie „bei einer Vortragsveranstaltung hören dürfen. Ein toller Mensch, der viel zu erzählen hat." Die AfD versuchte zunächst, nicht viel Aufhebens um die Sache zu machen und gab an, das Ganze prüfen zu wollen. Anfang Dezember 2018 hieß es dann, Walter drohe ein Ordnungsverfahren.

Ausblick

In den vergangenen Jahren und insbesondere im Wahlkampf versuchte sich der hessische AfD-Landesverband immer wieder, als gemäßigt zu stilisieren. Das Wahlprogramm hingegen widersprach dieser Selbstverortung. Insbesondere die Themen Migrationspolitik, Islam und „Ausländerkriminalität" zogen sich durch das komplette Programm. Außerdem fordert die AfD im Programm als Grundlage der Staatsbürgerschaft das „Abstammungsprinzip".

Die künftige AfD-Fraktion wirkt auf den ersten Blick heterogen. Neben den erwähnten Abgeordneten werden einige unerfahrene Protagonisten im Landtag sitzen, die bisher kaum auffällig wurden oder sich im Reproduzieren der in der Partei üblichen Phrasen übten. Wie sich die AfD im Landtag dann letztendlich präsentieren wird und ob es gelingen wird, über die gesamte Legislaturperiode die Fraktion trotz der unterschiedlichen Charaktere zusammenzuhalten, bleibt abzuwarten.

Foto: pixelarchiv.org

Alain de Benoist (Mitte) wird zur Veranstaltung eskortiert.

Von Sonja Brasch

Die Achse Marburg — Schnellroda

Veranstaltung mit Alain de Benoist in Marburger Burschenhaus

Am 24. November 2018 veranstaltete die „Marburger Burschenschaft Germania" ein besonderes Stelldichein: Sie lud den französischen Publizisten und Vordenker der sogenannten Neuen Rechten Alain de Benoist (75) nach Marburg ein. Anhand der Veranstaltung lässt sich erneut festmachen, wie wichtig die Burschenschaften für die völkische Vernetzung in Deutschland sind.

Die Einladung kam überraschend über die sozialen Netzwerke: **Alain de Benoist**, einer der meistzitierten Publizisten im „neurechten" Spektrum, kommt zu einer Vortragsveranstaltung nach Marburg. Eigentlich hätte der Event still und abseits der Öffentlichkeit ablaufen sollen. Die Veranstalter hatten darum gebeten, die Einladung nicht im Internet zu verbreiten. Zwei Wochen vor der Veranstaltung geschah dies dennoch.
Benoist trat schon häufiger bei Studentenverbindungen in Deutschland auf. 2003 war er als Festredner bei der *Deutschen Gildenschaft* eingeladen, 2009 sprach er bei einem Seminar des Rechtsaußenflügels der *Deutschen Burschenschaft* (DB), der *Burschenschaftlichen Gemeinschaft*. Er gilt als „Eminenz" im rechten Lager. Der ehemalige Rechtsterrorist gründete mit seinem Weggefährten **Dominique Venner** Ende der 1960er Jahre den ersten neofaschistischen Thinktank, das *Groupement de Recherche et des Etudes pour la Civilisation Européenne* (GRECE), das wegweisend für die Entwicklung der „Neuen Rechten" in Deutschland war. Das deutsche Pendant, das Kasseler *Thule-Seminar* von **Pierre Krebs** ist mittlerweile bedeutungslos. An seine Stelle ist das *Institut für Staatspolitik* (IfS) getreten. Benoists Bücher und Texte waren geraume Zeit in Vergessenheit geraten und nur einem kleinen Publikum bekannt. Das hat sich mit der laufenden Rechtsentwicklung stark verändert, und so war es eine Frage der Zeit, wann er wieder in Deutschland auftreten würde. Dass dies nun bei der *Germania* geschehen ist, wirkte auf den ersten Blick überraschend, ist aber bei näherer Betrachtung nicht verwunderlich. Neben Benoist waren der Marburger Bursche und Verlagsinhaber **Philip Stein** sowie der Autor **Benedikt Kaiser** als Redner angekündigt. Kaiser, der über Benoists 2013 verstorbenen Weggefährten Dominique Venner referierte, veröffentlichte kürzlich mit Benoist und dem ita-

lienischen Autor **Diego Fusaro** in Steins Verlag *Jungeuropa* den Band „Marx von Rechts", zu dem Stein persönlich das Vorwort beisteuerte. Die Marburger Veranstaltung kann damit auch als Werbemaßnahme für den Verlag verstanden werden. Vor allem aber ging es Kaiser und Stein darum, ihre Thesen zur von ihnen so bezeichneten „Mosaikrechten" zu verbreiten, zu einer rechten Bewegung, die zwar zersplittert sei, sich aber angesichts des Zeitgeistes zusammenfinden solle.

„Burschenschaft Germania" als Netzwerker

Spätestens mit der Übernahme des Vorsitzes der DB im Jahr 2014 stellte sich die *Marburger Burschenschaft Germania* als Kaderschmiede für die entstehende rechte Sammlungsbewegung auf (vgl. Lotta #60, S. 33-35). Der Dachverband stand damals nach seiner Spaltung vor einer Sinnkrise und musste sich neu ausrichten. Der parlamentarische Erfolg der AfD war für die Burschen mit dem braunen Schmuddelimage eine willkommene Gelegenheit, um dem eigenen Handeln wieder Sinn zu verleihen und sich als Elite für den „Volksaufstand" von PEGIDA und Co zu imaginieren. Einer der Drahtzieher dieser Entwicklung war Philip Stein, der bis heute als Pressesprecher für den Dachverband auftritt. Stein baute außerparlamentarisch Strukturen mit auf und unterstützte **Götz Kubitschek** im IfS. Er wurde Leiter der Spendensammelorganisation *Ein Prozent* und gründete in Dresden seinen eigenen Verlag, in dem er faschistische Literatur aus mehreren europäischen Ländern verlegt. Derweil halfen seine „Bundesbrüder" beim Aufbau der AfD-Fraktionen in den Parlamenten. **Torben Braga** in Thüringen und **Robert Offermann** in Hamburg sind nur einige Beispiele für Mitarbeiter in AfD-Landtagsfraktionen. Auch bei der *Identitären Bewegung* haben sich die Marburger Burschen einen Namen gemacht, sogar so sehr, dass das IB-Führungspersonal nahezu komplett der *Germania* angehört. Patrick Bass liefert als Rapper den *Identitären* ihren Soundtrack, **Heinrich Mahling** ist Regionalleiter der IB Hessen, vertrat die Burschen mit einem Stand beim „Kongress: Verteidiger Europas" im österreichischen Aistersheim und arbeitete als Praktikant beim IfS. Schnellroda sei für ihn das „rechte Siliconvalley", fabulierte er nach der „Sommerakademie 2018" in einem Video auf YouTube.

Die Bünde der DB sind aber nicht nur personell eine Ressource für die völkische Bewegung, sie bieten auch unkündbare Räume für Veranstaltungen, wie unter anderem die Veranstaltung mit Benoist zeigt. Auch die „neurechte" Messe „Zwischentag" fand zweimal auf Burschenhäusern statt, nachdem die Mietverträge für die angedachten Hallen gekündigt worden waren, beispielsweise am 6. September 2014 in Bonn (vgl. Lotta #57, S. 26—28) . Über ihr Verbandsblatt *Burschenschaftliche Blätter* (BBl) wirbt die „Neue Rechte" für ihre Produkte und Ideen — und bittet um die finanzielle Unterstützung durch „Alte Herren".

Im elitären und intimen Rahmen

Die Vernetzung in die diversen Spektren der völkischen Bewegung zeigte sich auch an den Teilnehmenden am 24. November in Marburg. Ein großer Teil des Publikums bestand aus Burschenschaftern und Mitgliedern anderer Studentenverbindungen. Kader der *Identitären* reisten aus ganz Deutschland an, beispielsweise **Freya Honold** und **Aline Catinca Manescu** aus Dresden und **Volker Zierke** aus dem Kreis Plön (Schleswig-Holstein). Der Umgang miteinander wirkte vertraut.

Auch Vertreter neonazistischer Parteien fanden sich ein. Neben der hessischen JN nahm eine Delegation des *Der III. Weg* teil, darunter deren Bundesvorstandsmitglied **Matthias Herrmann** (Vgl. Lotta #60, S. 22—24) und der bayrische Aktivist **Martin B.**, die vor Ort Pressevertreter_innen anpöbelten.

In den letzten Jahren waren die „Burschen" der Marburger „Germania" zwar überregional sehr aktiv beim Aufbau einer völkischen Bewegung, in Marburg selbst sind sie aber eher unbedeutend. Mit der Veranstaltung haben sie die extreme Rechte in die mittelhessische Idylle geholt und damit der städtischen Zivilgesellschaft unmissverständlich in Erinnerung gerufen, mit wem diese es zu tun hat. Mit über 150 Teilnehmenden war wohl das Maximum der Kapazitäten „auf" dem Haus der „Germanen" erreicht. Sicherlich hätte man mit Benoist als Referenten und der mit einem Burschenhaus verbundenen Planungssicherheit sowie kostenlosem Eintritt weitaus mehr Leute anziehen können. Die Veranstaltung war — trotz einer 400-köpfigen Gegendemonstration, die mehrheitlich auch von der Stadtverordnetenversammlung unterstützt worden war — ein Happening und eine Selbstvergewisserung für die eigene Szene. Im elitären und intimen Rahmen sollte der innere Zusammenhalt gestärkt und den Teilnehmenden ein Gefühl der Zusammengehörigkeit vermittelt werden.

Lesetipp:

Lotta #64, Herbst 2016,
18-seitiger Schwerpunkt
zum Thema „Neue Rechte"

Von Bianca Federer

Ende rechter Gewaltserie in Dortmund-Marten?

Untersuchungshaft für Steven Feldmann

Am 29. November 2018 wurde der 24-jährige Neonazi Steven Feldmann festgenommen und sitzt seitdem in Untersuchungshaft. Parallel zur Festnahme Feldmanns erhielten zwei Neonazis in der Dorstfelder Siepenmühle sogenannte Gefährderansprachen. Damit dürften Dennis J. und Robin Z. gemeint sein, die gemeinsam mit Feldmann als neonazistische Clique in Dortmund-Marten eine aggressive Raumnahme betrieben und den Stadtteil als „Nazikiez" proklamiert hatten.

Steven Feldmann wurde im Umfeld der *Borussenfront* sozialisiert. Schon als Jugendlicher setzte er seine seit Kindesbeinen gereifte Ideologie mit Gewalt gegen politische Gegner*innen in die Tat um. Als Annäherung an die organisierte Neonazi-Szene war er ab 2016 Teil des *Freundeskreis Rechts* (FKR, vgl. #70, S. 29). Der FKR stellte seine wenigen Aktivitäten Anfang 2018 ein, und zwei seiner Mitglieder — Feldmann und **Robin Z.** — nutzten ihre Anbindung an die Dorstfelder Kader, um sich stärker bei *Die Rechte* einzubringen. Feldmann trainiert in einem neonazistischen Kreis Kampfsport, zu dem unter anderem **Christoph Drewer** und **Nico Bergmann** gehören, die als Coach und Kämpfer beim letzten *Kampf der Nibelungen* teilnahmen (vgl. S. 22 in dieser Ausgabe).

Eine Serie der Gewalt

Kam es in Dortmund in den vergangenen Jahren zu rechten Gewalttaten, war meist auch Feldmann beteiligt. Anlass für den Haftbefehl war schlussendlich ein Angriff auf einen Migranten im August 2018, den Feldmann antiziganistisch beleidigt, ihm das Handy geraubt und ihn mit Faustschlägen und Tritten verletzt hatte, sowie zwei weitere Taten. Feldmann war seit Jahren Teilnehmer fast jeder neonazistischen Demonstration und Kundgebung in Dortmund, nahm auch an Demonstrationen in anderen Städten teil, provozierte und attackierte immer wieder Menschen, die nicht in sein Weltbild passen. Im Oktober 2017 fuhr er mit etwa 30 Neonazis — unter anderem aus Dortmund, Gütersloh und Hamm — nach einem gemeinsamen Besäufnis nach Lippstadt zum Fußballspiel gegen Hamm, wo die Gruppe zunächst mit rechten Sprechchören und Flaggen in Erscheinung trat und anschließend versuchte, den Platz und den gegnerischen Block zu stürmen. Im April 2018 griff Feldmann gemeinsam mit anderen Rechten bei einem Badetag am Dortmund-Ems-Kanal drei Schwarze Menschen mit Straßenpollern und Ästen an. Die Neonazis verfolgten die drei Fliehenden und schlugen und traten auf sie ein. Als der rechte Mob in Chemnitz tobte, war Feldmann ebenfalls vor Ort. Er und einige andere organisierte Dortmunder Neonazis bildeten eine Art Greiftrupp, der am Rande des Mobs koordiniert Journalist*innen und Nicht-Weiße jagte und angriff. Zuletzt öffentlich aufgetreten ist Feldmann im November 2018, als er gemeinsam mit anderen Dorstfelder Neonazis das Gedenken an die Reichspogromnacht störte.

Offene Bewährungsstrafen

Auffällig ist, dass ihm Repression völlig egal zu sein scheint, da er nach Angriffen mehrmals gelassen am Tatort blieb, bis die Polizei eintraf. Feldmann setzte bei seinen Angriffen wiederholt Waffen, unter anderem einen Teleskop-Schlagstock, ein. 2014 wurde er zu einer Ju-

Steven Feldmann (rechts) beim Neonazi-Aufmarsch am 10. Mai 2018 in Bielefeld.

gendstrafe von drei Jahren und drei Monaten auf Bewährung verurteilt. Damals umfasste sein Vorstrafenregister unter anderem Beleidigung, Bedrohung, Diebstahl, Fahren ohne Fahrerlaubnis, Körperverletzung, gefährliche Körperverletzung, Nötigung, schwere räuberische Erpressung und Volksverhetzung. Im Mai 2017 erhielt er dann erneut eine zehnmonatige Bewährungsstrafe wegen Volksverhetzung, Körperverletzung und Beleidigung. Möglicherweise folgt der aktuellen Untersuchungshaft also eine Haftstrafe ohne Bewährung.

Raumkampf in Dortmund-Marten

Spätestens 2016 startete Feldmann gemeinsam mit Robin Z., **Dennis J.** und anderen in Dortmund-Marten einen neonazistischen Raumkampf. Dennis J. saß bereits eine längere Haftstrafe wegen eines Messerangriffs auf einen Schwarzen Menschen ab. Die drei Neonazis traten dabei oft als Trio auf. „Das ist unser Kiez", proklamierten sie bei mehreren Angriffen. Durch Plakatieren und Stickern machten sie massiv rechte Propaganda in Marten und beschallten von einer Wohnung aus die Straße mit Rechts-Rock — bis der Vermieter sie wegen ihrer Gesinnung auf die Straße setzte. Offenbar zogen die drei daraufhin in eine der neonazistischen Wohngemeinschaften in Dorstfeld.

Bei derjenigen Demonstration in Marten, die wegen der Sprechchöre „Wer Deutschland liebt, ist Antisemit" mediale Aufmerksamkeit bekam, stand Steven Feldmann auf einem Garagendach und zündete Pyrotechnik — ohne polizeiliche Konsequenzen. Das Martener-Trio ist auch verantwortlich für drei antisemitische Angriffe auf einen jüdischen Dortmunder Anfang des Jahres — der Gipfel einer tagtäglichen Schikanierung des Betroffenen über Monate. Noch kurz vor der Razzia war Feldmann an der Bedrohung, Beleidigung und Tritten gegen zwei als Linke wahrgenommene Passant*innen und zweier BVB-Fans wegen eines Aufnähers beteiligt.

Was ist von der Inhaftierung zu halten?

Die Journalistin **Heike Kleffner** sprach bei einem Vortrag 2012 in Dortmund über Gefängnisse als Kaderschmieden oder Ausstiegssprungbretter für Neonazis. Sie schloss aus der in Gefängnissen immanenten männlichen Dominanz und Gewalt sowie der/des dort häufig auftretenden Homophobie und Rassismus, dass Neonazis in Knästen oft auf ähnliche ideologische Haltungen und Strukturen treffen wie „draußen". Neonazis können nicht selten auf stabile eigene Unterstützungsnetzwerke aus Familie, Freund*innen und anderen Neonazis vertrauen, die sie während ihrer Haftzeit weiterhin an die Szene und ihre Gesinnung binden. Ein Ausstieg ist laut Kleffner nur möglich, wenn die inhaftierten Neonazis die Haftzeit als Chance sehen, den Ausstieg eben dort zu beginnen und hierfür vor Ort eine feste Ansprechperson haben, die sie unterstützt. Davon ist bei Feldmann sicherlich nicht auszugehen.

Rechte Solidarität

Die von der Dortmunder *Die Rechte* ständig aktualisierte Homepage *Dortmund-Echo* rief noch am Morgen der Inhaftierung zur Solidarität mit Feldmann auf und kündigte Aktionen an. Neben an Feldmann gerichtete Briefe von „Kameraden" aus ganz Deutschland zählen hierzu auch zwei rechte Solidaritätsdemonstrationen mit 150 bzw. 80 Neonazis sowie ein Infostand der *Aktionsgruppe Dortmund West*. Überregional erschienen Banner und Graffiti, in Budapest demonstrierten zwölf Neonazis vor der deutschen Botschaft. Es ist davon auszugehen, dass die Neonazi-Szene auch für etwaige Kosten, die aus der Festnahme, Verurteilung und Inhaftierung resultieren, aufkommt. Und sich nach der Entlassung Feldmanns um ihn kümmert. All das sind deutliche Signale nicht nur an die eigene Szene, dass rechte Täter*innen als Held*innen zu feiern sind und nicht allein gelassen werden, sondern vor allem an Feldmann, dabei zu bleiben. Ein unauffälliger Ausstieg ist für jemanden, den die rechte Szene zum Märtyrer stilisiert, nicht zu machen. Sollte eine Haftstrafe an die Untersuchungshaft anschließen, ist es weitaus wahrscheinlicher, dass Feldmann nach seiner Entlassung in der Szene-Hierarchie aufsteigen wird.

Foto: Alex Wissmann

Aufgrund einer anonymen Bombendrohung mussten die Neonazis in Remagen einen Umweg machen.

Unter freiem Himmel

Demonstrative Rechtsaußen-Aktionen im 4. Quartal 2018

„Die Rechte" in NRW

Am **3. Oktober 2018** veranstaltete der Dortmunder Kreisverband der *Die Rechte* zwei Kundgebungen in **Dortmund**-Mitte (Nordstadt und Kreuzviertel) und forderte „Sicherheit, Recht und Ordnung für unsere Stadt: Es ist Zeit für politische Veränderungen!" Es nahmen etwa 60 Neonazis teil. Am **8. Oktober 2018** führte *Die Rechte* erneut eine Kundgebung im **Dortmund**er Kreuzviertel durch, die sich gegen eine angebliche „Pressehetze" richten sollte, es beteiligten sich um die 35 Personen. Am **19. Oktober 2018** waren es dann wieder zwei Kundgebungen in **Dortmund**, die diesmal in den westlichen Stadtteilen Lütgendortmund und Marten eine vermeintliche „Überfremdung" thematisierten. Es nahmen etwa 30 Neonazis teil. Eine Woche später, am **26. Oktober 2018**, folgte eine etwa 50-köpfige „Fackelmahnwache" vor dem Polizeipräsidium Dortmund, um auf die Rechtswidrigkeit eines grundsätzlichen Fackelverbots auf Versammlungen der Partei hinzuweisen. Am **6. November 2018** wurde dann eine Kundgebung gegen eine Veranstaltung der *Quartiersdemokraten* (vgl. Lotta #72, S. 26-28) in **Dortmund**-Dorstfeld durchgeführt. Es beteiligten sich etwa 20 Personen. Anlässlich des 90. Geburtstags der momentan inhaftierten Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck versammelten sich am **10. November 2018** auf Anmeldung des Landesverbands der *Die Rechte* etwa 430 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet zu einer Solidaritätsdemonstration in **Bielefeld**. Am Rande der Demonstration kam es zu Angriffen auf Gegendemonstrant_innen. Am **19. November 2018** folgten in **Dortmund**-Huckarde und -Marten nach Eigenangaben eine 25- und eine 40-köpfige „Mahnwache" gegen „Ausländergewalt". Am **30. November 2018** demonstrierten in **Dortmund** etwa 120 Neonazis mit der Forderung „Freiheit für Feldmann", um gegen die Inhaftierung ihres „Kameraden" einen Tag zuvor zu protestieren (vgl. Artikel auf S. 33-34). Am **21.**

Dezember 2018 zogen in **Dortmund** etwa 80 Neonazis zur Unterstützung der inhaftierten „Siggi und Steven" (Siegfried Borchardt und Steven Feldmann) vor die JVA. Als Redner trat unter anderem der ehemalige Dortmunder AfD-Kreissprecher Bernd Schreyner auf, gegen den nun nach Angaben der AfD ein Parteiausschlussverfahren angestrengt wurde. Zu einer Kundgebung unter dem Motto „Gegen Polizeirepression — da habt ihr die Bescherung" rief für den **24. Dezember 2018** der **Wuppertal**er Kreisverband der *Die Rechte* auf. Es nahmen um die 25 Personen teil.

Neonazi-Aktionen in RLP und Hessen

Zu einer Protestkundgebung unter dem Motto „Ami go home!" mobilisierte die NPD am **3. Oktober 2018** etwa 50 Teilnehmende zur US-Airbase in **Ramstein (Landkreis Kaiserslautern/RLP)**. Angemeldet worden war das „patriotische Grillfest" nach Polizeiangaben aus Bayern. Anlässlich eines Besuchs von Angela Merkel am **7. Oktober 2018** in **Trier** (RLP) protestierte die dortige NPD unter Safet Babic nach eigenen Angaben mit sieben „nationalen Idealisten" unter dem Motto „Stoppt die Schlepper-Merkel". Die hessische NPD demonstrierte mit zwei Kundgebungen gegen Merkels Wahlkampfauftritte am **23. Oktober 2018** in **Ortenberg (Wetteraukreis)** und **26. Oktober 2018** in **Fulda (Landkreis Fulda)**. Es nahmen jeweils etwa 15 Personen teil. Am **27. Oktober 2018** führte der *Nationale Widerstand Zweibrücken* zusammen mit der *Kameradschaft Rheinhessen* unter dem Motto „Heute Chemnitz und Köthen, morgen Kaiserslautern" eine 20-köpfige Kundgebung in **Kaiserslautern (RLP)** durch. Zum zehnten Mal fand am **17. November 2018** in **Remagen (Landkreis Ahrweiler/RLP)** unter der Versammlungsleitung von **Sven Skoda** (*Die Rechte*) der ursprünglich vom *Aktionsbüro Mittelrhein* initiierte neonazistische „Trauermarsch" zur Ehrung der in den alliierten Rheinwiesenlagern umgekommenen Deutschen statt. Dennoch erschienen nur 140 Neonazis. Der *Nationale Widerstand Zweibrücken* und die *Kameradschaft Rheinhessen* protestierten am **24. November 2018** in **Kaiserslautern (RLP)** mit etwa 15 Personen gegen „Überfremdung und Ausländerkriminalität". Zum zweiten Mal im Jahr 2018 veranstaltete Wilhelm Herbi am **24. November 2018** in **Bretzenheim (Landkreis Bad Kreuznach/RLP)** eine Gedenkveranstaltung an einem der ehemaligen alliierten Rheinwiesen-Kriegsgefangenenlager. Es beteiligten sich um die 100 Personen. Am **30. Dezember 2018** versammelten sich knapp 20 AnhängerInnen der Partei *Der III. Weg* in **Fulda (Landkreis Fulda/Hessen)** zu einem „spontanen" Aufmarsch. Ziel: das Ordnungsamt in Fulda, wo die Anmeldung für einen Fackelmarsch am 16. Februar 2019 unter dem Motto „Ein Licht für Dresden" eingeworfen wurde.

„Begleitschutz Köln"

Die nicht unwesentlich aus rechten Hools und Personen aus dem Türsteher-Milieu bestehende *Internationale Kölsche Mitte* — zuvor *Begleitschutz Köln e.V.* — rief im vierten Quartal 2018 vier Mal zu Versammlungen in **Köln (NRW)** auf: Am **16. Oktober 2018** erschienen lediglich 20 Personen, um „gegen Terror in Deutschland" zu protestieren, ein Teilnehmer handelte sich hierbei eine Anzeige ein, nachdem er den „Hitlergruß" dargeboten hatten. 110 Personen waren es dann am **4. November 2018** zur Kundgebung „Für den Frieden in Europa". Um die 130 Teilnehmende wurden am **25. November 2018** bei einer Kundgebung mit anschließender Demonstration gezählt. Auf der sehr kurzen Route griff ein Teilnehmer Gegendemonstrant_innen an und wurde festgenommen. Am **9. Dezember 2018** erschienen dann um die 50 Personen, die meisten in gelben Warnwesten. Ein Teilnehmer wurde wegen seiner Quarzsandhandschuhe von der Versammlung ausgeschlossen und erhielt eine Anzeige, ein weiterer wurde festgenommen, da er bei einer Veranstaltung in Berlin den Hitlergruß gezeigt hatte.

„Abendlandretter" in NRW, RLP und Hessen

„Eine Kundgebung mit Trauermarsch in Gedenken an die vielen Opfer einer verfehlten Flüchtlingspolitik von Kanzlerin Merkel" organisierte der *abakus e.V.* um den ehemaligen AfDler Thomas Matzke für den **3. Oktober 2018** in **Leverkusen (NRW)**. Unter den etwa 35 Teilnehmenden waren auch NPD- und *pro NRW*-FunktionärInnen. Eine zweite Kundgebung von *abakus e.V.* am 24. November 2018 in Leverkusen wurde vor Ort abgesagt, laut Angaben der Polizei wegen „geringer Teilnehmerzahl und technischen Problemen". Marco Kurz führte seine Demonstrationen an jedem ersten Samstag im Monat in **Kandel (Landkreis Germersheim/RLP)** fort. 350 Personen waren es am **6. Oktober 2018**, 250 am **3. November 2018** und 200 am **1. Dezember 2018**. Am **27. Dezember 2018**, dem Jahrestag des Mordes an einer 15-Jährigen in Kandel, veranstaltete Kurz eine Trauerversammlung, an der etwa 200 Personen teilnahmen. Am **20. Oktober 2018** fand eine zwölfköpfige „Kundgebung gegen die Islamisierung des Abendlandes" der *Patrioten für Deutschland* um Hartmut Issmer aus Weimar vor der Alten Oper in

Frankfurt am Main (Hessen) statt. Ebenfalls am **20. Oktober 2018** hielten knapp 100 Personen unter dem Motto „Demo gegen den globalen Pakt zur Migration" eine Kundgebung auf dem Marktplatz von **Hanau (Hessen)** ab. Aufgerufen hatten *Wir schaffen das 2.0* und *Abendland Deutschland*, die dem *Frauenbündnis Kandel* nahe stehen. Die *Bürgerbewegung Pax Europa* führte am **2. November 2018** in **Krefeld (NRW)** und am **3. November 2018** in **Coesfeld (Kreis Coesfeld/NRW)** Kundgebungen mit Michael Stürzenberger als Redner durch. In Coesfeld nahmen nach Polizeiangaben 21 Personen teil, in Krefeld dürften es deutlich weniger gewesen sein. Anlass: „In beiden Städten wollen türkische Moslems eine Moschee bauen." Am **12. November 2018** versammelten sich laut Polizeiangaben etwa 80 Personen in **Paderborn (Kreis Paderborn/NRW)** zu einer Kundgebung der AfD unter dem Motto „Meinungsfreiheit statt Gesinnungsdiktatur". Etwa 450 Personen demonstrierten am **17. November 2018** in **Düsseldorf** unter dem Motto „Den Migrationspakt stoppen!". Aufgerufen und angemeldet hatten die *Patrioten NRW*, unterstützt von ähnlich orientierten Gruppierungen. Unter den TeilnehmerInnen befanden sich viele rechte Hools, aus deren Reihen es zu mehreren Angriffen auf den Gegenprotest kam. Unter anderem wurde eine Art Wurfmesser geschleudert. Unter dem Motto „Stoppt den Migrationspakt" hatte die *Identitäre Bewegung* (IB) für den **18. November 2018** bundesweit zu einer Kundgebung in **Bonn** (NRW) aufgerufen. Es nahmen um die 300 Personen teil, deutlich weniger als erwartet. An einer Demonstration am **1. Dezember 2018** in **Trier (RLP)** unter dem Titel: „Stoppt den UN-Migrationspakt — kein Ja zum Selbstmordpakt" des Vereins *Sozialpatriotischer Aufbruch* nahmen etwa 25 Personen teil. Angemeldet hatte Jens Ahnemüller (MdL AfD). Zu einer „Bürger-Mahnwache" in **Siegburg (Rhein-Sieg-Kreis/NRW)** „anlässlich des Mordes an der 17-jährigen Elma aus Unkel in Sankt Augustin" riefen der *abakus e.V.*, die IB, die *Identitäre Aktion* und *Kandel ist überall* für den **5. Dezember 2018** auf. Er nahmen etwa 25 Personen teil. Zuvor hatte bereits am **3. Dezember 2018** die IB-Gruppe *120 Dezibel* mit einer Handvoll Personen eine „Mahnwache" in **Sankt Augustin (Rhein-Sieg-Kreis/NRW)** abgehalten. Gerade einmal 40 Personen nahmen an einer Kundgebung der *Patrioten NRW* am **8. Dezember 2018** „gegen Dieselfahrverbote auf der A40" in **Essen (NRW)** teil. Zu einer Demonstration unter dem Motto „Migration ist KEINE Lösung!" mit anschließendem „Weihnachtssingen" lud PEGIDA NRW für den **16. Dezember 2018** nach **Duisburg**. Gerade einmal 25 Personen nahmen teil.

Teutonische Gelbwesten

In Anlehnung an die Proteste in Frankreich riefen extrem rechte Gruppen und Einzelpersonen zu einem „Gelbe Westen"-Aktionstag am **1. Dezember 2018** auf, bei dem auch Autobahnen und Straßen blockiert werden sollten. In Kamen (Kreis Unna, NRW) setzte die Polizei eine Gruppe fest, die eine Blockade des stark frequentierten Autobahnkreuzes Kamen geplant hatte. Gestattet wurde ihnen dann eine spontan angemeldete Demonstration in **Unna (Kreis Unna, NRW)**, an der 26 Personen teilnahmen. Am Essener Hauptbahnhof löste die Polizei eine nicht-angemeldete Versammlung von 20 Personen auf. In Düsseldorf liefen 20 Personen in gelben Warnwesten, angeführt von Dominik Roeseler aus Mönchengladbach, auf dem Bürgersteig vom Hauptbahnhof aus zum Weihnachtsmarkt, um dort Flugblätter zu verteilen. Die Polizei bestand auf die Anmeldung einer Versammlung. Auf den Gelbwesten-Zug sprang auch das *Frauenbündnis Kandel* um Marco Kurz auf, dessen Teilnehmende bei ihrer Versammlung am 1. Dezember in Kandel (Landkreis Germersheim, RLP) in Warnwesten aufliefen. Am Vormittag beteiligte sich ein Teil der Gruppe bei einer „Gelben Westen"-Aktion in Lauterbourg (Frankreich) an der deutsch-französischen Grenze. Eine Demonstration am 1. Dezember 2018 in Koblenz wurde kurzfristig wieder abgesagt. Am **15. Dezember 2018** erschienen dann in **Koblenz** unter dem Motto „Gegen Die Spaltung — Für Deutschland!" lediglich acht Personen in gelben Warnwesten. Marco Kurz und der ehemalige AfDler Thomas Matzke (*Abakus e.V.*) veranstalteten am **20. Dezember 2018** in **Siegburg (Rhein-Sieg-Kreis, NRW)** eine „Gelbe Westen"-Kundgebung, an der etwa 35 Personen teilnahmen. Neben den genannten „Gelbe Westen"-Aktionen gab es noch eine Vielzahl kleiner Aktionen, die aber zumeist über das Verteilen von Flugblättern und Herumstehen auf Weihnachtsmärkten nicht hinausgingen.

„Staatenlos" in Köln

Ihren Kampf für eine „Souveränität von Deutschland" setzte die dem „Reichsbürger"-Milieu zugehörige Gruppierung *Staatenlos.info* (vgl. Lotta #70, S. 34) auch im vierten Quartal 2018 beharrlich mit monatlichen Kundgebungen mit nur wenigen Teilnehmenden in **Köln (NRW)** fort: am **28. Oktober 2018**, am **24. November 2018** und (mit gelben Westen) am **15. Dezember 2018**.

Kurzmeldungen

Fakten, Fakten, Fakten aus NRW, RLP und Hessen

RechtsRock (NRW, Hessen, RLP)

Auf der Bühne

Das „Friedensfest" der *Deutsch-russischen Friedensinitiative europäischen Geistes* gegen die US-Luftwaffenbasis am 3. Okober 2018 im rheinland-pfälzischen Ramstein stand unter dem Motto „Ami go home". Den musikalischen Teil der Kundgebung gestalteten die Liedermacher **Axel Schlimper** aus Thüringen und **Russkiy Styag** aus Russland.

Das zuvor verbotene Konzert „Rock gegen Überfremdung III" sollte am Wochenende des 5./6. Oktober 2018 auf einem Grundstück im thüringischen Magdala stattfinden. Da das Gelände nicht betreten werden durfte, fand am Freitag eine Kundgebung mit Live-Musik auf dem Marktplatz im nahen Apolda statt. Dort trat unter anderem *Division Germania* aus Mönchengladbach (NRW) auf. Am Samstag wurde das Konzert während des ersten Bandauftritts durch die Polizei wegen Straftaten abgebrochen.

„Für Flubber" lautete das Motto eines Balladenabends mit *FieL* und *Kategorie C*, der am 12. Oktober in Schwerte (Kreis Unna/NRW) stattfand. In den genutzten Mieträumen in der Emil-Rohrmann-Straße 11 fanden schon mehrfach Veranstaltungen der extremen Rechten statt. Das für den Raum „Ruhrgebiet-Nord" mit *Kategorie C* und dem Liedermacher *Reichstrunkenbold* aka **Philip Tschentscher** angekündigte Konzert am 13. Oktober 2018 fand im niedersächsischen Quendorf statt. Etwa 80 TeilnehmerInnen kamen zu einer Geburtstagsfeier, die am 20. Oktober 2018 als Liederabend mit *Oidoxie* und *Reichstrunkenbold* im „Zuchthaus" in Hamm (NRW) gefeiert wurde.

Mit *Sleipnir* und *Smart Violence* traten zwei Bands aus NRW beim „Joe Rowan Memorial-Konzert" der *Hammerskins* am 20. Oktober 2018 im thüringischen Kirchheim auf. *Sleipnir* stand zusammen mit der italienischen Band *Acciaio Vincente* zudem am 27. Oktober in der Gaststätte „Goldener Löwe" von **Tommy Frenck** im thüringischen Kloster Veßra auf der Bühne. Des Weiteren traten die NRW-Bands *Sleipnir*, *Flak* und *Sturmwehr* am Wochenende des 2./3. November 2018 beim zweiten „Schild und Schwert-Festival" im sächsischen Ostritz auf. Als Liedermacher trat *Philipp Neumann* von *Flak* am 17. November 2018 im Rahmen einer von der *Národní a sociální fronta* organisierten politischen Veranstaltung in der Tschechischen Republik und am 14. Dezember 2018 im Erzgebirge auf. *Sturmwehr* spielte zudem am 8. Dezember 2018 auf einer NPD-Veranstaltung mit **Udo Voigt** in Eisenach.

Michael Regener aka *Lunikoff* trat am 13. November 2018 auf einem Liederabend im rheinland-pfälzischen Bad Bergzabern auf. Am 26. November 2018 spielte er dann auf einem von *Die Rechte* organisierten Liederabend in Dortmund.

An einem bisher unbekannten Ort fand am 24. November 2018 ein vom *Freien Widerstand* Hessen organisierter Liederabend mit **Aria S.** statt.

Ein Liederabend mit *Kategorie C*, *Nahkampf*, *Randgruppe Deutsch* und *Reichstrunkenbold* am 30. November 2018 konnte nicht wie geplant im „Bistro Hollywood" in Leun (Lahn-Dill-Kreis, Hessen) stattfinden, sondern musste auf Grund von antifaschistischen Protesten nach Wahlrod (Westerwaldkreis, RLP) verlegt werden.

Am „Niederrhein" fand am 8. Dezember 2018 ein Liederabend mit *Villain051* aka **Patrick Killat** und einem weiteren Liedermacher statt.

Nordglanz aus Frankfurt trat am 16. Dezember 2018 im Rahmen des „Asgardsrei Festival" im ukrainischen Kiew vor zirka 1.500 TeilnehmerInnen auf. Unter den 15 Bands befanden sich mit *Absurd*, *Nordglanz*, *Stahlfront* und *Terrorsphära* gleich vier aus Deutschland.

Der *Die Rechte*-Kreisverband Rhein-Erft meldete für den 28. Dezember 2018 einen „Liederabend mit dem bekannten nationalen Liedermacher ‚Reichstrunkenbold'".

Parteien (NRW)

„Hermanns-Treffen" OWL

Zusammen mit dem völkischen Flügel innerhalb der AfD organisierte der aus dem Umfeld der AfD Paderborn stammende Verein *Alternativer Kulturkongress Deutschland e.V.* (vgl. Lotta #72, S. 34) unter dem Titel „Hermanns-Treffen" am 24. November 2018 eine Vortragsveranstaltung in Augustdorf im Kreis Lippe. Als Referenten traten die AfD-Politiker **Björn Höcke**, **Andreas Kalbitz**, **Christian Blex** und der NRW-Landesvorsitzende der AfD, **Thomas Röckemann**, auf. Außerdem sprach der außenpolitische Berater von Italiens Innenminister **Matteo Salvini**, **Gianluca Savoini** von der italienischen *Lega*, der seinen Beitrag mit den Worten „Gestern Italien, morgen Deutschland" beendete. Die etwa 250 Teilnehmenden waren über einen Schleusungspunkt an der A33 auf dem Autohof Paderborn-Mönkelohe zu dem Veranstaltungsort, der ehemaligen Gaststätte „Bergen Bermuda-Eck", geleitet worden. Die Veranstaltung diente der AfD auch als lokaler Auftakt für den Europawahlkampf 2019.

Parteien (NRW)

Raus aus der AfD

Der Aachener AfD-Bundestagsabgeordnete **Uwe Kamann** ist im Dezember 2018 aus der Partei und der Fraktion ausgetreten. Er erklärte, „unterschiedliche Auffassungen über politische und fachpolitische Ausrichtungen der Partei und der Fraktion" hätten ihm zum Austritt bewogen. Der 60-Jährige war 2017 auf Listenplatz 9 in den Bundestag eingezogen. Kamann will sein Mandat behalten. Er soll zu den Abgeordneten mit den höchsten Nebeneinkünften gehören. Er ist Geschäftsführer einer IT-Firma.

RechtsRock (NRW, Hessen, RLP)

Auf dem Plattenteller

„[Re]Generation: Europa" heißt eine neue „Schulhof-CD", die die NPD kurz vor der Landtagswahl in Hessen im Oktober 2018 im Internet zum Download anbot. Besondere Aufmerksamkeit erregte die CD weder außerhalb noch innerhalb der Szene. Eine Besonderheit für den RechtsRock stellt die bei *Gjallarhorn Klangschmiede* erschienene CD „Freiheitslyrik" dar. Auf der CD wurden elf Gedichte von einem *Henryk Achtermann* eingesprochen. Dabei dürfte es sich um **Benjamin Müller** handeln, der unter dem Namen *Henry8* seit vielen Jahren als NS-Rapper unterwegs ist. Fünf dieser Gedichte wurden zusätzlich von den Bands *Blutbanner*, *Häretiker* und *Germanium* vertont. „Thronfolger" heißt die im November 2018 bei *Gjallarhorn Klangschmiede* erschienene CD von *Flak*. Ebenfalls dort veröffentlichte das Rap-Projekt *N'Socialist Soundsystem* aus dem Raum Ludwigshafen die CD „Linientreu und Angriffslustig".
Im Dezember 2018 erschien die CD „Held aus Eichenholz" von *Der Kahlkopf Metzger* bei *Oldschool Records*. Hinter der Band steht **Lutz Christopher**, der zwischen 1983 und 1991 bei *Kahlkopf* spielte.

Parteien (NRW)

„Alternativer Wissenskongress"

Begleitet von Antifa-Protesten fand am 11. November 2018 in der Gaststätte „Stiftskeller" in Fröndenberg (Kreis Unna) der vierte „Alternative Wissenskongress" (AWK) statt. Der erste AWK im Jahr 2015 sollte eigentlich von den fünf Bezirksverbänden der AfD NRW ausgerichtet werden. Nach parteiinterner Kritik musste dann aber der *Verein zur Förderung des politischen Dialogs e.V* als Veranstalter einspringen, der auch heute noch offiziell für den AWK verantwortlich ist. Wie in den Vorjahren waren auch 2018 **Udo Hemmelgarn** (AfD, MdB), **Ingo Schumacher** (Sprecher des AfD-Bezirks Köln) sowie **Sebastian Schulze** („Mittelstandsforum" der AfD) maßgeblich an der Organisation beteiligt. Es referierten unter anderem **Rainer Rothfuß**, **Rico Albrecht**, **Christian Jung** und **Eberhard Hamer** zu Themen wie „Der Linksstaat" und „Friedensfahrten nach Russland". Außerdem gab es mehrere „praxisnahe" Vorträge mit Titeln wie „So organisieren Sie Demonstrationen" und „Erfolgreiche Videos gestalten".

Parteien (Hessen)

Wahlkampf mit der Waffe

Am 21. Oktober 2018 zog **Zahid Kahn**, der als Wahlkämpfer für die AfD in Frankfurt-Seckbach unterwegs war, eine scharfe, geladene Waffe und bedrohte damit einen Anwohner, der gegen die Verteilung von AfD-Material protestierte. Kahn, dessen Tochter **Mary Kahn** auf der AfD-Landesliste antrat und den Einzug in den Landtag verpasste, ist im Rhein-Main-Gebiet eher für skurrile Auftritte bekannt. Der selbsternannte Prophet verbreitet seine Bücher über den *Kahnverlag*.

Parteien (NRW)

Landes- und Bundesparteitag der „Die Rechte“

Am 15. Dezember 2018 fand ein Landesparteitag von *Die Rechte* NRW statt. Nach eigenen Angaben soll die Mitgliederzahl zuletzt von etwa 200 auf 330 angestiegen sein. Als Landesvorsitzender wurde **Sascha Krolzig** wiedergewählt. Seine Stellvertreter sind **Michael Brück** (Dortmund) sowie, neu im Vorstand, **Sven Skoda** (Düsseldorf), nun nicht länger „parteifreier Nationalist“, sondern offizielles *Die Rechte*-Mitglied. Weiter gehören **Alexander Deptolla** und **Dietrich Surmann** (beide Dortmund), **Daniel Borchert** (Wuppertal) und **Henry Schwind** (Gelsenkirchen) dem Vorstand an.

Am 5. Januar 2019 folgte dann der Bundesparteitag. Zu Bundesvorsitzenden wurden Krolzig und Skoda gewählt, als deren Stellvertreter Brück sowie **Kevin Koch** (Wuppertal). Beisitzer wurden **Leon Dreixler** (Baden-Württemberg), **Christoph Drewer** (Dortmund), **Alexander von Malek** (Bremen), **Markus Walter** (Rhein-Erft-Kreis) sowie **Christian Worch**. Letzterer war vor eineinhalb Jahren als Bundesvorsitzender zurückgetreten und hatte sich zurückgezogen.

Rechte Gewalt (NRW)

Terroristische Anschläge in Bottrop und Essen

Gezielt steuerte der 50-jährige **Andreas Nübel** in der Silvesternacht sein Auto in eine feiernde Menschengruppe in Bottrop. Acht Menschen, darunter ein vierjähriger Junge und ein zehnjähriges Mädchen, wurden zum Teil schwer verletzt. In Essen wiederholte er seinen Angriff, ohne dass Menschen von dem Auto erfasst wurden. Seine Opfer suchte der nun in U-Haft sitzende Täter anhand rassistischer Motive. Dies bestätigte er auch gegenüber der Polizei.

Vor Gericht (NRW)

Dortmunder Nazis vor Gericht und im Knast

Am 28. November 2018 wurde der Dortmunder Neonazi **Steven Feldmann** festgenommen, er sitzt seitdem in U-Haft. Zwei weitere Neonazis erhielten in Zusammenhang mit gemeinsam durchgeführten Angriffen sogenannte Gefährderansprachen (vgl. S. 33—34 in dieser Ausgabe). In der JVA Boke in Delbrück bei Paderborn sitzt aktuell **Siegfried Borchardt** eine viermonatige Haftstrafe wegen Beleidigung eines Polizeibeamten ab. Er war mit seiner Revision vor dem OLG Hamm gescheitert.

Am 29. November 2018 fand am Amtsgericht Dortmund ein Prozess gegen zwei Neonazis der *Aktionsgruppe West* wegen Verstoßes gegen das Kunsturheberrecht statt. **André F.** und **Nils R.** waren dabei erwischt worden, wie sie Outingplakate gegen Linke verklebten, zwei weitere Beteiligte konnten vom Tatort flüchten. Unterstützung erhielten sie von den Kadern aus Dorstfeld. Vertreten wurden sie durch den Szeneanwalt **André Picker**. Der Prozess wurde gegen eine Geldstrafe von 500 Euro für gemeinnützige Zwecke eingestellt.

Rechte Gewalt (NRW)

Nazihools bedrohen BVB-Ultras

Kurz nachdem **Sven Schröder** (geb. Kahlin) beim diesjährigen „Kampf der Nibelungen“ mit einem T-Shirt der „Hooligans Dortmund“ aufgetreten war, tauchte er am 10. November 2018 zusammen mit **Timo Kersting** beim Heimspiel des BVB gegen den FC Bayern in Block 13 auf. Dies war eine klare Machtdemonstration der Nazihools um die *Northside Dortmund* beziehungsweise die aufgelöste Gruppe *Riot 0231*. Ultras sollen genötigt worden sein, Schröder die Hand zu geben. In diesem Zusammenhang wurde öffentlich, dass die Hools bereits im März 2018 Mitglieder von *The Unity* eingeschüchtert und neue Regeln verkündet hatten, um eine „Entpolitisierung“ der Südtribüne zu bewirken. Der Verein verhängte Stadionverbote gegen Schröder und Kersting. Der Lokaljournalist **Peter Bandermann**, der über die Vorfälle in den *Ruhrnachrichten* berichtet hatte, wurde im Nachgang bedroht. Die Hooligans posteten unter anderem ein Bild auf *Instagram* mit dem Hashtag „bandermannsalbtraum“, das auch von dem aus Dortmund-Eving stammenden Ex-BVB-Profi **Kevin Großkreutz** geteilt wurde.

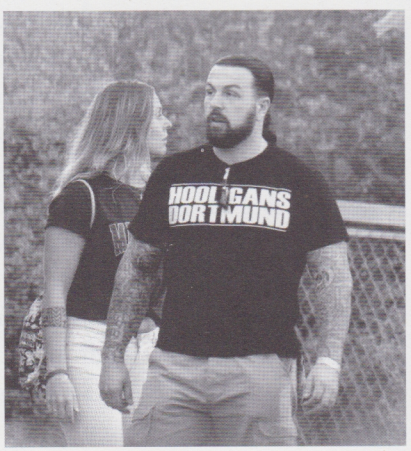


Foto: pixelarchiv.org

Sven Schröder (geb. Kahlin) beim „Kampf der Nibelungen“ in Ostritz.

Parteien (RLP)

JU singt Westerwald-Lied

Auf einer Delegationsreise nach Berlin haben Mitglieder der *Jungen Union* (JU) Rheingau-Taunus und Limburg am 9. November 2018 das „Westerwaldlied" (Soldatenlied der Wehrmacht) gesungen. Unter den 15 Anwesenden waren auch **Nils Josef Hofmann**, Vorsitzender der *JU Limburg* (vorher AfD), und **Sascha Deisel**, Beisitzer im Vorstand des *RCDS Mainz*. Deisel musste in Folge sein Amt als Referent für politische Bildung des AStA der JGU Mainz niederlegen, im RCDS-Vorstand durfte er bleiben.

Screenshot Twitter

Sonstiges (RLP)

ReichsbürgerInnen und Waffen

Am 3. Dezember 2018 entschied das Oberverwaltungsgericht Koblenz, dass ReichsbürgerInnen ihre Waffenbesitzkarte entzogen werden kann. Mit diesem Beschluss wies das Gericht eine Beschwerde von zwei Waffenbesitzern gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichts Trier ab. Auf Anfrage der Grünen teilte die Landesregierung mit, dass in RLP von ehemals 51 noch 32 bekannte ReichsbürgerInnen über eine waffenrechtliche Erlaubnis verfügen.

Parteien (RLP)

Rassistische Wählergruppe in Speyer

Am 22. Dezember gründete sich in Speyer die *Wählergruppe Schneider*, die 2019 an den Kommunalwahlen teilnehmen will. Gründer und Spitzenkandidat ist **Matthias Schneider**. Dieser hatte das „Bürgerbegehren Speyer" gegründet, das sich mit Unterstützung der AfD erfolglos gegen die Eröffnung der Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete in Speyer eingesetzt hatte. Die Liste positioniert sich unter anderem „gegen eine fortschreitende Islamisierung".

Parteien (RLP)

Armstroff kandidiert zur Kommunalwahl

Klaus Armstroff, Vorsitzender der Partei *Der III. Weg*, will in seiner Heimatstadt Weidenthal (Kreis Bad Dürkheim) zur Kommunalwahl 2019 antreten. Bereits 2014 hatte Armstroff erfolglos für den Kreistag Bad Dürkheim kandidiert, dem er von 2009 bis 2014 als NPD-Mandatsträger angehörte. Nachdem seine Frau **Dörthe Armstroff** den NPD-Landesvorsitz abtreten musste, verließen beide die Partei. Armstroff blieb noch einige Zeit parteiloser Mandatsträger.

Parteien (RLP)

Stress bei der AfD

Der Landesparteitag der AfD am 15. Dezember 2018 in Bingen war von internen Konflikten geprägt. **Jens Ahnemüller** (MdL) und **Christiane Christen** (ehemals stellvertretende Landesvorsitzende der AfD RLP) sollten aus der Partei ausgeschlossen werden, weil ihnen Kontakte zu **Sascha Wagner** (früheres Landesvorstandsmitglied NPD-RLP, jetzt im Saarland aktiv) und weiteren extremen Rechten vorgeworfen wurden. **Gabriele Bublies-Leifert** (MdL) musste wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten ihren Posten als Kreisvorsitzende in Birkenfeld verlassen. **Uwe Junge** (MdL), dem ein zu harter Führungsstil vorgeworfen wurde, gelang nur knapp die Wiederwahl als AfD-Fraktionschef. Am 17. Dezember 2018 hat das Mainzer Landgericht **Sebastian Münzenmaier** (MdB) in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt. Münzenmaier hatte 2012 bei einem Angriff von Fans des *1. FC Kaiserslautern* auf Fans von *Mainz 05* teilgenommen (vgl. LOTTA #68, S. 42-43). Im Dezember 2017 hatte der Bundestag die Immunität Münzenmaiers aufgehoben, um die Fortsetzung des Verfahrens zu ermöglichen.

Sonstiges (Hessen)

Frankfurter Buchmesse

Im Vorfeld der Messe versuchte **Götz Kubitschek**, mit dem angeblichen Verkauf seines *Verlag Antaios* Aufmerksamkeit zu erheischen. Auf der Messe sorgte aber vielmehr die Veranstaltung des *Manuscriptum*-Verlags (Lüdinghausen, Kreis Coesfeld/NRW) mit **Björn Höcke**, für die ein komplettes Treppenhaus gesperrt wurde, für Aufsehen. Beim *Ares Verlag* traten **Caroline Sommerfeld** und **Martin Semlitsch** auf. Bei der *Jungen Freiheit* sprach **Rainer Rahn** (AfD-Spitzenkandidat zur hessischen Landtagswahl).

Rechte Gewalt (Hessen)

Hessische Polizei und „NSU 2.0“

Am 10. Dezember wurde bekannt, dass die Staatsanwaltschaft Frankfurt gegen fünf PolizistInnen des örtlichen 1. Polizeireviers wegen des Verdachts der Volksverhetzung und des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ermittelt. Sie sollen in einem Chat womöglich strafrechtlich relevante, rassistische und NS-verherrlichende Bilder ausgetauscht haben. Eine Woche später wurde bekannt, dass eine dieser BeamtInnen bereits Monate zuvor die Adresse der Anwältin **Seda Başay-Yıldız** aus Frankfurt, die im NSU-Prozess als Nebenklage-Vertreterin auftrat, über ihren Dienstcomputer ermittelt haben soll. Die Anwältin hatte im September ein Fax erhalten, in dem gedroht wurde, ihre Tochter zu ermorden. In dem Fax wurden sowohl der Name der Tochter als auch die Privatanschrift der Anwältin genannt. Unterzeichnet war das Schreiben mit „NSU 2.0“. Während der Ermittlungen kam es zu weiteren Durchsuchungen, unter anderem in Darmstadt, Wetter (Landkreis Marburg-Biedenkopf) und Kirtorf (Vogelsbergkreis). Der Polizist aus Kirtorf soll mit einem weiteren Beamten aus dem Präsidium Westhessen auf einer Kirmes durch „rechtsextreme Gesänge“ aufgefallen sein, beide stehen laut *Hessenschau* den „Reichsbürgern“ nahe. Die Durchsuchungen im Dezember hätten darüber hinaus Hinweise auf Verstöße gegen das Waffengesetz ergeben. Außerdem gerieten weitere Beamte, unter anderem aus Wiesbaden, Fulda und Offenbach in den Fokus, da sie ähnliche Bilder über Messenger-Gruppen geteilt haben oder über Kontakte zur Neonazi-Szene verfügen sollen.
In Offenbach kam es am 13. Dezember 2018 in einer Kneipe zu einem Angriff auf Personen, die sich von rassistischen Gesängen einer vierköpfigen Gruppe gestört fühlten. Später stellte sich heraus, dass es sich bei einem der Angreifer um einen Polizeianwärter handelte, der in Folge dessen entlassen wurde. Alle weiteren BeamtInnen sind vorerst vom Dienst suspendiert worden. Mittlerweile sind die kompletten Ermittlungen, auch aus Sorge vor Vertuschung, an das hessische LKA übertragen worden.

Rechte Gewalt (Hessen)

Brandanschlagsserie im Rhein-Main-Gebiet

Seit September 2018 wurden im Rhein-Main-Gebiet insgesamt neun Brandanschläge auf linke (Wohn-)Projekte verübt. Betroffen waren die *AU* und das *Exzess* in Frankfurt, die durch die Diskussion um linke Zentren nach den G20-Protesten in den Fokus geraten sind. Außerdem wurden drei *Mietshäusersyndikat*-Projekte attackiert, hierbei hat es besonders den *Knotenpunkt* in Schwalbach getroffen, der nahezu ausgebrannt und momentan unbewohnbar ist. Auch die Frauen-Wohnungsbaugenossenschaft *Lila Luftschloss* wurde Ziel eines Anschlags. Drei Anschläge wurden während Veranstaltungen verübt, nur mit Glück gab es keine Verletzten. Beim letzten Anschlag am 21. Dezember 2018 in der Hanauer „Metzgerstraße“ konnte der mutmaßliche Täter, **Joachim S.** (46) aus Frankfurt, gefasst werden. Nach Erkenntnissen des *Mietshäusersyndikats* forschte der Tatverdächtige seit 2015 Wohnprojekte aus und versuchte, diesen die Behörden auf den Hals zu hetzten, darunter auch das Projekt *Knotenpunkt*.

Brandruinen des am 14. September 2018 fast vollständig ausgebrannten Wohnprojekts „Knotenpunkt“ in Schwalbach.

Vor Gericht (Hessen)

Gerichtsentscheidungen

Das Landgericht Gießen lehnte den Antrag auf frühzeitige Haftentlassung von **Patrick W.**, genannt der „Schlitzer von Echzell" (vgl. Lotta #41, S. 30) im Herbst 2018, ab. Mittlerweile wurde er regulär entlassen. Bereits Ende November 2018 wurde beim Leiter des Vereins „Grätsche gegen Rechtsaußen" ein Schild deponiert, auf dem die Inschrift „Respekt! Kein Platz für Rassismus" durchgestrichen und mit einem Hakenkreuz sowie der Ankündigung „P.W. kommt zurück!" versehen wurde.
Der Bundesgerichtshof hat Ende November 2018 die Revision des „Lasermans" **John Ausonius** (vgl. Lotta #68, S. 26) zurückgewiesen. Die Verurteiltung zu lebenslanger Haft wegen des Mordes an der Holocaust-Überlebenden **Blanka Zmigrod** 1992 in Frankfurt am Main ist damit rechtskräftig.
Der Verwaltungsgerichtshof Kassel bestätigte die Kündigung eines Beamten auf Probe beim Regierungspräsidium Darmstadt. Der ehemalige Zeitsoldat aus Offenbach nahm 2016 an zwei NPD-Aufmärschen in Büdingen teil, trug dort unter anderem ein Transparent mit der Aufschrift „Asylbetrug macht uns arm!"

Sonstiges (RLP)

Veranstaltungen

Das Mainzer „BewegWas Orgateam" um **Nico Sandelbaum** und **Thomas Gauer** hat sich im letzten Quartal 2018 zurückgezogen. Anstelle öffentlichkeitswirksamer Kundgebungen veranstalteten sie — aus Angst vor lokalen Antifas — Kundgebungen an geheimen Orten am Stadtrand von Mainz (RLP), die nur auf Anfrage mitgeteilt werden. Bei einer ersten Veranstaltung am 13. Oktober 2018 erschienen zehn Eingeweihte, zu einer zweiten am 24. November 2018 etwa 30.

Parteien (Hessen)

NPD-Bundesparteitag in Büdingen

Beim Bundesparteitag der NPD am 17. November 2018 in Büdingen wählten die rund 200 Delegierten die KandidatInnen für die Europawahl. Der momentan einzige NPD-Europaparlamentarier **Udo Voigt** setzte sich bei der Wahl um Listenplatz 1 gegen den früheren Parteivorsitzenden **Günter Deckert** durch. Auf die Liste gewählt wurden außerdem **Ronny Zasowk** (Brandenburg), **Ricarda Riefling** (Rheinland-Pfalz), **Sebastian Schmidtke** (Berlin), **Sascha Roßmüller** (Bayern), **Antje Mentzel** (Mecklenburg-Vorpommern), **Ariane Meise** (NRW), **Antje Vogt** (Thüringen), **Mark Proch** (Schleswig-Holstein) und **Karl Haunschild** (Hamburg). Auf der internationalen Rednerliste der Veranstaltung befanden sich **Zeljko Glasnovic**, **Tomislav Sunic** (beide Kroatien), **Marian Kotleba** (Slowakei), **Roberto Fiore** (Italien), **Bruno Gollnisch** (Frankreich) **Herve van Laethem** (Belgien) sowie der ehemalige Franco-Vertraute **Alberto Torresano** (Spanien). Der ebenfalls angekündigte **Jean-Marie Le Pen** sagte kurzfristig ab.

Parteien (NRW)

Neuer NPD-Landesvorstand

Auf dem NPD-Landesparteitag am 4. November 2018 in Essen wurden der Landesvorsitzende **Claus Cremer** sowie seine Stellvertreterinnen **Ariane Meise** und **Melanie Händelkes** in ihren Ämtern bestätigt. Neu im Vorstand wird nur die Beisitzerin **Vanessa Bredereck** (NPD Meerbusch) geführt, deren Ehemann **Kevin Bredereck** ebenfalls Beisitzer ist. Nicht länger als Vorstandsmitglieder fungieren die vormaligen Beisitzer **Ralf Panek** und **Patrick Eisenhauer** sowie der vormalige Landesorganisationsleiter **Marcel Haliti**.

Parteien (Hessen)

Razzia in Leun

Am 28. November 2018 wurden im Lahn-Dill-Kreis die Wohnungen von fünf Personen durchsucht. In den Räumlichkeiten des NPD-Stadtverordneten **Thomas Gorr**, der das im selben Haus befindliche „Bistro Hollywood" betreibt (vgl. Lotta #72, S. 29), wurden Schusswaffen, eine Übungsgranate und NS-Devotionalien sichergestellt, zudem wurde ein provisorischer Schießstand entdeckt. Die Staatsanwaltschaft Wetzlar ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung, räuberische Erpressung und Verstoß gegen das Waffengesetz.

Vor Gericht (Hessen)

Verfahren gegen KZ-Wachmann

Mehr als ein Jahr nach Anklageerhebung steht noch immer das Verfahren gegen einen 97-jährigen Frankfurter aus, welcher der 5. Kompanie des SS-Totenkopfsturmbannes angehörte. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt wirft ihm Beihilfe zum Mord vor. Als Wachmann im Konzentrations- und Vernichtungslager Lublin-Majdanek soll er sich am 3. November 1943 an der Massenerschießung von 17.000 Jüdinnen und Juden im Zuge der „Aktion Erntefest" beteiligt haben.

Foto: Alex Wißmann

„Hessen Depesche"-Autoren Alexander Jungbluth (rechts) und Robin Classen (Mitte) im Gespräch mit dem JA-Landesvorstandsmitglied Jens Bähr (links) am 9. Juni 2018 bei einer AfD-Kundgebung in Mainz.

Von Mia Bär und Carl Kinsky

Schwarz-Blaue Reaktion

Die „Hessen Depesche" als Schnittstelle der konservativen und extremen Rechten

Mit ihrem blauen Bembel und dem Hessenlöwen geriert sich die „Hessen Depesche" als harmlose Lokalnachrichtenseite — tätigt man allerdings ein paar Klicks, stößt man schnell auf reißerische Überschriften, ungekennzeichnete Werbebeiträge und VertreterInnen der konservativen bis extremen Rechten.

Die *Hessen Depesche* (HD) trat Anfang 2015 zum ersten Mal als Online-Nachrichtenseite in Erscheinung. Schnell ersichtlich war neben einer unseriösen Berichterstattung auch ihre rechte Ausrichtung. LokalpolitikerInnen der CDU und FDP arbeiten hier mit AfD-Funktionären zusammen.

Rechtes Firmennetzwerk

Von Anfang an war die HD Teil eines unübersichtlichen Unternehmensgeflechts. Der Betreiber wechselte drei Mal, bevor die in Berlin eingetragene *Popularen Network GmbH* (PNG) im Januar 2017 die HD und deren Partnerseiten *Saar Depesche*, *Bayern Depesche* und *Sachsen Depesche* übernahm. Eine tragende Rolle spielten dabei stets CDU-LokalpolitikerInnen aus dem Kreis Offenbach. Bereits vor der Übernahme durch die PNG gehörte die HD zeitweise einer Firma, deren Geschäftsführer **Jörg Alexander Kroiss** (CDU Mainhausen) war. Im Februar 2017 gab es den Beschluss, das Stammkapital der PNG um 31.000 Euro auf 56.000 Euro zu erhöhen. Bei drei von vier EigentümerInnen handelte es sich um CDU-Mitglieder: **Verena Rohrböck**, ehemalige Pressesprecherin der CDU-Seligenstadt, investierte 25.000 Euro, **Alexander Schloss**, Mitglied der Gemeindevertretung Mainhausen, 5.000 Euro und **Manfred Stolz**, ebenfalls Lokalpolitiker aus Mainhausen, 1.000 Euro. Im April wurde das Stammkapital auf 80.000 Euro erhöht, Mehrheitseigner ist seitdem die von **Kai Domsgen** geführte *Aduno Beratungsagentur GmbH*. Als Geschäftsführerin fungiert **Angela Prokoph-Schmitt**, die 2016 der CDU Mainhausen beitrat. Zuvor hatte sie im Juli 2015 als parteilo-

se Bürgermeisterkandidatin in Seligenstadt mit 6,9 Prozent den niedrigsten Stimmenanteil aller BewerberInnen erreicht.

Zum Mediennetzwerk gehören auch die rechten Nachrichtenseiten *Derfflinger* und *Saguntum*, beide aktiv seit 2014. Diese gehören der *MoreMedia GmbH*, deren Geschäftsführer derzeit **Stephan Andreas Kraus** ist. Kraus ist Beisitzer im Vorstand des CSU-Kreisverbandes Kempten. Im genannten Unternehmensgeflecht hat er nicht nur mit Kroiss und Rohrböck die Geschäftsführungsposten in mehreren Unternehmen getauscht, sondern auch mit **Patricia Anna Koperski**, Lebensgefährtin des NPD-Bundesvorsitzenden **Frank Franz**.

Ideengeber im Hintergrund?

Einige vermuten den Bruder von Verena Rohrböck, **Thomas Peter „Tom“ Rohrböck**, als Ideengeber für das Netzwerk um die HD. Bereits Ende der Neunziger gab Thomas Rohrböck gemeinsam mit **René Rock**, heute Fraktionsvorsitzender der FDP im hessischen Landtag, und **Frank Lortz** (CDU), derzeit Vizepräsident des hessischen Landtags, das *Forum-Magazin* im Kreis Offenbach heraus. Bis zu seiner Abwahl im Jahr 2001 war Rohrböck Vorsitzender der CDU Seligenstadt. 2009 wurde er Pressesprecher der *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ) nahestehenden Kleinstorganisation *Aufbruch 21 — Die Freiheitlichen*, die sich rechts der CDU etablieren wollte. Anfang 2010 gab er gemeinsam mit dem extrem rechten Politiker **Tony-Xaver Fiedler** (zuletzt bis Herbst 2015 *pro NRW* -Generalsekretär) die Nachrichtenplattform *frei.gesagt* heraus, auf der auch Frank Franz einen Beitrag veröffentlichte. Kurz darauf spielte Rohrböck eine zentrale Rolle in der saarländischen „Monopoly-Affäre“: Der neue Fraktionsvorsitzende der FDP im Landtag, **Christian Schmitt**, hatte berichtet, im Oktober 2010 vom FDP-Politiker **Stefan Krämer** zu einem Abendessen eingeladen worden zu sein, das im Haus des mittlerweile nach Homburg verzogenen und in FDP-Kreisen aktiven Rohrböck stattgefunden habe. Dort habe er neben Krämer auch Frank Franz angetroffen. Das Angebot, gemeinsam Monopoly zu spielen, habe er aber abgelehnt. Ab 2011 betätigte sich Rohrböck mit seinem in Österreich ansässigen „Informationsdienst“ *Skylla* weiter als „Journalist“. Im März 2018 gab er der neu erschienenen *Austria Depesche* ein Interview, in dem er als deren „Ideengeber“ bezeichnet wird. Am herausgebenden Unternehmen sind Eigentümer aus Deutschland, Österreich und Liechtenstein beteiligt. Auf dem Bild zum Artikel sind neben Rohrböck auch **Herbert Scheibner**, ehemaliger Verteidigungsminister Österreichs, **Pius Leitner**, ehemals Landtagsabgeordneter der „Südtiroler“ Partei *Die Freiheitlichen*, und **Damian Lohr**, Landtagsabgeordneter der AfD in Rheinland-Pfalz und Bundesvorsitzender der *Jungen Alternative* (JA) abgebildet.

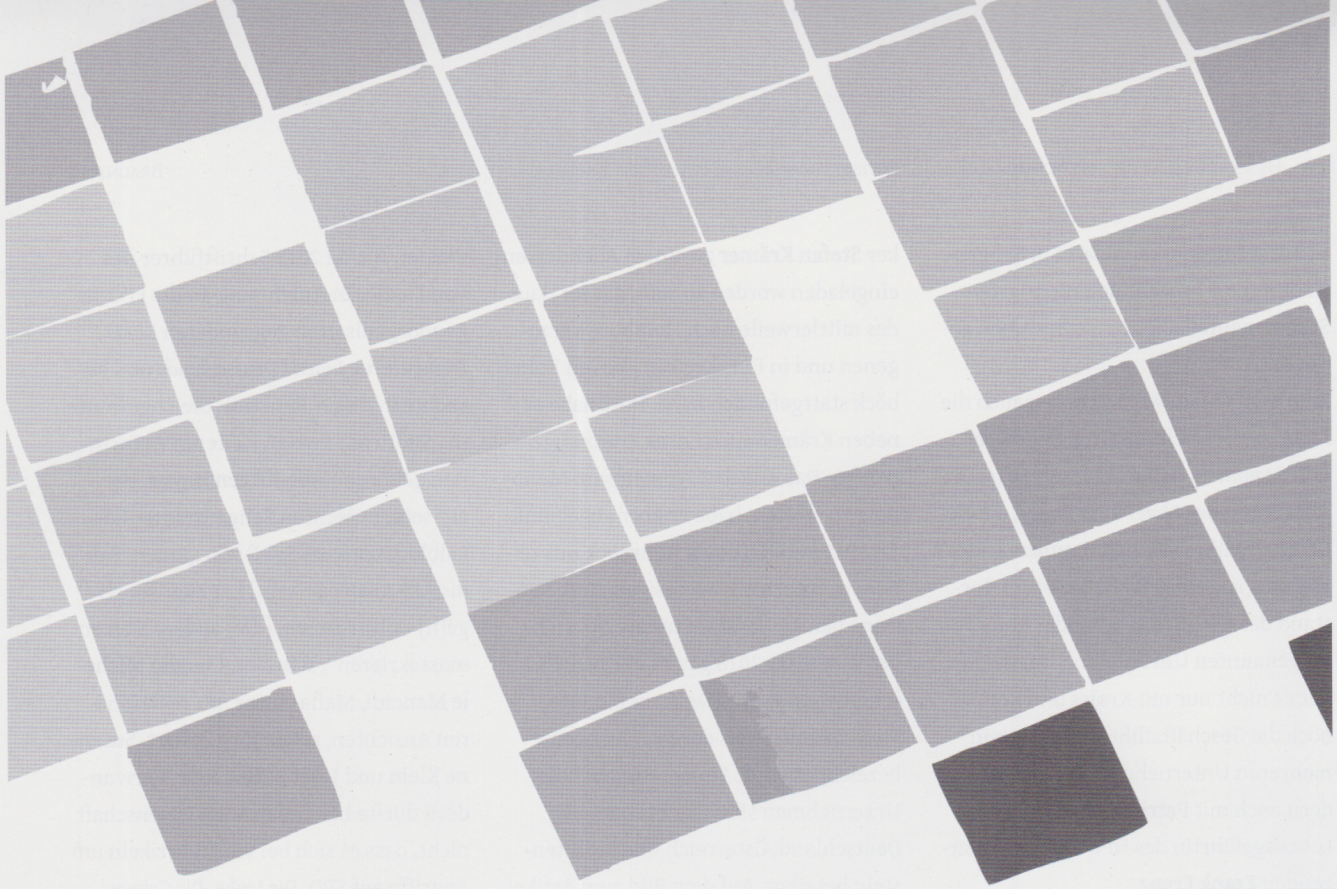
Fake-News GmbH

Bei der HD schreiben (extrem) rechte PolitikerInnen „Nachrichten“ zu ihrem eigenen Vorteil. Zu den AutorInnen zählt neben Angela Prokoph-Schmitt auch **Ramin Peymani**, Kreistagsabgeordneter der FDP im Main-Taunus-Kreis und Betreiber des rechten Kelkheimer Nachrichtenportals *Liberale Warte*, sowie **Martin Breimann**, aktiv bei der CDU-Offenbach. Hinzu kommen **Robin Classen**, Schriftführer der JA-Rheinland-Pfalz und Autor der *Blauen Narzisse*, Damian Lohr, Mitglied der DB-*Burschenschaft Germania Halle zu Mainz*, **Alexander Jungbluth**, Vorsitzender der JA Rheinland-Pfalz und Mitglied der völkischen *Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn* und **Cornelius Persdorf**, Beisitzer im Landesvorstand der JA Rheinland-Pfalz und Landtagsreferent der AfD.

Classen wurde 2012 Schriftführer des von Fiedler in Anlehnung an die FPÖ-Jugendorganisation gegründeten *Rings Freiheitlicher Jugend Deutschlands* und besuchte in dieser Funktion Gleichgesinnte in „Südtirol“. Zu den weiteren AutorInnen gehören **Hans-Jürgen Heyne**, der auf seinem rechten Seligenstädter Lokalblog *Politik am Spieß* von „Juden, Saudis, US-Amerikaner[n] [...] oder sonstige[n] Gutmenschen [die] andere Völker massakrieren“, schreibt, **Claudio Michele Mancini**, Mafia-Autor mit reaktionären Ansichten, sowie **Jörg Pollert**, **Susanne Klein** und **Josef Mühlbauer**. Verwundern dürfte bei dieser AutorInnenschaft nicht, dass es sich bei vielen Artikeln um Angriffe auf SPD, *Die Linke*, *Die Grünen* und als „zu links“ empfundene Teile der CDU handelt. Ein Geschäftsfeld der *Depesche*-Medien scheint das Verfassen ungekennzeichneter Werbebeiträge zu sein. Häufig begleiten deren Wirtschaftsnachrichten bestimmte Firmen über einen längeren Zeitraum und liefern statt kritischer Berichterstattung kaum verhüllte Werbung.

Keine Konsequenzen

Als es zur kritischen Berichterstattung über die HD kam, drückte sich die hessische CDU vor der Übernahme jeglicher Verantwortung. Frank Lortz und andere CDU-PolitikerInnen auf Landes- und Kommunalebene wurden bereits 2015 von ParteikollegInnen auf das rechte Treiben hingewiesen, ignorierten dies aber. Lortz verstieg sich gar dazu, die CDU als eigentlich Geschädigte darzustellen. **Clemens Jäger**, Kreisgeschäftsführer der CDU-Offenbach, sieht bei seinen ParteikollegInnen keine rechte Gesinnung und beschreibt ihre Investitionen als Privatangelegenheit. Auch das Landesamt für Verfassungsschutz lehnte eine Beobachtung ab. Das Treiben der HD wird demnach also erst einmal ungestört fortgesetzt werden können.



Das Interview wurde geführt von Britta Kremers

„Der NSU war eine Zäsur für uns“

Interview mit Felix Hansen von der Initiative „NSU-Watch“

Seit mehreren Jahren bereits gibt es die stets gefüllte Rubrik „Kontext NSU“ in der LOTTA. Inhaltlich gefüllt wurde sie zumeist von der Initiative „NSU-Watch“, insbesondere von Felix Hansen. LOTTA sprach mit ihm über die Arbeit und die Einschätzungen von „NSU-Watch“ nach dem Ende des Münchner Prozesses.

„NSU-Watch“ war an jedem Prozesstag zur Dokumentation im OLG München, denn ein offizielles Protokoll gab es nicht. Hat sich der riesige Aufwand „gelohnt“? Was ist euch besonders im Gedächtnis geblieben?

Als *NSU-Watch* im Mai 2013 mit der Dokumentation des Prozesses anfing, hatte wohl niemand von uns erwartet, dass wir über fünf Jahre später noch immer im Gerichtssaal sitzen würden. Der Aufwand war in der Tat sehr hoch und hat uns immer wieder an Grenzen gebracht, sowohl unsere Protokollant_innen im Gerichtssaal, als auch alle Beteiligten außerhalb. Trotz allem ziehen wir eine positive Bilanz: Wir waren an allen 438 Prozesstagen vor Ort, die Protokolle finden sich auf unser Website — einige fehlen noch, diese werden aber bis Frühjahr 2019 vervollständigt. Nur durch die Sicht auf alle Prozesstage entsteht das vollständige Bild dieses Prozesses.
Der Prozess hatte viele wichtige Momente. Im Gedächtnis geblieben sind vor allem die Aussagen der Angehörigen der Mordopfer und der Betroffenen der NSU-Anschläge, die das unfassbare Leid und die brutalen Folgen der Taten greifbar gemacht haben, aber auch ihre Stärke, mit der sie den von juristischen Formalien geprägten Alltag im Gerichtssaal durchbrechen konnten. Beispielsweise Ayşe und İsmail Yozgat, die Eltern von Halit Yozgat, die nicht müde wurden, die Rolle des hessischen VS-Mitarbeiters Andreas Temme zu thematisieren und immer wieder ihre Forderung nach der Umbenennung der Holländischen Straße in Kassel wiederholt haben. Gerade die Plädoyers der Angehörigen gehörten zu den beeindruckendsten Momenten

im Prozess, etwa als Elif Kubaşık deutlich machte, dass der Prozess zentrale Fragen nicht beantwortet hat, sie sich von den Tätern aber nicht vertreiben lasse: „Wir sind ein Teil dieses Landes, und wir werden hier weiterleben.“

In den letzten Jahren des Prozesses wurden die Beweisanträge der Nebenklage überwiegend vom Senat abgelehnt. Wie erklärt ihr euch das, und welchen Wert haben diese Anträge trotzdem?
Die Bundesanwaltschaft hat von Anfang an — schon durch die sehr eng gehaltene Anklage — versucht, zentrale Fragen aus dem Prozess herauszuhalten. Dazu gehört die Rolle von Geheimdiensten und V-Leuten, aber vor allem auch das Netzwerk des NSU. Letztendlich müssen wir leider konstatieren, dass die Ankläger_innen damit recht erfolgreich waren, denn das Gericht ist ihnen an vielen Punkten gefolgt. Das Gericht hat deutlich gemacht, dass es eben nicht an einer umfassenden Aufklärung interessiert war. Selbst wenn es, wie öffentlich immer wieder behauptet wird, im Strafprozess allein um die fünf Angeklagten gegangen wäre, hat der Prozess ja vieles im Dunkeln gelassen. Beispielsweise Fragen zu lokalen Unterstützer_innen, zu denen auch der Angeklagte André Eminger zu zählen ist, und zwar bis zur Selbstenttarnung im Jahr 2011. Dass diese Lücken aber als solche bekannt wurden und die vielen offenen Fragen gegen alle Widerstände vor Gericht öffentlich thematisiert wurden, ist der Nebenklage zu verdanken. Sie hat durch zahlreiche sehr akribisch recherchierte und umfangreiche Beweisanträge in die Öffentlichkeit gebracht, was eben nicht ermittelt wurde, und vor allem die Deutungshoheit der Bundesanwaltschaft durchbrochen. So wurde auch öffentlich deutlich, dass der NSU eben kein isoliertes Trio war und von Anfang an lokale Unterstützungsstrukturen hatte. Andere Aspekte, wie die Rolle von *Blood & Honour* und Neonazi-Konzepten als mögliche Vorbilder und Blaupausen des NSU wären ohne die Nebenklage erst gar nicht thematisiert worden. Wo die Ergebnisse ins Konzept der Bundesanwaltschaft passten, hat sie diese am Ende auch taktisch in ihrem Plädoyer verwendet, als es etwa um die mögliche Ausspähung einer Berliner Synagoge ging, was erst durch einen Nebenklage-Antrag thematisiert wurde. Aber auch die Frage nach der Rolle der staatlichen Institutionen konnte zumindest thematisiert, wenn auch oft nicht geklärt werden, wie etwa von Polizei und Justiz bei den oft rassistisch geprägten Ermittlungen oder die der Verfassungsschutzämter mit ihren V-Leuten oder die Schredder-Aktionen im Bundesamt für Verfassungsschutz im November 2011.

In der Urteilsbegründung blieb nicht viel vom Aufklärungsversprechen übrig. Wie bewertet ihr das Urteil und dessen Begründung — und was hättet ihr euch stattdessen gewünscht?
Bislang gibt es nur die mündliche Urteilsbegründung bei der Verkündung des Urteils, die schriftliche Begründung wird in den nächsten Monaten erwartet. Die Urteilsverkündung war an vielen Stellen hanebüchen und spiegelt in keinster Weise wider, was wir in den letzten fünf Jahren in München erlebt haben: kein Wort zu V-Leuten und Geheimdiensten, nichts zum Netzwerk des NSU und ein Affront gegenüber den Betroffenen und Angehörigen, die mit keiner Silbe angesprochen oder erwähnt wurden. Auch die zugrunde liegende neonazistische Ideologie kam nur ganz am Rande vor, Rassismus spielte keine Rolle. Das Mindeste wäre gewesen, deutlich zu machen, dass zentrale Fragen nicht geklärt werden konnten, doch der Vorsitzende Richter Manfred Götzl wollte mit dem Urteil einen Schlussstrich ziehen und fiel dabei sogar hinter die Bundesanwaltschaft zurück. Dabei wäre ein anderer Prozess möglich gewesen: Ein Prozess, der die Interessen der Betroffenen sowie die Nebenklage und ihre Erkenntnisse ernst nimmt, versucht Antworten auf die ungeklärten Fragen zu finden und das Wirken des NSU zu verstehen.

Antifaschist_innen hatten den NSU vor der Selbstenttarnung 2011 nicht wahrgenommen, obwohl das Wissen über rechte Terrorkonzepte vorhanden war und Angehörige der Mordopfer und viele andere Menschen mit Migrationshintergrund auf die Mordserie hinwiesen. Wurde daraus etwas gelernt?
Wir finden es nach wie vor sehr wichtig, immer wieder auf die Demonstrationen der Angehörigen im Jahr 2006 in Kassel und Dortmund hinzuweisen, die nur von sehr wenigen Antifaschist_innen wahrgenommen wurden, auch von uns nicht. Ebenso wichtig ist es, die anderen ungeklärten Fälle nicht zu vergessen und diese öffentlich zu thematisieren, wie beispielsweise den ungeklärten Mord an Fefzi Ufuk in Rheda-Wiedenbrück (OWL) oder den Mord an Burak Bektaş in Berlin, die beide von bis heute unbekannten Tätern erschossen wurden. Wir hoffen, dass auch zukünftig bei ungeklärten Taten genauer hingeschaut wird und zumindest die richtigen Fragen gestellt werden, auch wenn diese nicht immer beantwortet werden können, und dass die Betroffenen nicht vergessen werden. Es ist eine positive Entwicklung, dass sich in den letzten Jahren an vielen Orten Gedenk-Initiativen gegründet haben, die an rassistische Morde und Anschläge erinnern, auch wenn dies sicherlich noch ausbaufähig ist.
Seit der Selbstenttarnung des NSU haben sich viele noch einmal sehr intensiv mit der Geschichte des rechten Terrors nach 1945 beschäftigt. Dabei ist deutlich

geworden: Der NSU ist Teil einer Kontinuität und nichts von dem, was den NSU-Komplex ausmacht, war neu. Dabei denken wir beispielsweise an die rechten Terrorkonzepte, die Anschläge und Morde, vorurteilsgeprägte Ermittlungen der Polizei gegen die Betroffenen, die Involviertheit der Behörden. Die Gesamtschau ist sehr ernüchternd, gerade wenn bedacht wird, dass dies Teil eines antifaschistischen Wissens lange vor dem NSU war. Bei den Betroffenen und in der Neonazi-Szene war dieses Wissen nie weg. Wir sehen es als unsere Aufgabe, dass rechter Terror als solcher erkannt wird und zumindest Antifaschist_innen und eine sensibilisierte Öffentlichkeit nicht wieder hinter diesen Wissensstand zurückfallen.

Wie geht die Aufarbeitung des NSU-Komplexes nach dem Prozessende weiter? Im Prozess hattet ihr ja in erster Linie eine beobachtende Rolle, oder?
Der NSU war eine Zäsur für uns, und die Aufarbeitung geht auch nach dem Prozessende weiter. Der NSU-Prozess war in den letzten fünf Jahren ein Schwerpunkt unserer Arbeit, aber bei weitem nicht der einzige Aspekt. In fünf Bundesländern haben Landesprojekte vor Ort die Arbeit der Untersuchungsausschüsse kritisch begleitet. Dabei ist die Dokumentation der Ausschüsse und des Prozesses stets nur ein Aspekt gewesen. Es sind zahlreiche Recherchen entstanden, weit mehr als wir in den letzten Jahren veröffentlichen konnten, wir wurden von Medien und Initiativen angefragt und haben unsere Erfahrungen weitergegeben. Daran werden wir auch zukünftig anknüpfen — und auch die Öffentlichkeitsarbeit wird weitergehen. Als einer der nächsten Schritte, ist die Veröffentlichung eines Buches geplant, das eine vorläufige Bilanz zieht.

Der Rechtsruck schreitet weiter voran — und bringt rechten Terror mit sich. Was wurde gesellschaftlich aus dem NSU gelernt? Seht ihr Bestrebungen und Initiativen, die es erlauben, darauf zu hoffen, dass es auch positive Entwicklungen gibt?
Es fällt schwer, in der aktuellen politischen Situation und angesichts der rassistischen Massenmobilisierungen von positiven gesellschaftlichen Entwicklungen zu sprechen. Heute sehen wir, dass eine rechte Terrorgruppe nach der anderen entsteht. Und wenn in Chemnitz Tausende auf die Straße gehen, sind auch Personen aus dem NSU-Unterstützungskreis dabei. Es sind aber auch antifaschistische und antirassistische Initiativen entstanden, die genauer hinschauen und an rassistische Morde und Anschläge erinnern. Dazu gehört das Gedenken an die NSU-Opfer und daraus entstandene breitere Bündnisse, wie etwa das „NSU-Tribunal“ in Köln und kürzlich auch in Mannheim. Positiv ist, dass die Aufklärung rassistischer Taten breiter öffentlich begleitet wird, wie etwa bei den Prozessen um den S-Bahnhof-Wehrhahn-Anschlag in Düsseldorf oder den Anschlag am S-Bahnhof in Hamburg-Veddel. Der gesellschaftliche Lernprozess aus dem NSU-Komplex ist zwar insgesamt nicht angemessen und fällt sehr unterschiedlich aus, aber es gibt ihn. Wir selber und auch andere Akteur_innen dürfen sich nicht mit Forderungen an die Behörden oder die Gesellschaft, endlich aus dem NSU-Komplex zu lernen, zufrieden geben oder uns damit aufhalten. Angesichts des Rechtsrucks wird deutlich, dass weite Teile der Gesellschaft und der Behörden dazu nie bereit waren. Deswegen ist es an uns, unsere Forderungen und unsere Lehren umzusetzen und Rassismus, rechte Ideologie, rechten Terror zu erkennen und deutlich zu benennen — und uns dem entgegenzustellen. Gerade in den sozialen Medien nehmen wir verstärkt wahr, dass sich bei offensichtlich rechten Attentaten wie dem zu Jahresbeginn in Bottrop nicht mehr mit Entpolitisierungen und Relativierungen, warum es sich angeblich nicht um Taten mit rechtem Hintergrund handele, zufrieden gegeben wird. Solchen Narrativen wird entschieden entgegengetreten. Dass es diese Diskussionen gibt, und zwar von verschiedenster Seite, das stimmt uns schon optimistisch.

Vielen Dank für das Interview!

Anmerkung der Redaktion:

Wir werden auch zukünftig die Rubrik „Kontext NSU“ beibehalten, allerdings nicht zwingend in jeder Ausgabe.

Foto: Laurent Bourrelly (CC BY 2.0)

Von Bernard Schmid

Versuchte Vereinnahmung durch die extreme Rechte

Die „Gelbe Westen"-Bewegung in Frankreich

Ein Symbol ging um die Welt: Das Tragen von gelben Warnjacken ist bei sozial oder ökonomisch motivierten Protesten aktuell nahezu weltweit zu beobachten. Die Initiative dazu kam aus Frankreich. Den Anlass zu Unmut und Protest bot dort eine zum damaligen Zeitpunkt angekündigte, inzwischen (jedenfalls für 2019) stornierte Spritsteuer-Erhöhung. Von Anfang an waren auch Rechte beteiligt.

Gegen die Steuererhöhung richtete sich ein doppelter Protest, der aus zwei unterschiedlichen Milieus kam und kommt. Einerseits meldete sich ein generell steuerfeindlicher, in der Tradition der „Steuerrebellen" unter **Pierre Poujade** stehender Mittelständlerprotest zu Wort, der in keiner progressiven Tradition steht. Poujades Partei, die UDCA („Union zur Verteidigung der Geschäftsleute/Ladeneigentümer und Handwerker"), war von 1953 bis 1956 erfolgreich. Als damals jüngster Abgeordneter der UDCA zog bei den Parlamentswahlen vom 2. Januar 1956 übrigens ein gewisser **Jean-Marie Le Pen** in die französische Nationalversammlung ein. Auf der anderen Seite wies die im Herbst 2018 gestartete Protestbewegung eine stärker „sozial" geprägte Komponente auf, deren ProtagonistInnen auf mehr „Steuergerechtigkeit" statt auf die generelle Infragestellung von Besteuerung setzten. Zunächst waren es **Marine Le Pen**, die Chefin des *Rassemblement National* (RN), und **Nicolas Dupont-Aignan** von *Debout la France* (DLF), die als erste SpitzenpolitikerInnen ab der vorletzten Oktoberwoche lautstark ihre Unterstützung für die im Internet angekündigten Verkehrsblockaden ab dem 17. November 2018 bekundeten. Erst ab Anfang November verkündeten auch andere Berufspolitiker wie der Konservative **Laurent Wauquiez** (*Les Républicains*, LR) und **Jean-Luc Mélenchon** als Chef der linkspopulistischen Wahlplattform *La France insoumise* (LFI) ihre Absicht, sich dem Protest anzuschließen.

Zwar achteten Parteien wie der RN und DLF darauf, dass sie sich keine plumpe „Vereinnahmung" (récupération) der Protestbewegung vorwerfen lassen mussten, wofür politische Parteien oft kritisiert werden. Deswegen verzichteten ihre AktivistInnen auch darauf, mit Parteiabzeichen oder -fahnen erkennbar aufzutreten. De facto jedoch waren beide vor allem in der Anfangsphase der Bewegung stark vertreten. Als es etwa am ersten landesweiten Protesttag am 17. November in der am Ärmelkanal gelegenen Stadt Étaples-sur-Mer zu einem Auffahrunfall mit einem PKW an einem Verkehrsblockadepunkt kam, bei dem ein örtlicher Kommunalpolitiker verletzt wurde, stellte sich heraus, dass es sich um einen Mandatsträger des RN handelte, **Francis Leroy**. Als Parteifunktionär bei *Debout la France* aktiv ist **Frank Buhler**, der Ende Oktober sowie nach dem 17. November 2018 zwei der mobilisierungsträchtigsten Videos der Bewegung in den sozialen Medien verbreitete. Besonders pikant ist, dass Buhler zuvor die Mitgliedsrechte beim damaligen *Front National* auf Zeit entzogen worden waren, nachdem er rassistische Witze bei *Facebook* veröffentlicht hatte, was die Partei als kontraproduktiv bewertete. Zu einem späteren Zeitpunkt und an anderen Orten waren jedoch eher linke Kräfte vertreten. Die extreme Rechte in Frankreich macht nicht die Substanz der Protestbewegung aus und initiierte sie auch nicht. Doch sie hängt sich an die Proteste an und versucht, darüber Politik zu machen.

Sprecherkollektiv der „Gelben Westen"

Ab dem 26. November 2018 verlieh die „Gelbe Westen"-Bewegung sich ein offizielles Sprecherkollektiv aus acht Personen sowie einen Forderungskatalog aus 42 Punkten, der sozial progressive sowie steuerfeindliche, auch im Sinne von Unternehmen ausfallende, Forderungen miteinander vermischt und vermengt. Von den acht Personen — deren Legitimität, für die Protestbewegung zu sprechen, vor allem in West- und Südfrankreich schnell in Frage gestellt wurde — hat die Mehrheit einen eher rechten als progressiven Vorlauf. Der 35-jährige LKW-Fahrer **Eric Drouet**, mittlerweile einer der bekanntesten Köpfe, verbreitete etwa im Frühsommer 2018 im Internet mehrfach einwanderungsfeindliche Kommentare. Anfang Januar 2019 entspann sich eine breite öffentliche Polemik um seine Positionen: Zunächst hatte der Linksnationalist Jean-Luc Mélenchon sich am 2. Januar positiv auf ihn bezogen und erklärt, von Drouet „fasziniert" zu sein. Daraufhin behauptete der bürgerliche Fernseh-Starjournalist **Jean-Michel Aphatie**, Eric Drouet sei 2017 ein bekennender Wähler von Marine Le Pen „in beiden Durchgängen der Präsidentschaftswahl" gewesen. Dies habe er mehrfach in den sozialen Medien gelesen, fügte er auf Nachfrage später hinzu. Allerdings dementierte Drouet alsbald, und zwei Tage später behauptete der Sender BFM TV, er habe vielmehr Mélenchon gewählt — was zutreffen mag oder auch nachträglich konstruiert sein kann, um nicht in eine „rechte Ecke" gedrängt zu werden oder um sich für das öffentliche Lob Mélenchons zu revanchieren. Unterdessen gehen Medienkommentare etwa beim liberalen Wochenmagazin *L'Express* davon aus, Aphathie habe Drouet und einen anderen Sprecher der Bewegung, den 31-jährigen Leiharbeiter **Maxime Nicolle** alias „Fly Rider", miteinander verwechselt. Was Nicolle betrifft, so ist auch dessen persönliches Wahlverhalten nicht bekannt, doch ist gesichert, dass er bei *Facebook* wiederholt Pressemitteilungen von Marine Le Pen mit einem „Like" versah. Er trat auch wiederholt als Liebhaber von Verschwörungstheorien hervor.

Neben Drouet und Nicolle zählt auch die schwarze Karibikfranzösin **Priscillia Ludosky**, eine 39-jährige Therapeutin, zu den bekannteren Gallionsfiguren der Protestbewegung. Sie war politisch zuvor ein unbeschriebenes Blatt, hat allerdings ein eher progressives und jedenfalls nicht rassistisches Profil.

Polarisierungsstrategie stärkt die Rechten

Die nicht zutreffende Darstellung der Proteste als insgesamt extrem rechts entwickelte sich unterdessen, vor allem seit dem Jahreswechsel 2018/19, zum Argument für einen Teil der gesellschaftlichen Eliten (etwa in bürgerlichen Medien) und das Regierungslager, um die „Gelbe Westen"-Bewegung insgesamt zu diskreditieren. Ein weiterer, mit Bestimmtheit negativer Nebenaspekt dieser Polarisierungsstrategie besteht darin, dass die extreme Rechte in vieler Menschen Augen zur „wichtigen und für die Regierung gefährlichen Oppositionskraft" aufgewertet wird. Für den 18. Januar 2019 rufen nun prominente Vertreter der außerparlamentarischen extremen Rechten — wie der Berufs-Antisemit **Alain Soral** (Gründer der 2007 entstandenen Gruppierung *Egalité & réconciliation*, „Gleichheit und Aussöhnung"), der bekannte Holocaustleugner **Hervé Ryssen** sowie **Jérôme Borbon** von der 1951 gegründeten alt- und neofaschistischen Wochenzeitung *Rivarol* zu einer Großveranstaltung in Paris unter dem Titel „Gelbe Westen: die kommende Revolution" auf. Dabei handelt es sich um einen offenen Versuch des Andockens an die Protestbewegung und deren Vereinnahmung.

Foto: Kallerna (CC BY-SA 4.0)

Von Franziska Bruder

Das KZ Stutthof

Ein Ort der Ausbeutung, Quälerei und Vernichtung

Als Johann R. am 7. Juni 1942 seinen Dienst als Mitglied der 3. Kompanie des SS-Totenkopfsturmbannes im Konzentrationslager Stutthof antrat, existierte das Lager bereits seit mehr als zweieinhalb Jahren. Die Geschichte des Lagers, bei dem Dorf Sztutowo nahe Danzig gelegen, war eng mit der für die Nazis als Symbol wichtigen Hafenstadt verbunden. Im Laufe seines Bestehens wurden 110.000 Gefangene in Stutthof registriert.

Danzig und dessen Umgebung in das Deutsche Reich einzugliedern und zu „germanisieren", war eines der ideologisch-strategischen Ziele der Nationalsozialisten. Nicht umsonst markierte am 1. September 1939 der Angriff der Kriegsmarine auf die Westerplatte vor Danzig den Beginn des Zweiten Weltkrieges in Europa. Bereits einen Tag danach wurde das Lager Stutthof eröffnet. Das KZ Stutthof lag in dem neu geschaffenen Gau Danzig-Westpreußen, der am 26. Oktober 1939 Teil des Deutschen Reiches wurde. Gauleiter **Albert Forster** kündigte an, sein Herrschaftsgebiet innerhalb von zehn Jahren vollständig „einzudeutschen". Christliche Pol_innen galten den Nazis als „slawische Untermenschen". Von Kriegsbeginn an wurde die polnische Intelligenz — Geistliche, Lehrer_innen, Vertreter_innen politischer Parteien und Gewerkschaften u.a. — systematisch inhaftiert oder ermordet. Eine weitere Maßnahme zur „Germanisierung" war die zwangsweise „Umsiedlung" der „unerwünschten" Bevölkerungsteile in den Osten des besetzten Polens.

Vom Gefangenen- zum Konzentrationslager

Ende 1939 wurden die ersten Häftlingsunterkünfte bezogen. Das Lager diente Firmen und Fabriken in den nahegelegenen Städten Danzig und Elbling als Arbeitskräftereservoir. Bis zum 7. Januar 1942 unterstand Stutthof der Kommandantur der Gefangenenlager Danzig, ab da der „Inspektion der Konzentrationslager" (IKL) in Oranienburg und war fortan offiziell ein Konzentrationslager und vollständig der SS untergeordnet. Fast alle höheren SS-Offiziere wurden ausgetauscht: **Max Pauly**, bis zum 31. August 1942 Kommandant in Stutthof, nahm dieselbe Position danach im KZ Neuengamme wahr. Sein Nachfolger wurde SS-Hauptsturmführer **Paul Werner Hoppe**. Zum 1. Januar 1942 übernahm die *Deutsche Ausrüstungswerke GmbH* (DAW) die Lagerwerkstätten. Am 3. März 1942 genehmigte **Heinrich Himmler**, das Stammlager auszubauen.

Ausbau des Lagers

Bereits zuvor war das Lager kontinuier-

lich erweitert worden. Umfasste das Lagergelände Mitte September 1939 etwa 0,8 Hektar, so waren es im Februar 1942 zwölf. Mit einem weiteren Ausbau Mitte 1943 wuchs das Lager in der Fläche auf 36 und Ende 1944 auf 120 Hektar. Der erste Abschnitt des „Neuen Lagers" für 10.000 Häftlinge entstand 1942: 30 Baracken in drei Reihen, darunter Kürschner-, Schuster-, Schneider-, Weber-, Sattler- und Fahrradreparaturwerkstätten der DAW. Diese wurden mit einem elektrisch geladenen Zaun vom Rest des Lagers abgetrennt. Lagerkrankenhaus, Magazine, Waschraum, Effektenkammer und die Tischlerwerkstätten der DAW befanden sich ebenso im „Alten Lager", dem 1939 bis 1941 entstandenen Teil. Seit 1940 gehörte zum Lager ein Gartenbetrieb, der 1943 erweitert wurde. Im Oktober 1943 wurden südöstlich des „Neuen Lagers" fünf Fabrikhallen gebaut, in denen ab 1944 Zweigstellen der Bremer Flugzeugwerke *Focke-Wulf* Teile für Jagdflugzeuge produzierten. 1943 bildeten vier weitere Baracken ein Straflager. Im Juli 1944 wurde zudem ein „Sonderlager" hinter einer vier Meter hohen Ziegelsteinmauer und einem Hochspannungszaun errichtet, in dem unter anderen 22 Familienmitglieder von **Claus von Stauffenberg** und 150 Deutsche inhaftiert wurden, die nach ihrer Gefangennahme durch die *Rote Armee* angeblich als sowjetische Spione hinter den deutschen Linien tätig gewesen waren. Im Frühjahr 1944 begannen Bauarbeiten im Nordteil des Lagers für einen weiteren Komplex von 30 Baracken. Ende Juni 1944 traf hier der erste Transport mit 2.500 Jüdinnen und Juden aus Auschwitz ein. Dieses „Judenlager" war eine eigene Verwaltungseinheit. In sechs der zehn Baracken waren Jüdinnen, in zweien polnisch-christliche Frauen, Mitglieder der *Armia Krajowa* (AK, *Polnische Heimatarmee*) untergebracht, die im Zuge des Warschauer Aufstands im Sommer 1944 inhaftiert worden waren. Das „Alte Lager" war durch einen hohen Stacheldrahtzaun, vier Wachtürme und starke Scheinwerfer, die das Lagergelände beleuchteten, gesichert, das „Neue Lager" durch einen doppelten Stacheldrahtzaun und einen Außenzaun, der unter elektrischer Spannung stand. Das „Judenlager" umgrenzte ein weiterer Hochspannungszaun.

Die Täter und Täterinnen

Der SS-Totenkopfsturmbann des KZ Stutthof umfasste drei Kompanien, die 1942–1943 aus jeweils etwa 150 Mann bestanden. Etwa 140 SS-Männer befanden sich jeweils zur selben Zeit auf dem Gelände. Die Zusammensetzung der Wachmannschaft fluktuierte stark: Hatte sie bis Ende 1942 fast ausschließlich aus „Volksdeutschen" und Deutschen aus Danzig bestanden, waren es ab 1943 „Volksdeutsche" aus Rumänien, Kroatien, Ungarn, Litauen und aus der Slowakei sowie „Reichsdeutsche" aus Deutschland und Österreich. Zu den Wachmannschaften gehörten auch Trawniki-Männer, bei denen es sich um Soldaten der *Roten Armee* handelte, die in Kriegsgefangenschaft von der SS rekrutiert wurden und die zuvor unter anderem in den NS-Vernichtungslagern Treblinka und Sobibór eingesetzt worden waren. Aber auch lettische Polizisten, die Häftlingstransporte nach Stutthof eskortiert hatten, wurden Teil der Wachmannschaft. Ab Juni 1944 wurden 500 Wehrmachtssoldaten vom Heeresabschnitt Stettin für die verschärfte Bewachung der Transporte von Jüdinnen und Juden aus dem Baltikum und dem KZ Auschwitz eingesetzt. Im Juli 1944 wurde das Kommando umbenannt in „II. SS-Wachbataillon KL Stutthof". Der maximale Personalstand umfasste 1.100 SS-Männer, von denen etwa 600 bis 900 den Wachmannschaften angehörten. Im November 1942 kamen die ersten Aufseherinnen aus dem KZ Ravensbrück. Wegen der Transporte jüdischer Frauen 1944 wurde das weibliche Wachpersonal erheblich aufgestockt.

Gestapo-Gefängnis

Stutthof diente auch als Untersuchungsgefängnis der Gestapo Danzig. Ab Mitte 1940 wurden verstärkt Angehörige der polnischen Widerstandsbewegung eingeliefert und getötet. Seit Dezember 1942 trafen Angehörige der AK unter anderem aus Chełm, Bromberg und Gdyngen sowie Mitglieder rechter wie auch linker polnischer Organisationen wie der *Polnischen Arbeiterpartei* ein. Gefangene, die mit der Untergrundbewegung in Verbindung standen, und auch deren Familienangehörige galten als Geiseln. Ab 1942 wurden auch Polen in das Lager verschleppt, die sich weigerten, sich in die „Deutsche Volksliste" einzuschreiben, wonach beispielsweise junge Männer zur Wehrmacht eingezogen werden konnten. In Westpommern wurde die Unterschrift erzwungen, woraufhin viele Polen desertierten. Als Vergeltungsmaßnahme und zur Abschreckung wurden Familienangehörige verhaftet und in das KZ eingeliefert. In Westpreußen war es zudem verboten, Polnisch zu sprechen, Zuwiderhandlungen wurden mit KZ-Haft bestraft.

Veränderte Gefangenenzusammensetzung

Obwohl das Lager bis 1942 vor allem für (christliche) Polen vorgesehen war, befanden sich hier auch Ukrainer, Jüdinnen und Juden aus dem Ghetto Litzmannstadt (Łódź), Deutsche und Belarussen. Nach dem Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 wurden auch sowjetische Kriegsgefangene eingeliefert. Die Integration des Lagers in das System der KZ und die Vernichtungspolitik der Nazis veränderte die Zusammensetzung

der Gefangenen. 1942 bis Mitte 1944 wurden Gefangene aus den KZ Buchenwald, Dachau, Neuengamme, Mauthausen, Flossenbürg und Sachsenhausen überstellt. Es trafen Transporte aus Dänemark, Norwegen, Finnland, Lettland und Litauen ein, die insbesondere im Kontext der Bekämpfung der dortigen Widerstandsbewegungen standen. Nach dem Warschauer Aufstand wurden Ende August und September 1944 fast 4.500 Zivilisten und eine Gruppe Kurierinnen der AK in das Lager deportiert. 1943 bis 1944 trafen etwa 2.500 Menschen aus dem ostpolnischen Białystok, die vor allem wegen der Unterstützung von Partisanen festgenommen worden waren, und 300 Jüdinnen und Juden aus dem im August 1943 vernichteten Ghetto Białystok im Lager ein. Aus deutschen Kriegsgefangenenlagern wurden zwischen 1942 und Januar 1945 insbesondere sowjetische Politkommissare, Parteifunktionär_innen, Jüdinnen und Juden und Kommunist_innen überstellt, die vielfach ermordet wurden. Die Exekutionen, die zunächst vor allem im nahe gelegenen Wald stattfanden, nahmen 1942 mit der steigenden Zahl politischer Gefangener zu. Bei „Vergehen" innerhalb des Lagers war Erhängen die gängige Strafe. Dafür wurden Galgen auf dem Appellplatz des „Neuen Lagers" und neben dem Krematorium errichtet.

Die Einrichtung der Gaskammern

Die fehlende infrastrukturelle Anbindung des Lagers war vermutlich der Grund, dass Stutthof erst ab Mitte 1944 in den Massenmord an Jüdinnen und Juden einbezogen wurde. Zwischen Ende Juni bis Ende Oktober 1944 kamen in elf Transporten 23.566 Jüdinnen und Juden aus Auschwitz, davon 21.817 Frauen. Die größte Gruppe unter ihnen bildeten Jüdinnen und Juden aus den Ghettos des

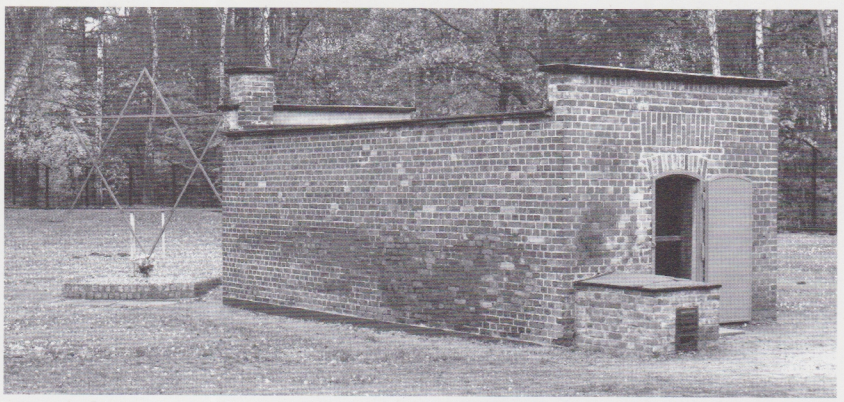


Foto: Andrzej Otręski (CC BY-SA 4.0)

Die 1943 im KZ Stutthoff errichtete Gaskammer.

Generalgouvernements und aus dem im August 1943 liquidierten Ghetto Litzmannstadt. Es waren aber auch Juden aus Ungarn sowie aus Tschechien, der Slowakei, Deutschland, den Niederlanden, Lettland, Luxemburg, Italien und Rumänien. Mit dem Vorrücken der Front im Osten wurden Ghettos und Lager in Estland, Litauen und Lettland aufgelöst. Im Juli 1944 trafen in mehreren Transporten litauische Jüdinnen und Juden, vor allem Frauen und Kinder, ein, aus Riga und Kaunas kamen mit insgesamt 16 Transporten etwa 25.000 Menschen. Ende 1944 müssen sich etwa 49.000 Jüdinnen und Juden in Stutthof befunden haben.

Beginn der Vergasung

Auf dem Höhepunkt einer Typhusepidemie war im Juni 1943 entschieden worden, eine Entwesungskammer für die Kleidung der Gefangenen zu errichten. Diese Gaskammer, zehn Meter vom Krematorium entfernt, hatte die Maße 8,5 m x 3,5 m x 2,5 m. Für den Umgang mit Zyklon B wurden die zuständigen SS-Männer in Oranienburg geschult. Lehrinhalte waren sowohl die Desinfektion von Kleidung als auch die Ermordung von Menschen. SS-Unterscharführer **Karl Otto Knott**, als Sanitäter im Krankenrevier eingesetzt, arbeitete nach dem Lehrgang für eine Weile in Majdanek, wo er den Tötungen in den Gaskammern beiwohnte. Die Gaskammer in Stutthof war dem Lagerarzt unterstellt. Über die Todeskandidat_innen entschied die Gestapo. Die Ermordung mit Gas begann im Juni 1944. Die erste Opfergruppe waren 100 polnisch-christliche Partisanen aus der Gegend von Białystok. Den Befehl zur Vergasung erteilte Lagerarzt **Otto Heidl**. Knott setzte ihn um. Im Juli 1944 erfolgte die Vergasung von Polen aus dem Widerstand, vor allem Mitglieder der AK, die aus dem berüchtigten Warschauer Untersuchungsgefängnis Pawiak überstellt worden waren. Im August 1944 wurden 77 sowjetische Kriegsgefangene ermordet.

Ermordung und Vergasung

Etwa 1.300 Menschen, darunter vermutlich 1.150 Jüdinnen und Juden, wurden in Stutthof durch Gas ermordet. Die Morde fanden zwischen August und Oktober 1944 statt. Diese Vergasungen wurden vermutlich aus verschiedenen Gründen eingestellt: Im Herbst 1944 hatte eine weitere Typhusepidemie viele Menschen dahingerafft, die Opfer begannen, Widerstand zu leisten, weil die Funktion der Gaskammer bekannt wurde. Schließlich mussten wegen der Entwicklung an der Ostfront erste Evakuierungsmaßnahmen eingeleitet werden. Vergasungen von jüdischen Frauen wur-

den jedoch noch in zwei Eisenbahnwaggons durchgeführt. In einem Nebenraum des Krematoriums wurden Jüdinnen und Juden durch Genickschüsse ermordet. Insbesondere bei Menschen mit psychischen Erkrankungen wurden Phenolspritzen und das Ertränken im Bad als Mordmethode eingesetzt.

Todeszahlen im KZ Stutthof

Im Fall des KZ Stutthof kann kaum zwischen „natürlichem" und „gewaltsamen" Tod unterschieden werden. Generell herrschten in Stutthof extrem schlechte Existenzbedingungen: Das Lager lag inmitten von dichtem Wald und Sümpfen. Das feuchte Klima war Ursache dafür, dass viele Gefangene erkrankten. Zu Beginn des Lagers gab es nur eine primitive Unterbringung, mangelhafte Verpflegung, eine fast oder gänzlich fehlende medizinische Versorgung. Durch körperlich extrem anstrengende und gefährliche Zwangsarbeit und ein ausgetüfteltes Strafsystem wurden die Menschen gequält. All dies führte binnen kurzer Zeit zur vollständigen Erschöpfung der Gefangenen und zu einem Tod auf Raten. Mit Fertigstellung des „Neuen Lagers" verbesserten sich zwar manche Bedingungen, es gab größere und besser isolierte Baracken, seit 1940 auch Waschbaracken, und im „Neuen Lager" einen tieferen Brunnen mit besserer Wasserqualität. Die Lage verschlechterte sich jedoch mit den Mitte 1944 eintreffenden Transporten, die eine massive Überbelegung zur Folge hatten. Jüdinnen und Juden hatten unter den schlimmsten Verhältnissen zu leiden, ihre Verpflegungssätze waren wesentlich geringer als die der anderen Gefangenen, und sie wurden im Lagerlazarett überhaupt nicht behandelt.
Im Januar 1945 fiel mit dem Beginn der Winteroffensive der *Roten Armee* die Entscheidung, die KZ Stutthof, Auschwitz und Groß-Rosen zu räumen. Am 25. Januar 1945 begann im heftigen Schneetreiben die Evakuierung. Bei den Todesmärschen und der teilweise per Schiff erfolgten Evakuierung starben etwa 21.500 Gefangene. In der gesamten Zeit des Bestehens des Lagers wurden dort, nach Einschätzung von Historiker_innen, etwa 41.500 Menschen ermordet. 43 Prozent der Opfer waren Jüdinnen und Juden. Erst am 9. Mai 1945 befreite die *Rote Armee* das KZ Stutthof.

Täter vor Gericht

In mehreren Nachkriegsprozessen in der Volksrepublik Polen wurden sowohl SS-Lagerpersonal als auch Funktionshäftlinge angeklagt und verurteilt, darunter viele Todesurteile, die auch öffentlich vollstreckt wurden. Gauleiter Albert Forster wurde 1946 in Hamburg verhaftet und von den Briten nach Polen überstellt. 1948 wurde er in Danzig zum Tode verurteilt und 1952 hingerichtet.
Der erste Kommandant, Max Pauly, wurde im Oktober 1946 gehenkt, nachdem er in Hamburg von einem britischen Militärgericht im Neuengamme-Prozess zum Tode verurteilt worden war. Seinem Nachfolger Paul Werner Hoppe sowie dem Lagerarzt Otto Heidl und dem SS-Sanitäter Karl Otto Knott wurde 1955 vom Landgericht Bochum der Prozess gemacht. Hoppe wurde zunächst zu fünf Jahren und drei Monaten und zwei Jahre später, im Revisionsverfahren, zu neun Jahren Haft verurteilt. Karl Otto Knott wurde zu drei Jahren und drei Monaten verurteilt. 1964 wurde er in einem weiteren Verfahren wegen anderer Vorwürfe vom Landgericht Tübingen freigesprochen. Der Lagerarzt Otto Heidl beging in Untersuchungshaft Selbstmord.
Vor dem Münsteraner Landgericht begann am 6. November 2018 der Prozess gegen den ehemaligen SS-Wachmann **Johann R.** aus dem Kreis Borken (NRW). Der Prozess wurde jedoch schon nach wenigen Verhandlungstagen am 13. Dezember 2018 unterbrochen, da Johann R. auf Grund seines gesundheitlichen Zustands nicht mehr verhandlungsfähig sei.

Zur Autorin:

Die Berliner Historikerin Franziska Bruder arbeitet schwerpunktmäßig zu jüdischem Widerstand im besetzten Polen während des 2. Weltkriegs. Beim *Unrast Verlag* („reihe antifaschistischer texte"/rat) erschien von ihr unter anderem „Hunderter solcher Helden" zum Aufstand jüdischer Gefangener im NS-Vernichtungslager Sobibor. Für Mai 2019 kündigt der *Unrast Verlag* das Erscheinen ihres Buchs „Das eigene Schicksal selbst bestimmen. Fluchten von Juden aus den Deportationszügen in die Vernichtungslager der »Aktion Reinhardt« in Polen" an.
Am 26. Juni 2019 stellt Franziska Bruder ihr neues Buch in der Veranstaltungsreihe „INPUT — antifaschistischer Themenabend in Düsseldorf" vor (siehe Rückseite dieser Ausgabe).

Info:

Einen Bericht zum Stutthof-Prozess vor dem Landgericht Münster haben wir unter www.lotta-magazin.de veröffentlicht.

Von Marcus Coesfeld

„Schläge ertragen lernen“

Kampfsport im Nationalsozialismus

Der NS ist eine Kampfideologie, die das gesamte Leben als einen einzigen Kampf sieht, der Auslese und Selektion einzelner Individuen und ganzer „Rassen“ zur Folge hat. Schon die Altnazis im „Dritten Reich“ haben Kampfsportarten zur Schaffung „politischer Soldaten“ instrumentalisiert. Diese nahmen daher eine besondere Rolle im Kanon der Sportarten ein, die im Reich allesamt dem Zweck eines gesunden und kriegsbereiten „Volkskörpers“ dienen sollten.

„Boxen und Jiu-Jitsu sind mir immer wichtiger erschienen als irgendeine schlechte, weil doch nur halbe Schießausbildung“. Mit diesen Worten äußerte sich **Adolf Hitler** in „Mein Kampf“ zu zwei damals in Deutschland noch relativ jungen Kampfsportarten. Gegenüber dem Vorwurf der Rohheit verteidigte er das Boxen, das wie keine andere Sportart „den Angriffsgeist [...] fördert, blitzschnelle Entschlußkraft verlangt, den Körper zu stählerner Geschmeidigkeit erzieht“. Im Vergleich mit dem Fechten sei es „nicht roher, [...] Meinungsverschiedenheit mit den Fäusten aus[zu]fechten als mit einem geschliffenen Stück Eisen“. Durch das Boxen würden junge Menschen lernen, sich eines „Angreifers mit der Faust [zu] erwehr[en], statt davonzulaufen und nach einem Schutzmann zu schreien“. Außerdem solle „der junge, gesunde Knabe [...] auch Schläge ertragen lernen“.

Ideologische Konflikte

Dass Hitler ausgerechnet das Fechten in Kontrast zum Boxen stellte, verwundert nicht, verband man diese Sportart schließlich mit den studentischen Burschenschaften, die sie häufig ausübten — und damit mit dem verhassten Intellektualismus. Bekannt waren im Deutschen Reich vier Kampfsportarten: Ringen, Boxen, Fechten und Jiu-Jitsu beziehungsweise das aus ihm entwickelte Judo. Im Verlauf des Dritten Reichs beleuchteten verschiedene NS-Funktionä-

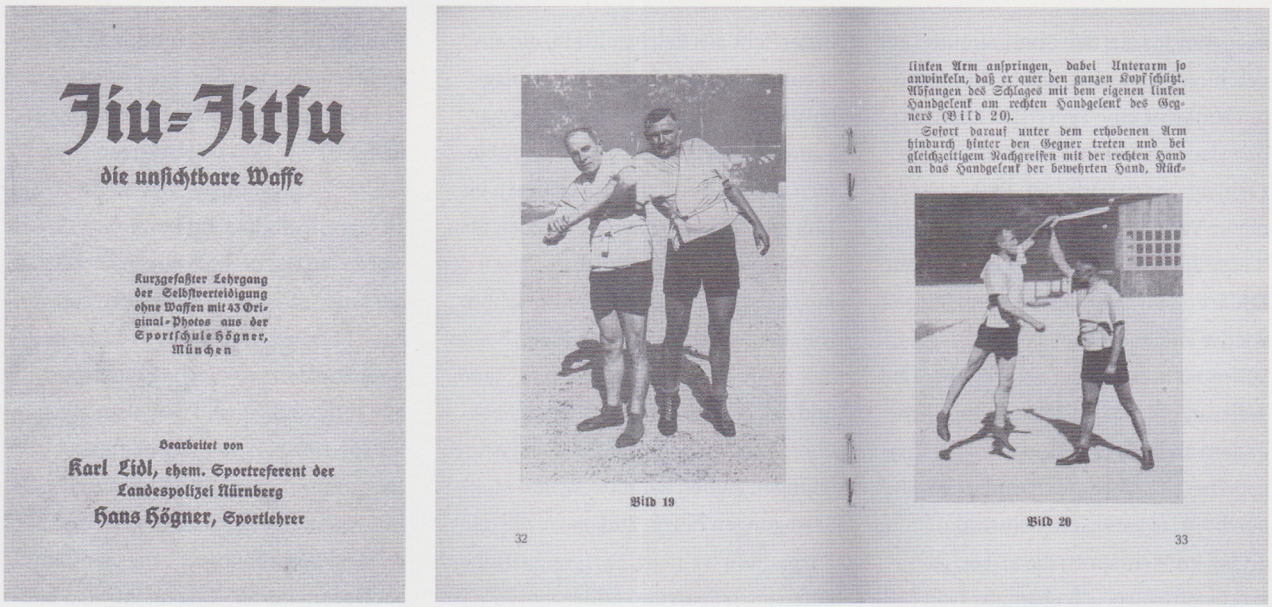
re und Sportler diese in eigenen Publikationen aus ideologischer Sicht. Einer unter ihnen war der Rassenhygieniker **Lothar Gottlieb Tirala** mit seinem 1936 erschienenen Buch „Sport und Rasse". Darin beschrieb er Entstehung und Geschichte sämtlicher ihm bekannter Sportarten in ihren Abhängigkeiten zu vermeintlich „rasse"gebundenen Eigenschaften. Das moderne Fechten erklärte Tirala zu einem artfremden Stil: „Die moderne Fechtkunst ist eine Schöpfung der westischen Rasse." Unter Berufung auf alte deutsche Fechtbücher argumentierte er, die kräftige „teutonische Rasse" hätte schwere Schwerter als Hiebwaffen eingesetzt, während die „westische Rasse" die leichten Stichwaffen Rapier, Florett und Degen verwendet habe. Über das Ringen hingegen, das er in verschiedenen Formen in allen Völkern beobachtete, schrieb er, dass es unter den „arischen Völkern" keine großen Unterschiede in der Ausübung gäbe, wobei er das „Glima" (isländische Ringkampfkunst) als Musterbeispiel benannte und der „teutonischen Rasse" auch im griechisch-römischen Stil absolute Überlegenheit zusprach. Dem Jiu-Jitsu sprach er seine japanische Herkunft ab, weil alle Jiu-Jitsu-Griffe bereits in Ringkampfbüchern des deutschen Spätmittelalters erwähnt worden seien. Damit spielte er auf die *Deutsche Fechtschule* an, die durch Autoren wie **Johannes Liechtenauer** und **Hans Talhoffer** vertreten wurde. Dass die Kampftechniken sich tatsächlich augenscheinlich sehr ähneln, nahm er als Beleg für die schon zu Weimarer Zeiten entstandene These, die Kampfkunst müsse, wie andere Kulturgüter, irgendwann von „Ariern" aus Europa nach Asien importiert worden sein.

Jiu-Jitsu und Judo

Dass diese Kampfkunst aus Japan und damit von einer anderen „Rasse" stammt, war ungeachtet Hitlers positiver Äußerung ein großer Kritikpunkt im Dritten Reich. In seinem Buch „Die Waffe Jiu-Jitsu und Judo-Kampf-Sport" argumentierte **Wolfram Werner** damit, dass Jiu-Jitsu und Judo zu „Wehrhaftigkeit, Kameradschaft und zielsicherer Entschlossenheit" erziehen würden. Jiu-Jitsu als „ausländisches Erziehungsmittel [...], das eine wesensfremde Rasse zu großer Vollkommenheit durchgebildet hat", sei gar nicht so fremd, schrieb **Martin Pampel** 1935 in „Deutscher Kampfsport ohne Waffe (Judo)", weil viele „technische Einzelheiten [...] in der deutschen Vergangenheit durchaus bekannt" gewesen seien. Selbst **Erich Rahn**, der Begründer des Jiu-Jitsu in Deutschland, sprach davon, ein System geschaffen zu haben, „das unseren deutschen Anschauungen naturgemäß bedeutend näher lag als die Art der asiatischen". Er berief sich ebenfalls auf die deutschen Systeme des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit, die dem Jiu-Jitsu augenscheinlich ähneln würden, und betont, dass Japan zu dieser Zeit völlig abgeschottet gewesen sei. Vermutlich wollte er damit das verbreitete Vorurteil widerlegen, Jiu-Jitsu sei „artfremd" für Deutsche und damit gefährlich. Diese Rechtfertigung scheint nötig gewesen zu sein, da es in weiten Teilen der Bevölkerung verschiedene rassistische Vorurteile gegen Jiu-Jitsu gab. „Diese Kampfsportart [liege] unserer germanischen Rasse wenig", schrieb **Friedrich Niemann** 1936 in seinem „Leitfaden der Wehrsport-Leibesübungen". „Im Ernstfall vergessen neun von zehn Jiukämpfer ihre Griffe und brechen mit altgermanischer Unbekümmertheit darauf los." Dieses „Dreschen" sollte daher in geregelte Bahnen gelenkt werden. Daher sollte „mehr Gewicht [...] auf das Boxen" gelegt werden, so Niemann.

Besondere Rolle des Boxsports

Dem Boxsport galt im NS tatsächlich die größte Aufmerksamkeit. Man denke an die propagandistische Ausschlachtung der Kämpfe von **Max Schmeling**, der zum Ideal des Sportlers schlechthin stilisiert worden ist. Der Erfolg ausländischer Sportler im Profiboxen drängte NS-Fanatiker wie Tirala jedoch in Erklärungsnot. „Die schwarze Art ist weniger schmerzempfindlich als die weiße. [...]. Deshalb müssen die Schwarzen bei gleicher Kraft und Uebung (Training) besser abschneiden als die Weißen", argumentierte Tirala. „Der „weiße Kämpfer [müsse] diesen natürlichen Mangel an ‚Härte' durch überlegene Intelligenz ausgleichen [...], doch über alle Technik siegt häufig die Härte des Schlagens". Der SA-Mann und ehemalige Schwergewichtsweltmeister sowie Sportchef des *Völkischen Beobachters*, **Ludwig Haymann**, veröffentlichte 1936 ein Buch mit dem Titel „Deutscher Faustkampf nicht pricefight". In diesem gibt er „den Juden" die Schuld an der Kommerzialisierung des Boxsports, die durch Hitler in Deutschland beendet worden sei. Man könne nun beginnen, „unter Außerachtlassung aller Sensationen, nationale Kraft und Stärke aus einer naturgegebenen Kampfart zu schöpfen". Da Boxen jedoch eine neue Sportart sei, hätten die Deutschen zunächst die rassisch bedingten Kampfstile anderer Völker übernommen, sei es die „noble art of defense" der Briten oder den „wirbelwindartigen, tempogeladenen Nahkampf aus Amerika", argumentierte Haymann. Während Tirala also die rassisch-körperliche Veranlagung anführte, zog Haymann eine rassisch-stilistische Erklärung heran. Für ihn sei daher die „Schaffung des deutschen Faustkampfes" erstrebenswert, die dem von Max Schmeling entspräche. Eine in „Temperament und Volkstum wurzelnde Kampfform", sei „mithin der erste gelungene Schritt zum deutschen Boxen".



NS-Broschüre über die japanische Kampfsportkunst Jiu-Jitsu.

Verfolgung „undeutscher" Wettkampfsieger

Die symbolische Aufladung des Boxkampfes 1933 zwischen Max Schmeling und **Max Baer**, der sich ein jüdisches Image zugelegt und einen Davidstern auf die Shorts gestickt hatte, wurde von der Nazipresse nach Schmelings KO in der zehnten Runde totgeschwiegen. Hingegen nutzte die NS-Propaganda den überraschenden Sieg Schmelings im Ausscheidungskampf gegen den afroamerikanischen **Joe Louis** drei Jahre später als Beleg der „arischen" Überlegenheit gegenüber anderen Völkern. Während Schmeling den Nazis als Vorzeige-„Arier" diente, wurden viele nicht-„arische" Sportler aus Vereinen und Verbänden ausgeschlossen, verfolgt, und zum Teil in Konzentrationslager deportiert und ermordet. Einer von ihnen war der Sinto-Boxer **Wilhelm Trollmann**. Vier Tage nach seinem Sieg über **Adolf Witt** im Kampf um die Deutsche Meisterschaft im Mittelgewicht 1933 wurde Trollmann der Titel wieder aberkannt. Sein Boxstil wurde als „undeutsches Instinktboxen" bezeichnet. 1938 wurde Trollmann schließlich verhaftet, in ein Arbeitslager inhaftiert, dann zur Wehrmacht eingezogen, nach einer Verwundung an der Ostfront 1941 in das KZ Neuengamme gebracht und 1943 erschossen. Angeblich musste er sich dort vorher zum Vergnügen der SS-Wärter verprügeln lassen. Ein ähnliches Schicksal ereilte den Ringer **Werner Seelenbinder**. Der bekennende Kommunist durfte zunächst die Ausübung seines Sports fortführen und belegte bei den Olympischen Spielen 1936 den vierten Platz. 1942 wurde er jedoch wegen des Verdachts auf angebliche Herstellung illegaler Verbindungen und Erstellung unerlaubter Flugblätter verhaftet und 1944 hingerichtet.

Institutionelle Neuordnungen

Boxen und Ringen galten im Dritten Reich (zumindest im Amateurbereich) als reine Männer-Sportarten. Nur im Fechtsport gab es einen hohen Frauenanteil. In dem sich langsam ausbreitenden Judosport, in seiner damals vorherrschenden Form des Jiu-Jitsu, übten sich zudem einige wenige Frauen. Im Bereich des Wettkampfsports waren diese Frauen im *Deutschen Reichsbund für Leibesübungen* (DRL), der ab 1938 *Nationalsozialistischer Reichsbund für Leibesübungen* (NSRL) hieß, organisiert. Um diesen unter Parteikontrolle zu bringen, setzte Hitler den SA-Obergruppenführer **Hans von Tschammer und Osten** als Reichssportführer ein. Die Methode lautete: Auflösung der marxistischen, Verdrängung der konfessionellen und Gleichschaltung der bürgerlichen Verbände sowie Einführung des Führerprinzips für sämtliche Sportarten. Dazu wurden diese in 15 Sport-Fachämter eingegliedert, über die sie verwaltet wurden. Jiu-Jitsu und Ringen gehörten zum Fachamt für Schwerathletik, Boxen und Fechten bildeten eigene Fachämter.

Ausschluss aus den Vereinen

Seit 1933 wurden auch Maßnahmen in die Wege geleitet, ideologische und politische Feinde der Nationalsozialisten aus dem deutschen Sportbetrieb zu entfernen. Es fand eine Art Wettlauf der meisten Verbände darum statt, möglichst schnell „judenfrei" zu werden. Vor allem die *Deutsche Turnerschaft* und der *Verband Deutscher Faustkämpfer* (für Berufsboxer) waren hier engagiert. Zu diesem Zwecke wurden Erhebungskarten zur Ortung von Juden und Marxisten/Kommunisten eingeführt. Während Juden

ausnahmslos aus den Sportvereinen ausgeschlossen wurden, gab es für Marxisten zunächst eine Sperrfrist. Ehemals marxistische Vereine wurden aus den Fachverbänden verbannt. Ex-Mitglieder dieser Vereine konnten erst nach Ablauf dieser Sperrfrist, mit einer besonderen Erklärung und mindestens zwei Bürgen wieder aufgenommen werden.
Während im NSRL der Schwerpunkt auf Wettkampfsport lag, wurden sämtliche andere zivile Sportgruppen im Breitensportbereich über die Organisation *Kraft durch Freude* verwaltet. Schwerpunkt der SA lag im Wehrsport; die SS betrieb in ihrem Eliteanspruch ebenfalls Wettkampfsport. Für den Jugendsport sollten der Schulsport und die *Hitler-Jugend* Verantwortung übernehmen.

Kampfsport zur Erziehung

Hitlers Erziehungsvorstellungen wurden zum Vorbild der reichsdeutschen Schulpädagogik. Bereits zu Republikzeiten war die Vorstellung verbreitet, der Sport müsse als Ersatz für die seit dem Ersten Weltkrieg verbotene Wehrpflicht dienen. 1933 nahm das preußische Kulturministerium Boxen in den Kanon der Schulsportarten auf, was vorher ausdrücklich verboten gewesen war. Zunächst wurde es aufgrund von Lehrermangel noch freiwillig angeboten, doch mit Einführung der dritten Turnstunde 1935 wurde Boxen für die schnelle Steigerung der Wehrtauglichkeit zum Pflichtprogramm der höheren Jungenschulen. Boxen wurde selbst an Schulen ohne eigene Oberstufe unterrichtet, an denen dies nicht den gesetzlichen Vorgaben entsprach. Seit 1937/38 war Boxen Bestandteil der Turnreifeprüfung, in der die Abiturienten eine Runde von drei Minuten durchstehen mussten. Außerdem wurde Boxen in das Wettkampfprogramm von Schulmannschaften aufgenommen. Schulen erhielten zum Teil komplette Box-Ausrüstungen für den Unterricht aus Reichsmitteln, die aus Sprungseilen, Medizinbällen, Schlagpolstern, Boxhandschuhen und sogar Kampfringen bestanden. Trotz Problemen bei der Beschaffung verfügten bis zum Jahr 1936 die meisten Schulen über eine ausreichende Ausrüstung. Nach den Aussagen ehemaliger Schul-Boxlehrer wurden zunächst Grundstellung, Beinarbeit sowie gerader Stoß aus dem Stand und der Bewegung heraus geübt, erst ohne, dann mit Partner. Bei den Partnerübungen kamen dann Deck- und Meid-Bewegungen hinzu. Zudem wurde mit Boxgeräten trainiert. Fortgeschrittene übten auch Sparring. Außerdem kam es zu Übungskämpfen zwischen Schülern und Lehrern, die verboten werden mussten, weil sie teils sogar bis zum KO führten.

Erziehung zu Härte

Die charakterliche Erziehung zu Aggressivität und Mut wurden über die technische Schulung gestellt. In dem Buch „Boxen der Jugend" schrieb der Autor **Konrad Stein** 1938: „Je vielseitiger die technischen Mittel [...], um so größer sind die Möglichkeiten für den weniger Mutigen, seine Hemmungen zu verbergen." In den Boxkämpfen, die Schüler vor den Zeugnissen absolvieren mussten, ging es in der Regel sehr hart zu. Die Schüler waren zu rücksichtslosem Kampfverhalten angehalten. Unter Notendruck sollten sie besonders aggressiv kämpfen. Zudem trainierten und kämpften sie, obwohl für zwei Reichsmark verhältnismäßig günstig erwerbbar, nicht mit Zahnschutz, was häufige Zahnverletzungen zur Folge hatte. Um die Schüler zu soldatischer Härte und Aggressivität zu erziehen, wurden Verletzungen billigend in Kauf genommen. Trotz Einführung von fünf Turnstunden pro Woche konnte der Unterricht im Verlauf des Krieges auch unter Zuhilfenahme von Trainern aus Sportvereinen immer weniger und schließlich kaum noch aufrechterhalten werden. Ersatzweise gab es einen außerschulischen Pflichtsport in der HJ. Bis 1935 waren knapp über die Hälfte der Jugendlichen zwischen 10 und 18 Jahren Mitglied. Im Dezember 1936 wurde die HJ zur Staatsjugend erklärt, in der jeder „arische" Jugendliche automatisch Mitglied war. Seit 1933 standen zwei Stunden pro Woche Pflichtsport für alle Hitler-Jungen auf dem Plan. Ziele: Kampf, Härte, Willensschulung und Leistung. Der Pflichtsport wurde aufgeteilt in „allgemeine Leibesübungen" und „besondere Wehrübungen". Die vier Kampfsportarten Boxen, Ringen, Jiu-Jitsu und Fechten galten als Instrumente der allgemeinen Leibesübungen.
Die HJ-Anleitung „Ritterliche Waffenspiele" von **Wilhelm Fabricius** aus dem Jahr 1935 zeigte Zeichnungen athletischer Jungen nach nationalsozialistischem Idealbild. In der Publikation wurden Schwertfechten, Stockfechten sowie Bogen- und Armbrustschießen als vormilitärische Wehrsportübungen beschrieben. Die Kämpfe sollten mit freiem Oberkörper und ohne Schutzausrüstung stattfinden. Die Jungen sollten „so zeigen, wer in den entscheidenden Eigenschaften, in Haltung und Härte der Bessere ist". Dabei sollten sie lernen, aggressiv zu kämpfen und nicht aufzugeben.

Illustration: mirimineta

Von Lea Susemichel und Jens Kastner

Falscher Gegensatz

Identitätspolitik und Klassenkampf müssen sich keineswegs ausschließen

Seit der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten ist eine Argumentation weit verbreitet. Demnach habe sich die Linke in den letzten Jahren nur auf die Anliegen von Minderheiten konzentriert. Soziale Ungleichheit und deren Bekämpfung sei aus dem Blick geraten. Kurz: Identitätspolitik habe den Klassenkampf abgelöst. Diese Entwicklung habe schließlich auch den Aufstieg der Ultrarechten beflügelt, wenn nicht sogar ausgelöst.

Diese Kritik kommt aus unterschiedlichen politischen Lagern: Der rechtsliberale Politikwissenschaftler **Francis Fukuyama**, der mit seiner These vom „Ende der Geschichte" in den 1990er Jahren für einiges Aufsehen gesorgt hatte, vertritt sie in seinem neuen Buch „Identität. Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet" (2018). Aber auch Leute wie der Showmaster **Bill Maher**, die Philosophin **Nancy Fraser** und der Soziologe **Zygmunt Bauman** haben sich in den vergangenen Jahren immer wieder dieser Argumentationsfigur bedient. Linke Politik solle sich, fordert etwa auch der Politologe **Mark Lilla**, Autor des vielbeachteten Buches „The Once and Future Liberal: After Identity Politcs" (2017), wieder Anliegen widmen, die „einem Großteil der Bevölkerung am Herzen liegen". Denn diese Themen würden nun von den Rechten besetzt, was sich bitter gerächt hätte. Auch im deutschsprachigen Raum mehren sich die Stimmen, die behaupten, die Auseinandersetzung um Identitätspolitiken — also etwa das Eintreten für Feminismus, Homosexuellenrechte, „Black Lives Matter" — hätte die Beschäftigung mit Ausbeutung und sozialer Ungleichheit ersetzt.

Doch zum Proletariat, das mit der Wahl

Donald Trumps angeblich Rache übte, gehört nicht nur der weiße Rust-Belt-Arbeiter, sondern auch die afroamerikanische Uber-Fahrerin, die lateinamerikanische Pflegerin sowie die Asian American im Call-Center. Angesichts des immer noch gewaltigen Gender und Racial Pay Gap müssten beispielsweise Afroamerikanerinnen eigentlich sogar die allerersten Adressatinnen für rechtspopulistische Arbeitskampfrhetorik sein. Doch die von Trump hat bei ihnen nicht verfangen, 94 Prozent der Schwarzen Frauen wählten **Hillary Clinton**. „Niemand vermochte je zu begründen, warum gerade jene, die die New Economy am gründlichsten abgehängt hatte — nämlich die schwarze und die hispanischstämmige Arbeiterschaft –, sich nie zu Trumps Anhängern gesellten", schreibt **Ta-Nehisi Coates** an die KritikerInnen der Identitätspolitik. Der Gegensatz von Identitätspolitik und Klassenkampf ist also falsch. Er verkürzt nicht nur die komplexen politischen Verschiebungen der Gegenwart auf eine einfache Formel, sondern er lässt sich auch historisch nicht halten.

Der Vorwurf ist nicht neu

Die Kritik an der Identitätspolitik ist letztlich so alt wie die linke Identitätspolitik selbst. Am berühmten „Hauptwiderspruch", also der kapitalistischen Ausbeutung, mit dessen Beseitigung sich auch alle anderen Unterdrückungsformen ganz von selbst in Wohlgefallen auflösen würden, arbeitet sich insbesondere die feministische Kritik schließlich seit bald 150 Jahren ab. Doch bei dieser ausschließenden Gegenüberstellung des Kampfes um soziale Anerkennung versus des Kampfes gegen soziale Ungleichheit werden die vielen — praktischen wie theoretischen — Verknüpfungen von Politiken der Anerkennung kultureller Differenzen mit jenen gegen soziale Ungleichheit übersehen: Die US-BürgerInnenrechtsbewegung in den 1960er Jahren richtete sich gegen Armut ebenso wie gegen Rassismus, die feministische 1970er-Jahre-Forderung nach Lohn für Hausarbeit verknüpfte Anerkennungs- und Umverteilungsanliegen, seit den 1990er Jahren treten indigen geprägte Bewegungen in Lateinamerika gleichermaßen für die Anerkennung „traditionellen Wissens" und für ein „gutes Leben" (*buen vivir)* für alle ein. Die Beispiele ließen sich fortsetzen.

Mit dem Vorwurf, die Identitätspolitiken hätten die Thematisierung von Klassengesellschaft und Ausbeutung verdrängt, wird darüber hinaus so getan, als ginge es bei Identitätspolitiken nicht auch um ernsthafte linke Anliegen wie Gleichberechtigung, Partizipation, Umverteilung und Befreiung. Identitätspolitik ist ja immer die Reaktion auf einen spezifischen Ausschluss: Frauen gehen in der Kategorie Klasse nicht auf, Women of Colour haben andere Diskriminierungserfahrungen als weiße Frauen und so weiter. Insofern ist linke Identitätspolitik eine Inklusionspolitik. Sie zielt darauf ab, möglichst viele Unterdrückungsformen zu fassen. Sie tut dies überdies nicht aus purer Freude an der Differenz. Schließlich sind kollektive Identitäten immer Konstruktionen: Sie entstehen aus Selbstzuschreibungen wie auch aus den Zuschreibungen durch andere. Diesen Benennungen von außen lässt sich nicht leicht entfliehen: Wer als Frau ausgegrenzt oder als Schwarze diskriminiert wird, kann eben nicht einfach sagen, dieser Kategorie fühle ich mich gar nicht zugehörig. Diskriminierung und Exklusion verlaufen immer über kollektive Kategorien. Daher muss auch der Kampf gegen sie sich manchmal wohl oder übel auf diese Kategorien beziehen. Identitätspolitik ist in diesem Sinne eine notwendige Strategie.

Identitätspolitik der ArbeiterInnenbewegung

Diese Strategie ist übrigens keineswegs nur von Frauen oder ethnischen Minderheiten angewandt worden. Auch die ArbeiterInnenbewegung, also die wichtigste Akteurin im Kampf gegen soziale Ungleichheit, war eindeutig eine identitätspolitische Bewegung. Schließlich sind all jene praktischen wie theoretischen Versuche, unter den Lohnabhängigen (und über sie hinaus) ein Klassenbewusstsein zu formieren, Formen von Identitätspolitik: Auch hier ging es nicht zuletzt darum, dass die Einzelnen sich kollektiv über die Arbeit und über ihre Klassenposition identifizierten. Gemeinsamkeiten sollten betont, Ähnlichkeiten — Identität kommt vom Lateinischen *idem*, das heißt gleiches, dasselbe — hervorgehoben werden. Von **Lenin** über **Georg Lukács**, von **Rosa Luxemburg** zu **Antonio Gramcsi** sind die Texte der TheoretikerInnen der ArbeiterInnenbewegung voll von Gedanken darüber, wie ein kollektives Bewusstsein über die Gemeinsamkeiten der Klasse hergestellt werden könnte und sollte. Diese Gemeinsamkeiten waren zudem nicht bloß Kopfsache: Es ging nicht allein ums Klassen*bewusstsein*, sondern auch um die alltägliche Praxis. Menschen fühlten sich als Teil einer Gruppe — und wurden von anderen so wahrgenommen —, weil sie Kneipenbesuche und Mitgliedschaften in Sportvereinen, Waschküchen und Hinterhöfe miteinander teilten. Linke Identitätspolitik gibt es also nicht erst seit den 1960er oder gar den 1990er Jahren und sie ist auch nicht auf ethnische, geschlechtliche und sexuelle Minderheiten beschränkt.

Überkreuzungen von Unterdrückung

Die linken Identitätspolitiken der 1960er Jahre entstanden schließlich aus den Erfahrungen verschiedener Menschen, in

den wichtigsten Kategorien — allen voran jener der Arbeiterklasse — nicht vorzukommen. Übersehene und ausgegrenzte Erfahrungen von Diskriminierung und Ausbeutung sollten benannt und sichtbar gemacht werden. Auch solche Kämpfe gab es schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts, insbesondere von Seiten der Frauenbewegungen. In den 1970er Jahre gewannen sie erneut an Schärfe. Und es kam die Einsicht auf, dass sich die verschiedenen Unterdrückungserfahrungen durch die patriarchale Ordnung, durch die Ausbeutung der Klassensubjekte und die Ausgrenzung und Diskriminierung ethnischer Minderheiten gegenseitig durchkreuzen. Nach diesen Überkreuzungen mussten sich schließlich auch die Kämpfe ausrichten.

Das *Combahee River Collective,* eine Gruppe Schwarzer lesbischer Frauen, formulierte es in einem Text von 1977 so: „Gemeinsam mit Schwarzen Männern kämpfen wir gegen Rassismus, während wir gleichzeitig wegen Sexismus gegen Schwarze Männer kämpfen." Als Proletarierinnen und Lesben kämen für sie aber noch weitere Marginalisierungserfahrungen hinzu. Die einzelnen Kämpfe ließen sich kaum voneinander trennen: „Wir finden es oft schwer, rassistische, klassistische und sexistische Unterdrückung zu unterscheiden, weil wir sie in unseren Leben oft gleichzeitig erleben." An diesem Gedanken gilt es auch heute wieder anzuknüpfen. Er zielt auf Erweiterung der Perspektiven und auf Inklusion bislang Ausgegrenzter, nicht auf Segregation.

Die vielstimmige Anklage gegen die vermeintliche Schwächung der Linken durch Identitätspolitiken blendet diese Geschichte völlig aus. Und auch im Hinblick auf die Gegenwart ist sie falsch: Ob nun in der SPÖ oder bei *Labour* oder der brasilianischen PT — wenn innerhalb der parlamentarischen Linken die soziale Frage vernachlässigt wurde, dann aufgrund neoliberaler Paradigmenwechsel und keineswegs deshalb, weil sie durch die identitätspolitischen Scharmützel von Splittergruppen ersetzt worden wäre. Für das 9,6-Prozent-Debakel der SPD bei der letzten Wahl in Bayern ist also die Debatte zum vielgescholtenen Transgenderklo definitiv nicht verantwortlich.

Problematische Identitätspolitiken

Sicherlich ist nicht jede Identitätspolitik von links per se emanzipatorisch. Sie ist es vor allem dann nicht, wenn sie zur inhaltsleeren, essentialisierenden Repräsentationspolitik verkommt. Wenn also die Legitimität einer Aussage sich nicht mehr am Argument und der Positionierung misst, sondern an Hautfarbe oder vermeintlich feststehender Gruppenzugehörigkeit. Problematisch ist Identitätspolitik auch dann, wenn sie als Immunisierungsstrategie gegen Kritik missbraucht wird, wenn also jede Kritik etwa an der antisemitischen *Nation of Islam* als Rassismus gegenüber Schwarzen abgeblockt wird. Genauso wenig soll geleugnet werden, dass identitätspolitische Kleinkriege schon viel Kraft und Geschlossenheit gekostet haben und sie sich mitunter auch in eitlen Distinktionskämpfen erschöpfen. Aber unterm Strich bildet die identitätspolitische Kritik von Minderheiten dennoch gerade die Stärke und eben nicht die Schwäche linker Bewegungen. Denn sie will Marginalisierungen überwinden und Minderheitenpositionen integrieren, um so gemeinsam für größere Gerechtigkeit für immer mehr Menschen einzutreten. Die identitätspolitische Kritik an gesellschaftlichen Ausschlüssen und Asymmetrien ist mitnichten bloß eine Schwäche, die zu Fragmentierungen und Zerwürfnissen führt, sondern sie ist auf lange Sicht gerade die Stärke linker Bewegungen. Nicht Spaltung ist also das Ziel, sondern vielmehr das, was vermeintlich verhindert wird: Solidarität.

Über die Autor_innen

Lea Susemichel hat Philosophie und Gender Studies studiert und ist Redakteurin bei *an.schläge. Das feministische Magazin.* Jens Kastner ist Soziologe und Kunsthistoriker und unterrichtet an der *Akademie der bildenden Künste Wien.*

Von den Autor_innen erschien vor Kurzem:
Identitätspolitiken. Konzepte und Kritiken in Geschichte und Gegenwart der Linken. Unrast Verlag, Münster 2018, 150 S., 12,80 Euro.

Foto: @infozentrale

Von Marcel Keienborg

Warum musste Amad A. sterben?

Spurensuche nach dem Tod in der JVA Kleve

Nach dem Tod des in der Justizvollzugsanstalt Kleve unrechtmäßig inhaftierten Amad A. im September 2018 hat beharrliches Nachfragen von Angehörigen und kritischen Journalist*innen Widersprüche in den behördlichen Erklärungsversuchen und institutionell rassistische Strukturen offenbart.

Amad A. wird im September 2018 Opfer eines Brandes in einer Zelle der Justizvollzugsanstalt (JVA) Kleve. Die Behörden gehen von Selbstmord aus. Doch in dieser Antwort zum Geschehen in der Haftzelle liegen zu viele Widersprüche, als dass sie einer kritischen Überprüfung standhalten könnte. So ergeben sich deutlich mehr bislang unbeantwortete Fragen als schlüssige Erklärungen für den Tod des aus Syrien Geflüchteten, der im Sommer 2018 in Geldern lebte.

Zweifelhafte Haftvoraussetzungen

Geldern ist eine Kleinstadt am eher konservativ geprägten ländlichen Niederrhein, direkt an der niederländischen Grenze. Am 6. Juli 2018 gerät Amad A. an einem Baggersee in einen Streit. Vier Frauen fühlen sich durch ihn sexuell belästigt und rufen die Polizei. Weil Amad A. keinen Ausweis vorzeigen kann, verbringen die Beamt*innen ihn zur Wache und nehmen Fingerabdrücke ab — ein wohl inzwischen alltäglicher Vorgang im Umgang der Polizei mit Personen, die sie als Geflüchtete aufgreifen oder in Ermittlungszusammenhängen festhalten und vernehmen. Die Beamt*innen gleichen Amad A.s Personalien mit ihren Datenbanken ab. Dabei stoßen sie auf die Daten eines Manns, der nicht Amad A. heißt und auch ganz anders aussieht als der, der vor ihnen sitzt. Ein Mann, der aus Mali kommt — nicht aus Syrien. Der aber in der Vergangenheit unter einem Namen aufgetreten sein soll, der dem von Amad A. ähnelt. Das reicht den Beamt*innen in Geldern offenbar, um Amad A. für diesen anderen Mann zu halten. Sie verhaften ihn. Denn gegen den Mann aus Mali liegt ein Haftbefehl

der Staatsanwaltschaft Hamburg vor, der aus einer Verurteilung wegen Diebstahls resultiert. Dass Amad A. inhaftiert wurde, ohne dass ihm ein*e Anwält*in beigeordnet wurde, ist darin begründet, dass von einer bereits erfolgten rechtskräftigen Verurteilung ausgegangen wurde.

Bei einer psychologischen Untersuchung unmittelbar nach der Überführung in die JVA Geldern wird Amad A. akute Suizidalität bescheinigt; er wird daraufhin in einer speziellen Zelle ohne gefährliche Gegenstände eingesperrt. Drei Tage später wird er nach Kleve verlegt, wiederum zunächst in eine Einzelhaftzelle. Wochen später findet eine weitere Untersuchung durch eine Psychologin der JVA Kleve statt. Sie erkennt keine Hinweise auf Suizidalität. In der Folge wird Amad A. in eine normale Zelle verlegt. Amad A. informiert die Psychologin, dass er nicht der ist, für den man ihn hält, und dass er nicht weiß, warum er überhaupt inhaftiert ist. Geglaubt wird ihm nicht, obwohl auch die über die Verhaftung informierte Staatsanwaltschaft Hamburg bezweifelt, dass der gesuchte Mann aus Mali in Kleve festgehalten wird. Sie fragt zwei Mal nach, welche konkreten Erkenntnisse die NRW-Beamt*innen zu der Überzeugung hätten kommen lassen, mit Amad A. tatsächlich den in Hamburg Gesuchten festgenommen zu haben. Spätestens jetzt wäre eine genauere Prüfung der Personalien des Gefangenen angezeigt gewesen. Doch Amad A. bleibt in Haft. Am Abend des 17. September brennt dann seine Zelle. Das Feuer verletzt ihn so schwer, dass er Tage später stirbt. Die Behörden legen sich schnell fest: Amad A. selbst habe den Brand gelegt, in der Absicht, sich umzubringen.

Widersprüche

Fast zwangsläufig werden Erinnerungen an den Tod **Oury Jalloh**s wach, der im Januar 2005 in einer Zelle im Polizeirevier Dessau-Roßlau verbrannte. An der offiziellen Behördenerklärung, Oury Jalloh habe das Feuer in der Polizeizelle selbst gelegt, bestehen erhebliche, gut begründete Zweifel. In NRW widersprach der Vater von Amad A. der Selbstmorderklärung von Anfang an: Bereits bei der Beerdigung seines Sohnes trug er ein T-Shirt mit der Aufschrift: „Wer ist der Mörder unseres Sohns?" Diese nachdrückliche Frage scheint im Lichte der Widersprüche, in die sich die Justiz- und Polizeibehörden in NRW inzwischen zusehends verstricken, um so klarer: Erst hieß es aus Justzivollzugskreisen, Amad A. habe nach Ausbruch des Feuers kein Alarmsignal abgesetzt. Inzwischen steht jedoch fest, dass er um 19:19 Uhr die Gegensprechanlage seiner Zelle betätigt hat. Nun lautet die offizielle Version, dass der Gefangene den Brand selbst gelegt haben und etwa 15 Minuten später die Gegensprechanlage betätigt haben soll. Kurz darauf hätten Mitarbeiter*innen der JVA die Zelle geöffnet — Amad A. sei ihnen entgegen „getaumelt". Für das ARD-Magazin „Monitor" ist sicher, dass sich das Geschehen in der Haftzelle so nicht zugetragen haben kann, wie die Staatsanwaltschaft Kleve es auf Grundlage eines Brandgutachtens beschreibt. Die Journalist*innen gaben ein eigenes Gutachten in Auftrag, das dezidiert zu dem Ergebnis kommt, dass Amad A. nach einer Viertelstunde nicht mehr „handlungsfähig" hätte sein können. Er wird bewusstlos gewesen sein und soll „aus dem Haftraum gezogen" worden sein, wie es aus einem internen Protokoll, das „Monitor" vorliegt, hervorgeht. Das wirft die Frage auf, warum die Bediensteten der JVA nicht früher reagiert haben.

Aufklärung

Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft, auch gegen mehrere Beamt*innen. SPD und *Grüne*, die die Opposition im Landtag bilden, haben das Thema aufgegriffen, und einen Untersuchungsausschuss durchgesetzt, der sich am 13. Dezember 2018 als „Parlamentarischer Untersuchungsausschuss III (Kleve)" konstituiert hat. Während die Staatsanwaltschaft dazu berufen ist, die strafrechtliche Verantwortung der beteiligten Beamt*innen aufzuklären, wird es im Untersuchungsausschuss vor allem um die politische Verantwortung gehen: Was wusste Justizminister **Peter Biesenbach** (CDU)? Hat er den Landtag jederzeit umfassend informiert? Welche Rolle spielen die Strukturbedingungen im NRW-Strafvollzug, die von der vorhergehenden SPD-Regierung aufgebaut wurden?

Es wird im PUA auch darum gehen müssen, Fragen nach institutionellem Rassismus der beteiligten Behörden zu stellen, die über den konkreten Fall hinaus weisen. Zugespitzt: Es gibt in Deutschland mit Sicherheit sehr viel mehr Menschen namens „Peter Müller" als mit dem Namen „Amad A.". Trotzdem ist es unvorstellbar, dass ein Peter Müller die Haftstrafe eines anderen Peter Müller absitzen würde, geschweige denn, dass er während dieser Haftzeit sterben würde. Gerade deswegen ist an dieser Stelle die Zivilgesellschaft gefordert: Weder Politik noch Strafverfolgungsbehörden sollten sich mit simplen Schuldzuweisungen aus der Affäre stehlen können, solange die Strukturen, die diesen unfassbaren Fall überhaupt erst ermöglicht haben, nicht hinterfragt werden.

Von Tobias Hoff

Rechte Lebenswelten in Fußballfankulturen

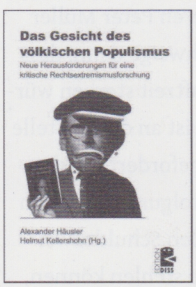
Bekannt ist die *Agentur für soziale Perspektiven* (ASP) durch die Herausgabe der „Versteckspiel"-Broschüre, in der ständig aktualisiert über Symbole, Codes und Lifestyle der extremen Rechten informiert wird. Mit „Grauzonen — Rechte jugendliche Lebenswelten" widmete sich in den letzten Jahren darüber hinaus ein ASP-Projekt mit den inhaltlichen und strukturellen Schnittstellen zwischen extrem rechten, rechten und vermeintlich unpolitischen Szenen und Milieus. Ergebnisse des Projektes waren Bildungsmaterialien, eine Ausstellung und eine Broschüre zu rechten Lebenswelten in Musikkulturen, wie dem Deutschrock und OI-Punk. Teil des „Grauzonen"-Projektes war darüber hinaus die seit Sommer 2018 auch in gedruckter Form vorliegende Handreichung zu „Rechten Lebenswelten in Fußballfankulturen". Auf knapp 180 Seiten skizzieren die Autor_innen über die Thematisierung von „Heimatbezogenheit", „Ehre", „Männlichkeit" und verschiedenen Ungleichheitsideologien Anknüpfungspunkte für die extreme Rechte innerhalb von Fußballfankulturen. Dabei liefert die Publikation mit zahlreichen Beispielen und Hintergründen eine umfangreiche Darstellung verschiedener rechter Lebenswelten in unterschiedlichen Fankulturmilieus und -Szenen, zeigt aber auch Positivbeispiele im Umgang mit Diskriminierung im Fußball auf.

Die Broschüre ist mehr als eine weitere Veröffentlichung zum Thema „Nazis und Fußball". Sie bildet eine wichtige Grundlage bei der Auseinandersetzung mit Diskriminierung und rechten Erscheinungsformen in Fußballfankulturen, insbesondere wenn sich diese das Label „unpolitisch" anheften.

ASP — Agentur für soziale Perspektiven e.V. (Hrsg.):
Grauzonen. Rechte Lebenswelten in Fußballfankulturen — Schnittstellen zwischen „unpolitischen" und extrem rechten Szenen
Berlin 2018
177 Seiten
Download und Bestellmöglichkeit: https://grauzonen.info/

Von Mark Breuer

Das Gesicht des völkischen Nationalismus



Der vorliegende Band basiert auf dem jährlichen Kolloquium des *Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung* aus dem Jahr 2017. Vor dem Hintergrund der globalen Rechtsentwicklung fragen die Autor_innen nach Herausforderungen und neuen Perspektiven für die kritische Rechtsextremismusforschung. Kritisch, da diese Herangehensweise staatspolitische Vorgaben, Interessen und extremismustheoretische Deutungen in der Forschung hinterfragen möchte, die Rechtsextremismus als „Randphänomen" jenseits der „Mitte" verorten. Die Herausgeber fordern eine gesellschaftskritische Perspektive in der Analyse aktueller Entwicklungen der Rechten ein und betrachten diese somit vor dem Hintergrund von Umbrüchen in der Gesellschaft und dem System des neoliberalen Kapitalismus. In ersten Teil werden Einschätzungen der politischen Lage, des rechten Kulturkampfes und des Rechtspopulismus-Begriffs geliefert. Der Fokus liegt dabei auf der sogenannten Neuen Rechten und der AfD, doch auch neonazistische Strukturen werden thematisiert. Der zweite Teil besteht aus Beiträgen zu Methodik, Forschungsfeldern, Aufgaben und Perspektiven der sich als (gesellschafts)-kritisch verstehenden Rechtsextremismusforschung. Zentral ist die Forderung nach interdisziplinärem Austausch zwischen verschiedenen Forschungsperspektiven, wie etwa Feminismus, Faschismusforschung oder Psychologie.

Den Band zeichnet eine strukturierte Herangehensweise aus. Einige der Beiträge sind vor allem für wissenschaftlich Arbeitende von Interesse, doch die thematische Vielfältigkeit und Breite macht das Buch auch für antifaschistisch Engagierte lesenswert.

Helmut Kellershohn, Alexander Häusler (Hg.):
Das Gesicht des völkischen Populismus. Neue Herausforderungen für eine kritische Rechtsextremismusforschung
Edition DISS, Band 41, Unrast-Verlag, Münster 2018
216 Seiten, 19,80 Euro

Von Torben Heine

Neue Klassenpolitik

Vor dem Hintergrund des Wahlerfolgs von Trump in den USA sowie dem auch unter Erwerbslosen oder Arbeiter_innen wachsenden Zuspruch für Parteien wie die AfD entwickelte sich eine Debatte über Klasse, soziale Ungleichheit und die Versäumnisse der Linken in der Vergangenheit. Die Beiträge in dem vorliegenden Sammelband sparen zwar nicht mit Kritik an linker Praxis, aber sie tappen, im Gegensatz zu anderen Diskutant_innen, nicht in die Falle, die Verantwortung für die desolate Lage einseitig den Identitätspolitiken zuzuschreiben und ihr Heil im Nationalstaat zu suchen. Vielmehr geht es ihnen darum, eine neue Klassenpolitik zu formulieren, die sich sowohl gegen die rechte Erzählung der nationalistischen Beantwortung der sozialen Frage als auch gegen das „Märchen vom diskriminierungsfreien Kapitalismus" (Sebastian Friedrich) zu stellen. Gefordert wird eine Klassenpolitik, die Interessen und Kämpfe der Lohnabhängigen nicht gegen diejenigen von Frauen und gesellschaftlichen Minderheiten ausspielt, sondern diese als miteinander verknüpft betrachtet.

Der umsichtig konzipierte Band besteht aus Beiträgen, die seit Mai 2017 in *analyse & kritik* erschienen. Ergänzt wurden sie durch weitere gut ausgewählte Texte, die auch die internationale Dimension der Debatte vertiefen. An der Debatte, die einer wichtigen Verständigung über die Voraussetzungen linker Politik dient, beteiligen sich linke Aktivist_innen und Wissenschaftler_innen. Praktische Vorschläge oder Reflexionen existierender Praxen neuer Klassenpolitik bieten aber nur wenige Texte. Hier könnte künftig die Debatte fortgeführt werden.

Sebastian Friedrich/Redaktion analyse & kritik (Hg.):
Neue Klassenpolitik. Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus
Bertz + Fischer, Berlin 2018
222 Seiten, 14 Euro

Von Lukas Heval

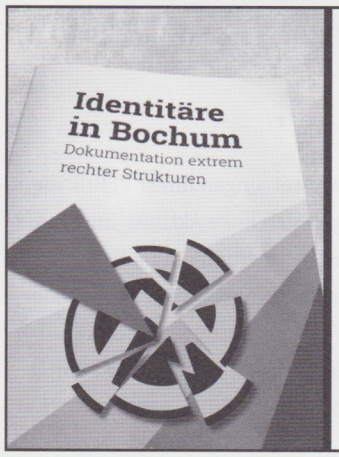
„Was die nächste Zeit bringen wird, sind Kämpfe."

Ewald Ochel (1875-1957) war ein kommunistischer Aktivist, der Ende der 1940er Jahre seine Erinnerungen an seine „Kampfzeit" zwischen 1914 und 1921 aufschrieb. Ochel war ein entschiedener Gegner des Burgfriedens der SPD mit dem Kaiserreich. Er agitierte gegen den Krieg, kam in Haft und floh nach der Entlassung 1917 nach Holland, um seiner Einberufung zu entgehen. Ochel gründete mit anderen in Amsterdam die antimilitaristische Zeitschrift „Der Kampf". Das Ende des Kaiserreiches erschien ihm als die erhoffte revolutionäre Erhebung. Er kehrte in seine Heimatstadt Düsseldorf zurück und übernahm organisatorische Aufgaben im Arbeiter- und Soldatenrat. Im Februar 1919 floh er vor einer drohenden Verhaftung und wurde unter anderem Namen Volkskommissar der Münchner Räterepublik. Nach deren Niederschlagung wurde er auf der Flucht gefangengenommen und verurteilt. Er floh erneut und kehrte nach Düsseldorf zurück.

Damit endet leider Ochels Biographie, obwohl aus seinem weiteren Leben noch einiges zu erzählen wäre. Er wurde Vorsitzender der KPD-Fraktion im Düsseldorfer Stadtrat, brach 1929 mit der KPD aufgrund der Sozialfaschismusthese, die er vehement ablehnte, und kam erstaunlicherweise ohne größere Repression durch die NS-Zeit, um sich danach weiterhin für die Vereinigung von SPD und KPD einzusetzen.

Der Historiker Joachim Schröder entdeckte das unveröffentlichte Manuskript im Berliner Bundesarchiv. Er ergänzte es durch ein Personenregister, forschte zu Ewald Ochel und stellte die Aufzeichnungen in einen historischen Kontext. Die Biographie von Ewald Ochel ist ein wichtiger Beitrag zur Geschichte der Novemberrevolution — und dies nicht nur aus lokalhistorischer Sicht.

Ewald Ochel:
„Was die nächste Zeit bringen wird, sind Kämpfe." Erinnerungen eines Revolutionärs (1914—1921)
Herausgegeben und mit einer biografischen Notiz versehen von Joachim Schröder
Metropol-Verlag, Berlin 2018
311 Seiten, 24 Euro



Identitäre in Bochum

Dokumentation extrem rechter Strukturen

- ideologische Hintergründe
- Strategien und Aktionen
- Entwicklungen und Strukturen in Bochum

Broschüre
43 Seiten

bestellen könnt ihr die Broschüre unter: *info-ib@riseup.net*

www. identitaere-in-bochum.net

graswurzel revolution

GWR 435, Januar

Ende Gelände!

Jetzt bestellen:
www.graswurzel.net

Magazin von und für ANTIFASCHISTiNNEN

abo@der-rechte-rand.de # www.der-rechte-rand.de # www.facebook.com/derrechterand

Recherche.
Analyse.
Perspektive.

Abo gegen rassistischen Scheißdreck

DIE SINNE SCHÄRFEN! JETZT TESTEN:

4 Ausgaben für 10 €

Bestellungen unter www.akweb.de

ak

analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

Phase 2

Zeitschrift gegen die Realität.

Almost Magic
Das Geld und sein Schein

Ausgabe Nr. 56
enthält u.a.:

OLIVER LEISTERT:
»Das Internet der Werte«

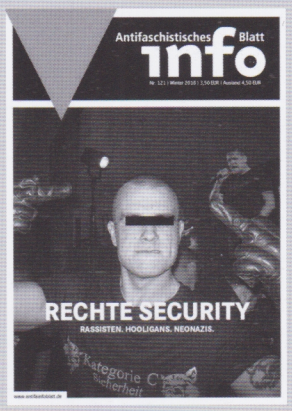
SUSANNE HAHN & DOREEN MÖLDERS:
»Vom Stein zum Schein«

HANNES GIESSLER FURLAN:
»Geld im Sozialismus«

Die Phase 2 erscheint zweimal im Jahr und kostet 5€

Abo: 22€ für fünf Ausgaben

www.phase-zwei.org



Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Einzelexemplar: 3,50 EUR
Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)
Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)

www.antifainfoblatt.de
mail@antifainfoblatt.de
facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

Kostenloses Probeexemplar

Impressum

LOTTA
Am Förderturm 27, 46049 Oberhausen
lotta-redaktion@no-log.org
lotta-vertrieb@nadir.org
www.lotta-magazin.de

Verlag und Druck im VFKB e.V., c/o LOTTA
V.i.S.d.P.: S. Zinflou, c/o LOTTA

ISSN: 1865-9632

Auflage: 1.000
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Alle Rechte an den Fotos und den Artikeln liegen bei den Fotograf_innen und den Autor_innen. Nicht in allen Fällen konnten die Urheber_innen der verwendeten Fotos ermittelt werden. Wir bitten darum, sich ggf. bei uns zu melden.
Der Inhalt namentlich gekennzeichneter Artikel spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zurhabenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Lotta abonnieren!

±Bei Fragen rund um das Thema Abos und Bestellungen steht der LOTTA-Vertrieb unter der E-Mail-Adresse lotta-vertrieb@nadir.org zur Verfügung.

Ich bestelle:
O ab der aktuellen Ausgabe
O ab der nächsten Ausgabe:

Jahreseinzelabo über 4 Ausgaben
O Jahresabo, Inland 19 Euro
O Jahresabo, Ausland 27 Euro
O Jahresförderabo (beliebige Summe ab 30 Euro.
Eine Spendenquittung über die Fördersumme stellen wir ab 50 Euro aus) ___ Euro

» Alle Preise inkl. Porto und Versand.
» Zu Nachbestellungen von älteren Ausgaben und zum Thema Weiterverkauf bietet unsere Homepage nähere Informationen: http://www.lotta-magazin.de unter „Lotta bestellen".
» Es gilt nur die zum Zeitpunkt des Eingangs der Bestellung auf unserer Homepage veröffentlichte aktuelle Preis- und Bestellliste!

O Ich überweise den Betrag innerhalb von 7 Tagen auf folgendes Konto:

VFKB e.V.
Postbank Dortmund
IBAN DE18 4401 0046 0994 5404 60
BIC PBNKDEFF

Bitte bei Überweisungen unbedingt den Namen der abonnierenden Gruppe/Person und die Nummer/n der bezahlten/bestellten Ausgabe(n) angeben!

O Ich habe den Betrag in bar (keine Briefmarken) beigelegt.

Achtung Kleingedrucktes: Ein Abo verlängert sich automatisch um vier weitere Ausgaben, wenn nicht bis spätestens vier Wochen nach Erscheinen der letzten abonnierten Ausgabe gekündigt wird.

An die LOTTA
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

.....
Vorname, Name oder Organisation

.....
Anschrift PLZ, Ort

.....
E-Mail (unbedingt angeben)

....
Ort, Datum Unterschrift

Anzeige

Antifa-Themenabend jeden letzten Mittwoch im Monat, Eintritt frei

INPUT

PROGRAMM BIS JUNI 2019

30. Januar 2019, 19.30 Uhr
Total extrem?
Die Extremismusdoktrin und ihre Auswirkungen
Referentin: Sonja Brasch (Zeitgeschichtliche Dokumentationsstelle Marburg)
Ort: Café Freiraum, Hochschule Düsseldorf, direkt am S-Bahnhof Derendorf, Gebäude 3, Erdgeschoss

27. Februar 2019, 19.30 Uhr
(K)Eine Frage der Wahrnehmung — Die tödliche Dimension von Rassismus in NRW und die verweigerte staatliche Anerkennung
Referent_innen: Heike Kleffner (Journalistin und Geschäftsführerin des „Bundesverbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V.") und N.N. (Vertreter_in der „Initiative DU 1984")
Ort: Zentrum Hinterhof, Corneliusstr. 108, Düsseldorf

27. März 2019, 19.30 Uhr
Zurück in die Diktatur? Die extreme Rechte und das Militär in Brasilien an der Macht
Referent: Jörg Kronauer (Autor und freier Journalist aus London)
Ort: Kulturzentrum ZAKK, Fichtenstraße 40, Düsseldorf

24. April 2019, 19.30 Uhr
Die extreme Rechte in Europa vor den Europawahlen im Mai 2019
Referent: Bernard Schmid (Jurist und freier Journalist aus Paris)
Ort: Kulturzentrum ZAKK, Fichtenstraße 40, Düsseldorf

29. Mai 2019, 19.30 Uhr
Sachsen und die AfD – Bestandsaufnahme und Einschätzungen mit Blick auf die Landtagswahlen am 1. September 2019
Referent: Michael Nattke (Dresden, Mitarbeiter des Kulturbüros Sachsen)
Ort: Zentrum Hinterhof, Corneliusstr. 108, Düsseldorf

26. Juni 2019, 19.30 Uhr
Das eigene Schicksal selbst bestimmen – Fluchten von Juden aus den Deportationszügen in die Vernichtungslager der „Aktion Reinhardt" in Polen
Referentin: Franziska Bruder (Historikerin und Autorin aus Berlin)
Ort: Zentrum Hinterhof, Corneliusstr. 108, Düsseldorf

Veranstalter: Antifaschistischer Arbeitskreis und AG INPUT, in Kooperation mit dem Antirassistischen Bildungsforum Rheinland (ABR) und SJD – Die Falken Düsseldorf